

Genehmigt: 05.05.2022

Protokoll 05

Stadtratssitzung

Donnerstag, 03.03.2022, 17.00 Uhr und 20.35 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr	220
Mitteilungen des Vorsitzenden	221
Traktandenliste	225
1 Aufsichtscommission (AK): Ersatzwahl	225
2 Motion Fraktion GB/JA! (Judith Gasser/Aline Trede, GB): Biodiversität in der Stadt Bern erhalten und fördern (I): unversiegelten Boden erhalten; Fristverlängerung	225
3 Interfraktionelles Postulat Fraktion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Katharina Gallizzi/Rahel Ruch, GB/Ingrid Kissling-Näf, SP/Patrik Wyss, GFL): Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation fördern: Masterplan; Fristverlängerung.....	226
4 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA!, FDP (Rithy Chheng, SP/Martin Schneider, BDP/Michael Daphinoff, CVP/Janine Wicki, GFL/Matthias Stürmer, EVP/Regula Tschanz, GB/Seraina Patzen, JA!/Bernhard Eicher, FDP/Ueli Jaisli, SVP): Das Chleehus als wichtige Quartierinfrastruktur erhalten; Fristverlängerung	226
5 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GB/JA!, FDP, GFL/EVP, SVP, GLP, AL/GPB-DA/PdA+ (Katharina Altas, SP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Seraina Patzen, JA!/Barbara Freiburghaus, FDP/Manuel C. Widmer, GFL/Roland Jakob; SVP/Ursina Anderegg, GB/Michael Daphinoff, CVP/Melanie Mettler, GLP/Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA): Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brännenguts; Fristverlängerung	226
6 Motion Ladina Kirchen (SP) und Timur Akçasayar (SP): Bessere öV-Erschliessung des Westens; Fristverlängerung.....	227
7 Motion Fraktion SP (Stefan Jordi/Annette Lehmann, SP): Mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche beim Spitalackerschulhaus! Endlich Massnahmen umsetzen; Fristverlängerung	227
8 Motion Fraktion SP (David Stampfli/Michael Sutter, SP): Schauplatzgasse aufwerten; Fristverlängerung	228
9 Postulat Fraktion GB/JA! (Judith Gasser/Stéphanie Penher, GB): Hodlerstrasse aufwerten; Fristverlängerung	228
10 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!/GPB (Ueli Stückelberger, GFL/Blaise Kropf, JA!): Mehr Wohnqualität: Zusätzliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Stadtteil 4 (Kirchenfeld/Schosshalde); Fristverlängerung	229
11 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Thomas Göttin, SP/Ueli Stückelberger, GFL): Koexistenz auf der Achse Thunstrasse-Ostring; Fristverlängerung	229

12	Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA! (Stefan Jordi, SP/Stéphanie Penher, GB): Kleine Allmend: Keine Blechlawine auf der grünen Wiese!; Fristverlängerung.....	230
13	Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL): Ein Haus der Vereine im Ringhof!; Fristverlängerung.....	230
14	Fortsetzung: Tierpark-Restaurant Dählhölzli, Tierparkweg 2, 3005 Bern: Neuorganisation und Erweiterung; Variantenentscheid und Baukredit	230
15	Dringliche interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PDA, GFL/EVP, GB/JA!, (Katharina Altas/Barbara Nyffeler, SP/Jemima Fischer, AL/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans Troxler, EVP/Regula Bühlmann, GB/Franziska Geiser, GB): Sofortige Erneuerung des Vertrages zwischen Schutz und Rettung Bern und dem Geburtshaus Luna	238
16	Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Stadtklima verbessern, Biodiversität fördern, Klimaziele erreichen: Fassaden begrünen!	241
17	Motion Tabea Rai (AL): Fassadenbegrünung	250
18	Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz/Marieke Kruit, SP): Stadtklima integral denken – Synergien nutzen, Lebensqualität in der Stadt Bern erhalten.....	250
19	Motion Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus, FDP): Begrünung Haltestellen-Dächer im Stadtgebiet.....	250
20	Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Sorg/Marieke Kruit/Laura Binz, SP): Konkrete Massnahmen für ein besseres Stadtklima ergreifen.....	251
	Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.35 Uhr.....	252
22	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Schmale Strassen in Bern: Welche Strassen können von Blaulichtorganisationen nicht befahren werden?.....	253
23	Kleine Anfrage Fraktion SVP (Janosch Weyermann/Thomas Fuchs, SVP): Welche Strassennamen müssen aufgrund der Fusion zwischen Bern und Ostermundigen geändert werden?.....	253
21	Fortsetzung: Münsterplattform: Instandsetzungsarbeiten der Stützmauer; Projektierungs- und Baukredit	253
24	Erhöhung Parkiergebühren sowie Gebührenbefreiung im Zusammenhang mit Giveboxen: Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement, GebR; SSSB 154.11); Teilrevision; 1. Lesung	256
25	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Quartierparkkarten im Stadtteil IV: Verknappung des Angebots und gleichzeitige massive Preiserhöhung der Parkierungsgebühren: sollen die letzten Anwohner mit Auto abgezockt und aus der Stadt Bern vertrieben werden?	268
26	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Quartierparkkarten im Stadtteil III (Mattenhof-Weissenbühl): Verknappung des Angebots und gleichzeitige massive Preiserhöhung der Parkierungsgebühren: sollen die letzten Anwohner mit Auto abgezockt und aus der Stadt Bern vertrieben werden?	268
27	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Quartierparkkarten im Stadtteil II (Länggasse-Felsenau): Verknappung des Angebots und gleichzeitige massive Preiserhöhung der Parkierungsgebühren: sollen die letzten Anwohner mit Auto abgezockt und aus der Stadt Bern vertrieben werden?	268
28	Umsetzung Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt: Massnahmenpaket Untere Altstadt: Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch	

die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11), Anhang III; Teilrevision; 2. Lesung.....	269
29 Gleissanierung Effingerstrasse: Umbau Haltestelle Kocherpark; Ausführungskredit; Kostenanteil der Stadt Bern.....	277
Mitteilungen des Vorsitzenden	279
Verschobene Traktanden	280
Eingänge.....	281

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Thomas Fuchs	Tanja Miljanovic
Yasmin Amana Abdullahi	Katharina Gallizzi	Alina Irene Murano
Valentina Achermann	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Halua Pinto de Magalhães
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Tabea Rai
Lena Allenspach	Lukas Gutzwiller	Simone Richner
Katharina Altas	Bernadette Häfliger	Claudio Righetti
Ruth Altmann	Erich Hess	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Brigitte Hilty Haller	Sarah Rubin
Tom Berger	Michael Hoekstra	Rahel Ruch
Nicole Bieri	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
Diego Bigger	Ueli Jaisli	Kurt Rügsegger
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Remo Sägesser
Laura Binz	Anna Jegher	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Nora Joos	Marianne Schild
Regula Bühlmann	Barbara Keller	Florence Schmid
Eva Chen	Fuat Köçer	Sara Schmid
Francesca Chukwunyere	Eva Krattiger	Edith Siegenthaler
Nicole Cornu	Nora Krummen	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Martha Eigenmann	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Alexander Feuz	Simone Machado	Janosch Weyermann
Jelena Filipovic	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Jemima Fischer	Szabolcs Mihalyi	

Entschuldigt

Dolores Dana	Ingrid Kissling-Näf	Claudio Righetti
Claudine Esseiva	Salome Mathys	Ayse Turgul

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS	Marieke Kruit TVS
Michael Aebersold FPI	Reto Nause SUE	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel
Marianne Hartmann, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung, die unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten sieben Tage in der Ukraine steht – dem Ausbruch eines Kriegs in Europa, dem Ausbruch einer militärischen Auseinandersetzung nur knapp 2000 km östlich von uns. Als wir vor zwei Wochen unsere Sitzung in diesem Saal beendeten, hätte dies wohl kaum jemand für möglich gehalten. Innerhalb von 14 Tagen sind Weltbilder zusammengefallen und damit sehr viele Hoffnungen von sehr vielen Leuten auf einen dauerhaften Frieden in Europa zerstört worden. Eine Million Menschen – das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl des Kantons Bern – sind auf der Flucht, haben Haus und Hof hinter sich gelassen und suchen Hilfe, Obdach und Deckung in Europa, auch bei uns. Niemand von uns kann sich das Leid vorstellen, das ein Krieg über die Zivilbevölkerung eines Landes bringt. Niemand kann sich vorstellen, was es heisst, die eigenen Söhne in den Krieg schicken zu müssen und sie an der Front zu wissen. Kaum jemand in diesem Saal kann sich vorstellen, was es heisst, eine Nacht in einer U-Bahn-Station oder in einem Luftschutzbunker zu verbringen, weil das eigene Haus oder die eigene Wohnung zerbombt sind.

Der Gemeinderat hat seine Erschütterung über die Ereignisse in der Ukraine schon gestern öffentlich geäussert. Der Stadtpräsident hat mich gebeten, sich heute an dieser Stelle mit ein paar Worten an Sie wenden zu dürfen. Artikel 70 unseres Geschäftsreglements (GRSR) sieht dies für solche Fälle vor und ich gehe davon aus, dass dem Anliegen keine Opposition erwächst.

Der Stadtratspräsident erteilt dem Stadtpräsidenten das Wort.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Vielen Dank für die Gelegenheit, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Krieg ist immer fürchterlich. Wir hatten alle gehofft, dass wir in Europa nie mehr einen Krieg erleben müssen. Dieser Krieg ist unfassbar und kam – wie der Stadtratspräsident ausgeführt hat – für uns alle sehr überraschend. Es handelt sich um einen Angriffskrieg, der im Wesentlichen von einer Einzelperson losgetreten wurde – die das auch hätte unterlassen können. Bei dieser Person handelt es sich um einen autokratischen Diktator. Der Krieg trifft ein Land und eine Gesellschaft, die sich im Aufbruch befinden, hin zu einer gesellschaftlichen Öffnung und zur Demokratie. Unsere Herzen und Gedanken sind daher bei den Menschen in der Ukraine. Der Krieg von Putin ist aber auch ein Krieg gegen Russland und gegen die russische Bevölkerung – dies wird oft vergessen. Wir denken auch an alle Russinnen und Russen, die ebenso gegen diesen Krieg sind wie wir, die ihn ablehnen, von Putin jetzt aber in Geiselschaft genommen werden. Mir tun daher auch alle Russinnen und Russen unendlich leid. Es steht schon jetzt fest, dass dieser Krieg Russland in der Weltgemeinschaft erneut auf Jahre und Jahrzehnte hinaus isolieren und schwächen wird. Erst wenn Russland Putin und seine Getreuen gestürzt haben wird, wird für Russland der Weg zurück in die Staatengemeinschaft wieder offen sein. Putin selber wird für diese verwerfliche Tat bis ans Ende seiner Tage verfolgt werden. Er wird, wenn er stirbt, als Kriegsverbrecher sterben.

Am meisten betrifft dieser Krieg aber die Menschen in der Ukraine. Die Stadt Bern hat seit einigen Jahren einen sehr engen Kontakt mit der Ukraine, insbesondere mit der Stadt Kyjiw, wie sie ukrainisch heisst – Kiew ist russisch. Diese Freundschaft basiert auf einer persönlichen Verbundenheit. Viel dazu beigetragen haben die Boxkämpfe von Vitali und Wladimir Klitschko. Beide haben in der Stadt Bern Weltmeisterschaftskämpfe ausgetragen, beide haben dabei gewonnen, was sicher geholfen hat. Seither sind sie mit Bern freundschaftlich verbunden. Vitali Klitschko boxte 2009 in der Postfinance Arena gegen Kevin Johnson, Wladimir

Klitschko im Juli 2012 im Wankdorf-Stadion gegen Tony Johnson. Vor drei Jahren, im Dezember 2019, reiste ich nach Kyjiw und besuchte Bürgermeister Vitali Klitschko. Ich kannte die Stadt zuvor nicht. Für mich ist Kyjiw eine der schönsten und bezauberndsten Städte Europas mit einer sehr offenen, lebenslustigen, gebildeten und kultivierten Bevölkerung. Seit meinem Besuch 2019 möchte ich schon lange gerne wieder in die Ukraine reisen, um das Land und die Städte zu entdecken. Ich möchte auch nach Lwiw – deutsch Lemberg – im Westen der Ukraine, nach Odessa und nochmals nach Kyjiw. Aber wegen der Pandemie war dies im letzten und vorletzten Sommer nicht möglich. Jetzt ist Krieg. Bürgermeister Vitali Klitschko und ich haben 2019 eine Freundschafts- und Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kyjiw und Bern unterzeichnet. Seither, aber auch schon vorher, haben ukrainische Delegationen Bern mehrfach besucht, oft zu Themen von Smart City. Der letzte Besuch einer Delegation des Stadtparlaments von Kyjiw fand vom 27. November bis zum 1. Dezember 2021 in Bern statt. Die Besucher liessen sich über unsere Systeme zur Abfalltrennung, Wasser- und Stromversorgung sowie Abwasserreinigung informieren. Damals – vor nicht ganz drei Monaten – herrschte noch totale Normalität. Mit der Delegationsleiterin, Maria Adomaitis, tausche ich mich im Moment regelmässig über Whatsapp aus. Ich sehe dabei immer, wann sie zuletzt online war. Heute war sie zuletzt um 16.51 Uhr online. Ich schrieb ihr um 16.23 Uhr, dass ich zu Ihnen, dem Stadtrat, sprechen werde. Ich schrieb: «Still thinking of you. I will mention you and your delegation tonight in our city parliament. God bless Ukraine!» Um 16.38 Uhr schrieb sie mir zurück: «Thank you for all your support.»

Wir hatten aber auch zu anderen Städten Kontakt, so zu Odessa und Charkiw. In diesen beiden Städten haben wir ein Projekt zur Verbesserung der Situation der Drogenszene lanciert. Alle osteuropäischen und zentralasiatischen Städte leiden unter einer sehr hohen Zahl von Heroinabhängigen und somit auch von HIV-Ansteckungen. Die HIV-Raten sind teilweise höher als in Ländern in Afrika. Wir haben ein Projekt lanciert, um diesen Städten unsere Drogenpolitik näher zu bringen – eine meines Erachtens erfolgreiche Drogenpolitik. In diesem Zusammenhang haben wir auch mit anderen ukrainischen Städten zusammengearbeitet, so mit dem Bürgermeister von Odessa, Gennadi Truchanow, und mit Charkiw.

Alle Kontakte mit den Menschen in der Ukraine und in der Stadt Kyjiw waren immer geprägt von ihrem grossen Willen, die Ukraine nach Europa hin zu öffnen und einen Weg in eine offene und freie Gesellschaft zu finden. Vor 20 Jahren war es noch deutlich anders. Damals gab es in der Ukraine noch Richtungskämpfe zwischen dem damaligen Präsidenten Juschtschenko und seinem Nachfolger Janukowytsch – Sie erinnern sich. Heute hat sich die Ukraine entschieden: Sie will ein Teil von Europa sein und wird dies auch bleiben. Aber diese Bemühungen in Richtung Europa wurden durch den Krieg brutal unterdrückt. Es tut weh, zu sehen, wie die wunderbare Stadt Kyjiw jetzt zu einem Kriegsschauplatz wird und zu einem Schauplatz von furchtbaren Strassenkämpfen werden wird. Ich hätte das in dieser Form nie für möglich gehalten. Wir verurteilen die schändliche Tat von Putin, wir trauern um die unschuldigen Opfer auf allen Seiten und wir sichern der Ukraine und dem ukrainischen Volk unsere unbedingte Solidarität und Unterstützung zu. Dies können wir tun, indem wir Putin zusammen mit der europäischen und der internationalen Gemeinschaft verurteilen und isolieren, indem wir der Ukraine unsere Hilfe zusichern und indem wir solidarisch sind mit den Menschen, die sich auf der Flucht vor diesem Krieg befinden, und sie bei uns aufnehmen.

Wir haben in der Schweiz eine entsprechende Tradition: 1956 und 1968 nahmen wir je rund 14 000 Menschen aus Ungarn und der Tschechoslowakei auf. 1999 erfolgten 20 000 Asylgesuche aus dem Kosovo – das war bis jetzt die grösste Flüchtlingswelle in die Schweiz. Die Schweiz war damals das Land, das am meisten Leute aus dem Kosovo aufnahm. Bis heute leben immer noch rund 200 000 Menschen aus dem Kosovo in der Schweiz. 2021 gab es in der Schweiz total 15 000 Asylgesuche – verglichen mit dem Spitzenjahr 2015 mit 40 000 Asylgesuchen gibt es also noch etwas Luft in den Flüchtlingsstrukturen, beispielsweise auch

hier in Bern im Bundesasylzentrum oder in unseren Durchgangszentren. Viele Schweizer Familien haben sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen. Auch in der Stadt Bern haben wir schon viele Anfragen erhalten. Auch in meiner Familie haben wir die Frage diskutiert und würden Flüchtlinge aufnehmen. Im Moment drängt sich dies aber noch nicht auf, denn in den Flüchtlingsunterkünften hat es für eine erste Welle genug Platz. In Zukunft werden wir aber sehr gern auf diese Angebote zurückkommen. Ich hoffe sehr und bin zuversichtlich, dass die positive Stimmung den flüchtenden Menschen gegenüber anhalten wird. Bis jetzt befinden sich rund eine Million Menschen auf der Flucht und ich freue mich sehr über die grosse Solidarität in Europa. Auch alle Parteien in der Schweiz zeigen sich solidarisch und mich freut auch die grosse Einigkeit in dieser Frage.

Der Gemeinderat hat gestern eine Taskforce eingesetzt, um auf die Situation reagieren zu können. Wir können beispielsweise erwähnen, dass sich 300 russische Staatsangehörige in der Stadt Bern gemeldet haben, weil sie zurück nach Russland möchten, dies aber nicht mehr können, und weil ihre Visa ablaufen. Diese Personen benötigen von der Fremdenpolizei eine Verlängerung ihrer Visa, damit sie in der Schweiz bleiben können, bis sie zurück nach Russland reisen können. Seit heute unterstützen wir auch die ukrainische Botschaft – der Leiter von Schutz und Rettung Bern, Simon Zumstein, ist heute Abend anwesend und kann dies bestätigen. Offenbar hat der ukrainische Botschafter auf Facebook einen Aufruf gestartet, Hilfsgüter zur Botschaft in Bern zu bringen. Sie können sich das anschauen – am Helvetiaplatz, hinten an der Feldeggstrasse, befindet sich die ukrainische Botschaft und es herrscht dort im Moment ein grosses Durcheinander. Aus der ganzen Region kommen Leute mit Hilfsgütern an und laden diese dort aus. Mitarbeitende von Schutz und Rettung und des Zivilschutzes sind vor Ort und helfen dabei, die Hilfsgüter entgegenzunehmen und für Ordnung zu sorgen. Zuerst waren es vier Helfer*innen, mittlerweile sind es meines Wissens schon zehn. Die Hilfsgüter können anschliessend in Lastwagen nach Polen verladen werden. In Polen befinden sich Hubs, in welchen die Güter auf kleinere Fahrzeuge verteilt und in die Ukraine geschickt werden. Wir haben einen sehr guten Draht zum ukrainischen Botschafter, Artem Rybtschenko. Ich finde, dass er ein sehr guter Botschafter ist. Er befindet sich seit einigen Jahren in der Schweiz und konnte hier ein gutes Netzwerk aufbauen. Somit kann er die Hilfe in der Schweiz auch gut koordinieren.

Danke für die Gelegenheit, heute Abend zu Ihnen sprechen zu können. Slava Ukraine!

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Vielen Dank für Ihre Worte, Stadtpräsident Alec von Graffenried. Abgesehen davon, dass es fast unerträglich ist, mit den Bildern und Nachrichten aus der Ukraine umzugehen, macht wohl nicht nur mir auch die grosse Hilflosigkeit enorm zu schaffen. Zu wissen, dass man weder gegen diesen Krieg noch gegen das Leid, das er verursacht, direkt etwas unternehmen kann, macht ohnmächtig. Diese Ohnmacht paart sich mit Angst – der Angst vor diesem Krieg, aber auch der Angst davor, dass der Wahnsinn eines konventionellen Militärschlags – welch schreckliche Wortkreation – noch übertroffen werden könnte. Dies lähmt und macht unendlich traurig. Hilfe vor Ort leisten Hilfswerke. Die Glückskette verfügt in der Ukraine und in den angrenzenden Staaten über Schweizer Partnerorganisationen, die dort Nothilfe leisten, wo es die Situation zulässt. Diesen Organisationen können wir mit finanziellen Mitteln direkt unter die Arme greifen. Sie finden auf Ihrem Pult ein Formular, um die heutigen Sitzungsgelder zu spenden. Falls Sie eines oder beide Sitzungsgelder der Hilfe vor Ort zukommen lassen wollen, bitte ich Sie, dieses Formular bis um 22.00 Uhr ausgefüllt beim Ratssekretariat abzugeben. Die gespendeten Sitzungsgelder werden gebündelt als eine Spende des Berner Stadtrats an die Glückskette überwiesen, mit dem Stichwort Ukraine.

Krieg bedroht Leib und Leben von Menschen, er bedroht die gesellschaftliche und soziale Sicherheit sowie eine gesicherte Existenz, und nicht zuletzt bedroht er auch die Freiheit von

Menschen und die Demokratie. Auch wenn es für uns alle schwierig ist, unter dem Eindruck dieses Kriegs von Russland gegen die Ukraine heute Abend eine ordentliche Sitzung abzuhalten, so ist doch jede Stadtratssitzung auch ein Manifest für die Demokratie und damit für Freiheit und Frieden. Bevor wir uns der ordentlichen Traktandenliste zuwenden, bitte ich Sie, aufzustehen und in einer gemeinsamen Schweigeminute den Opfern dieses Kriegs zu gedenken und hinzustehen – gegen den Krieg und für den Frieden.

Der Stadtrat hält eine Schweigeminute ab.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Yasmin Abdullahi (JGLP) und Lea Bill (GB) befinden sich in Isolation und nehmen virtuell an der heutigen Sitzung teil, betreut von Bettina Jans-Troxler. Gibt es Widerspruch?

Kein Widerspruch.

Der Stadtratspräsident fährt fort: Mit Tabea Rai können wir in unseren Reihen eine neue Grossrätin begrüssen – herzliche Gratulation. Falls Sie noch Coronatests benötigen und sich testen lassen wollen, erhalten Sie diese – wie an der letzten Sitzung angekündigt – neu beim Ratssekretariat. Sie können den Selbsttest beim Ratsweibel abholen und sich entweder vor der Sitzung testen oder den Test für das nächste Mal mit nach Hause nehmen. Sodann erinnere ich Sie daran, sich bei Sitzungsbeginn und am Ende der Sitzung mit dem Badge an- und abzumelden. Wir empfehlen Ihnen weiterhin, im Ratssaal eine Maske zu tragen, da die Abstände eher knapp bemessen sind. Ich erinnere daran, dass Sie Vorstösse wie folgt einreichen können: Dringliche Vorstösse bis um 21.00 Uhr und die übrigen bis um 21.30 Uhr.

Antrag SVP auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis nach Artikel 49 GRSR:

Erhebliche Mehrkosten in der Betreuung im Asylbereich, was passiert mit dem betroffenen Personal? Warum wurde trotz Warnungen dieser Vertrag abgeschlossen? Konsequenzen?

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP): In Anbetracht der Ereignisse im Kriegsgebiet fällt es mir relativ schwer, heute Abend unseren Antrag zu begründen. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine haben wir bewusst keine Diskussion zu einem aktuellen Ereignis verlangt – das ist nicht unsere Sache. Zum Antrag: Sie haben heute alle die Berner Zeitung (BZ) gelesen. Wir haben tatsächlich ein Problem. Wir haben Sie immer gewarnt und gefragt, ob es richtig ist, dass die Stadt Bern hier einspringt. Nun ist der Vertrag abgeschlossen und wir haben Kosten in der Höhe von einer halben Million Franken sowie 18 Mitarbeitende, für die man keine Lösung hat, worüber die Gewerkschaften zu Recht reklamieren. Es geht darum, vom Gemeinderat eine gewisse Perspektive zu erhalten – nicht für diesen Fall, sondern ganz generell, für die Zukunft. Wie will man das handhaben? Man reisst etwas an, hat danach aber keine Perspektive für die Leute, die man angestellt hat. Für mich ist dies konzeptionell falsch, so darf das nicht laufen. Mich interessiert, wie der Gemeinderat gedenkt, mit dieser Situation umzugehen. Will er in anderen Fällen andere Konsequenzen ziehen? Vielleicht heisst es jetzt, man könne die Mitarbeitenden für die ukrainischen Flüchtlinge einsetzen. Ich glaube zwar nicht daran, dass diese rasch wieder in ihr Land zurückkehren können, aber ich hoffe es trotzdem. Mir geht es vorliegend darum, Perspektiven zu schaffen für die Mitarbeitenden und für künftige Fälle. Es reicht nicht, ein Gutmensch sein zu wollen und eine riesengrosse Infrastruktur zu schaffen, die man nicht auslasten kann. So hat man nichts als Probleme und Leute, die man nicht einsetzen kann.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag SVP auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis nach Artikel 49 GRSS ab. (12 Ja, 46 Nein, 4 Enthalten) [Namen](#) 006

Traktandenliste

Die Traktanden 2 bis 13 und 16 bis 20 werden gemeinsam behandelt.

2020.SR.000389

1 Aufsichtskommission (AK): Ersatzwahl

Beschluss

Der Stadtrat wählt Matteo Micieli (PdA) als Ersatz für die zurücktretende Tabea Rai in die Aufsichtskommission.

- Die Traktanden 2 bis 13 werden gemeinsam behandelt. -

2011.SR.000089

2 Motion Fraktion GB/JA! (Judith Gasser/Aline Trede, GB): Biodiversität in der Stadt Bern erhalten und fördern (I): unversiegelten Boden erhalten; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion GB/JA! (Judith Gasser/Aline Trede, GB): Biodiversität in der Stadt Bern erhalten und fördern (I): unversiegelten Boden erhalten; Fristverlängerung Punkt 1a.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung von Punkt 1a der Motion bis 31. Dezember 2024 zu.

Bern, 24. November 2021

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Bis jetzt ist lediglich die Fristverlängerung bei Traktandum 9 bestritten. Sind weitere Fristverlängerungen bestritten?

Keine Wortmeldungen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich halte fest, dass somit, abgesehen von Traktandum 9, alle Fristverlängerungen als genehmigt gelten.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung von Punkt 1a der Motion bis 31. Dezember 2024 zu.

2017.SR.000203

3 Interfraktionelles Postulat Fraktion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Katharina Gallizzi/Rahel Ruch, GB/Ingrid Kissling-Näf, SP/Patrik Wyss, GFL): Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation fördern: Masterplan; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Präsidialdirektion vom 22. November 2021 betreffend Interfraktionelles Postulat Fraktion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Katharina Gallizzi/Rahel Ruch, GB/Ingrid Kissling-Näf, SP/Patrik Wyss, GFL): Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation fördern; Masterplan; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis zum 31. Dezember 2022 zu.

Bern, 15. Dezember 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis zum 31. Dezember 2022 zu.

2014.SR.000344

4 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA!, FDP (Rithy Chheng, SP/Martin Schneider, BDP/Michael Daphinoff, CVP/Janine Wicki, GFL/Matthias Stürmer, EVP/Regula Tschanz, GB/Seraina Patzen, JA!/Bernhard Eicher, FDP/Ueli Jaisli, SVP): Das Chleehus als wichtige Quartierinfrastruktur erhalten; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Interfraktionellen Motion SP, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA!, FDP (Rithy Chheng, SP/Martin Schneider, BDP/Michael Daphinoff, CVP/Janine Wicki, GFL/Matthias Stürmer, EVP/Regula Tschanz, GB/Seraina Patzen, JA!/Bernhard Eicher, FDP/Ueli Jaisli, SVP): Das Chleehus als wichtige Quartierinfrastruktur erhalten; Fristverlängerung
2. Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis zum 31. Dezember 2023 zu.

Bern, 15. Dezember 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis zum 31. Dezember 2023 zu.

2016.SR.000196

5 Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GB/JA!, FDP, GFL/EVP, SVP, GLP, AL/GPB-DA/PdA+ (Katharina Altas, SP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Seraina Patzen, JA!/Barbara Freiburghaus, FDP/Manuel C. Widmer, GFL/Roland Jakob; SVP/Ursina Anderegg, GB/Michael Daphinoff, CVP/Melanie Mettler, GLP/Christa

Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA): Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brännenguts; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Interfraktionellen Motion SP, BDP/CVP, GB/JA!, FDP, GFL/EVP, SVP, GLP, AL/GPB-DA/PdA+: Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brännenguts; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Interfraktionellen Motion bis zum 31. Dezember 2023 zu.

Bern, 22. Dezember 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung der Interfraktionellen Motion bis zum 31. Dezember 2023 zu.

2019.SR.000043

6 Motion Ladina Kirchen (SP) und Timur Akçasayar (SP): Bessere öV-Erschliessung des Westens; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Ladina Kirchen/Timur Akçasayar (SP): Bessere öV-Erschliessung des Westens; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Begründungsberichts bis zum 31. Dezember 2023 zu.

Bern, 11. August 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Begründungsberichts bis zum 31. Dezember 2023 zu.

2014.SR.000330

7 Motion Fraktion SP (Stefan Jordi/Annette Lehmann, SP): Mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche beim Spitalackerschulhaus! Endlich Massnahmen umsetzen; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP (Stefan Jordi/Annette Lehmann): Mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche beim Spitalackerschulhaus! Endlich Massnahmen umsetzen; Fristverlängerung Punkt 2 und 3.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung von Punkt 2 und 3 bis zum 31. Dezember 2023 zu.

Bern, 11. August 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.

2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung von Punkt 2 und 3 bis zum 31. Dezember 2023 zu.

2016.SR.000079

8 Motion Fraktion SP (David Stampfli/Michael Sutter, SP): Schauplatzgasse aufwerten; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP (David Stampfli/Michael Sutter): Schauplatzgasse aufwerten; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis 31. Dezember 2023 zu.

Bern, 24. November 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis 31. Dezember 2023 zu.

2014.SR.000105

9 Postulat Fraktion GB/JA! (Judith Gasser/Stéphanie Penher, GB): Hodlerstrasse aufwerten; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GB/JA! (Judith Gasser/Stéphanie Penher, GB): Hodlerstrasse aufwerten; Fristverlängerung Punkt 1.
2. Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. Dezember 2025 zu.

Bern, 24. November 2021

Antrag 1 GB/JA!

Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis **31. Dezember 2023** ~~31. Dezember 2025~~ zu.

Jelena Filipovic (GB) zum Antrag der Fraktion GB/JA!: Zugunsten der Ratseffizienz fasse ich mich kurz. Die Fraktion GB/JA! beantragt eine Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2023. Uns ist bewusst, dass das Quartier in den nächsten Jahren umgestaltet wird. Trotzdem ist dies kein Grund, die Temporeduktionen an der Hodlerstrasse so weit hinauszuschieben. Es ist unsinnig, die Sanierung des Museumsquartiers abzuwarten, wenn die Anliegen mit Sofortmassnahmen umgesetzt werden können. Selbstverständlich erwarten wir, dass die Aufwertung der Hodlerstrasse inklusive Aufhebung der Parkplätze erfolgt, sobald die Sanierung des Museumsquartiers effektiv an die Hand genommen wird.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Natürlich würden auch wir gerne vorher starten. Unsinnig ist es aber nicht, noch zuzuwarten. Wir haben durchaus unsere Überlegungen und Gründe, die Temporeduktionen in der Hodlerstrasse nicht jetzt anzugehen. Infolge der Sparmassnahmen

im Zusammenhang mit dem Finanzierungs- und Investitionsprogramm (FIT) haben wir gewisse personelle und finanzielle Engpässe. Auch Sofortmassnahmen benötigen eine kleine Projektorganisation. Wegen der FIT-Massnahmen nehmen wir eine ganz starke Priorisierung vor, weshalb gewisse Dinge ein wenig nach hinten rücken müssen. Wir haben uns das Ganze gut überlegt und ich bin froh, wenn Sie einer Fristverlängerung bis 2025 zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 GB/JA! ab (26 Ja, 38 Nein, 1 Enthalten) [Namen 007](#)
2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
3. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. Dezember 2025 zu. (50 Ja, 18 Nein, 1 Enthalten) [Namen 008](#)

2002.SR.000046

10 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!/GPB (Ueli Stückelberger, GFL/Blaise Kropf, JA!): Mehr Wohnqualität: Zusätzliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Stadtteil 4 (Kirchenfeld/Schosshalde); Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GB/JA!/GPB (Ueli Stückelberger, GFL/Blaise Kropf, JA!): Mehr Wohnqualität: Zusätzliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Stadtteil 4 (Kirchenfeld/Schosshalde); Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion um vier Jahre bis 31. Dezember 2025 zu.

Bern, 1. Dezember 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion um vier Jahre bis 31. Dezember 2025 zu.

2006.SR.000152

11 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Thomas Göttin, SP/Ueli Stückelberger, GFL): Koexistenz auf der Achse Thunstrasse-Ostring; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Thomas Göttin, SP/Ueli Stückelberger, GFL): Koexistenz auf der Achse Thunstrasse-Ostring; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis zum 31. Dezember 2025 zu.

Bern, 15. Dezember 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis zum 31. Dezember 2025 zu.

2013.SR.000131

12 Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA! (Stefan Jordi, SP/Stéphanie Penher, GB): Kleine Allmend: Keine Blechlawine auf der grünen Wiese!; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat SP/JUSO, GB/JA! (Stefan Jordi, SP/Stéphanie Penher, GB): Kleine Allmend: Keine Blechlawine auf der grünen Wiese!; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis am 31. Dezember 2023 zu.

Bern, 22. Dezember 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis am 31. Dezember 2023 zu.

2016.SR.000114

13 Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL): Ein Haus der Vereine im Ringhof!; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+: Ein Haus der Vereine im Ringhof!;
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2023 zu.

Bern, 17. November 2021

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Fristverlängerung.
2. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2023 zu.

2015.FPI.000004

14 Fortsetzung: Tierpark-Restaurant Dählhölzli, Tierparkweg 2, 3005 Bern: Neuorganisation und Erweiterung; Variantenentscheid und Baukredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Tierpark-Restaurant Dählhölzli, Tierparkweg 2, 3005 Bern: Neuorganisation und Erweiterung; Baukredit.
2. *Variante 1, Projekt mit Erweiterungsbau:*
Für das Tierpark-Restaurant Dählhölzli wird ein Baukredit von Fr. 8 900 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik (Konto 86000674) bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 1 000 000.00 ist im Baukredit enthalten.

Variante 2, Projekt ohne Erweiterungsbau:

Für das Tierpark-Restaurant Dählhölzli wird ein Baukredit von Fr. 5 700 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik (Konto 86000674) bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 1 000 000.00 ist im Baukredit enthalten.

3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 18. August 2021

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich muss ehrlich sagen, dass ich in der letzten Sitzung ein wenig erstaunt war über einige Voten meiner Ratskolleg*innen respektive über die Schlüsse, die sie aus ihren Begründungen ziehen. Das Ganze muss rentabel sein. Es soll ein familienfreundliches, niederschwelliges Restaurant sein. Damit bin ich einverstanden, aber die Schlussfolgerung geht nicht auf. Genau dies will das Projekt ja – inklusive Erweiterungsbau. Das Tierparkrestaurant Dählhölzli gehört zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik (Fonds) und damit zum Finanzvermögen der Stadt Bern. Der Fonds ermöglicht der Stadt die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum, beispielsweise auch beim Viererfeld und Mittelfeld. Damit dies möglich ist, muss der Fonds eine Rendite erzielen. Dies geschieht nicht zuletzt über Geschäftsliegenschaften wie die Restaurants Schwellenmätteli und Klötzlikeller, die Brasserie Bärengaben, das Klösterli Weincafe und viele weitere Lokale.

Damit beim Restaurant Dählhölzli aber eine Rendite erzielt werden kann, müssen jetzt Investitionen getätigt werden. Eine Renovation ist zwingend notwendig – diesbezüglich scheinen wir uns immerhin alle einig zu sein. Hingegen ermöglicht nur das Raumkonzept mit Ergänzungsbau die nötigen Voraussetzungen für eine regelmässige Auslastung und damit für einen rentablen Betrieb. Mit dem Ergänzungsbau können bei schlechtem Wetter oder im Winter genügend Innenplätze angeboten werden. Damit kann von einem Schönwetterbetrieb in einen Ganzjahresbetrieb gewechselt werden, was eine solide Planungsgrundlage in der Gastronomiebranche darstellt. Was geschieht nämlich bei einem Schönwetterbetrieb? Arbeit auf Abruf ist der Alltag. Ich habe fünf Jahre lang im Service gearbeitet und weiss, wie wichtig genügend Innenplätze für die Arbeit in der Gastronomie sind. Ohne diese gibt es kaum Planungssicherheit. Was heisst dies unter dem Strich für diejenigen Personen, die dort arbeiten? Es bedeutet Arbeitsausfall oder Arbeitsverdichtung. Der Ergänzungsbau wird darum massgeblich zu besseren Arbeitsbedingungen in der Gastronomie beitragen. Mit dem Ergänzungsbau kann das Tierparkrestaurant Dählhölzli zusätzlich für ganz unterschiedliche Anlässe wie Seminare und Familienfeste genutzt werden. Aber auch die vielen Familien, die den Tierpark während des ganzen Jahres besuchen, sind dankbar, wenn genügend gedeckte Plätze und ein gutes, bezahlbares gastronomisches Angebot zur Verfügung stehen. Schliesslich kann mit dem Ergänzungsbau auch die Zugänglichkeit zum Restaurant für Senior*innen sowie für Menschen mit Behinderung erleichtert und ermöglicht werden. Ein familienfreundliches, niederschwelliges Restaurant – das ist kein Werbespot für ein Bauprojekt, sondern eine Investition, eine Investition in das Quartier, den Service Public und den Fonds, für bessere Arbeitsbedingungen, für ein familienfreundliches und für alle zugängliches Restaurant und für eine Renovation, die sich tatsächlich lohnt. Die Fraktion SP/JUSO spricht sich daher klar für die Variante 1 mit Erweiterungsbau aus.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Auf die Ausgangslage muss ich nach den bereits gehaltenen Voten nicht mehr ausführlich eingehen. So, wie sich das Restaurant Dählhölzli im Moment präsentiert, ist es alles andere als erfreulich, primär wegen der schlechten und lieblosen Umsetzung respektive wegen der Nichtumsetzung des Konzepts durch die momentane Betreiberin. Dementsprechend brach der Umsatz während der letzten 15 Jahre re-

gelrecht ein. Stein des Anstosses zur Rückweisung des vorliegenden Geschäfts an den Gemeinderat – auf Antrag unserer Fraktion – ist der Erweiterungsbau, der sogenannte Gartensaal. Die Mehrheit in diesem Saal wollte, dass am 14. Februar 2021 getrennt vom geplanten Anbau über die Renovationsarbeiten am bestehenden Bau abgestimmt wird. Unterdessen konnten die Fachleute nochmals darüber brüten. Mit den beiden heute zur Abstimmung vorliegenden Varianten ist sichergestellt, dass die Teilprojekte 2 bis 8, die die Sanierung des bestehenden Restaurantgebäudes betreffen, nicht gefährdet sind. Diese Teilprojekte waren auch in der Fraktion GFL/EVP nie bestritten. Mit der jetzt möglichen Variantenabstimmung konnte unsere Fraktion bereits ein erstes Ziel erreichen.

Und jetzt? Die Mehrheit der Fraktion GFL/EVP ist bezüglich des Erweiterungsbaus weiterhin kritisch eingestellt und folgt den Überlegungen der FSU. In vielen Budgetdebatten haben nicht nur wir schon oft betont, dass notwendige Dinge wie die Sanierung des bestehenden Gebäudes von einem «Nice to have» – dem Erweiterungsbau – getrennt werden sollen. Wann, wenn nicht heute, können wir diesem Grundsatz denn Folge leisten? Heute stellt sich uns also die Frage, ob sich die Zusatzinvestition von 3,2 Mio. Franken in den Gartensaal lohnt, dies einerseits für den Fonds, andererseits aber auch für die Gäste. Natürlich wäre es für den Fonds toll, wenn man im Dählhölzli künftig einen Umsatz wie vor 15 Jahren oder gar mehr erzielen könnte. Natürlich gibt es Spitzentage, an welchen nicht ganz alle Besucher*innen einen Platz im Restaurant finden. Natürlich könnte man dort unten an der Aare schöne Hochzeiten feiern. Trotzdem gibt es für uns einige entscheidende Fragezeichen. Laut Vortrag könnten die betrieblichen Mängel nämlich auch mit einem Erweiterungsbau nicht vollständig behoben werden. Ich spreche von der Platzknappheit an Spitzentagen und den Problemen bezüglich Hindernisfreiheit. Und – auch dies steht im Vortrag – mit der Aussicht auf einen höheren Gewinn steigt natürlich auch das Risiko, wobei es sich notabene um das Risiko des Fonds und damit indirekt auch um das Risiko der Stadt handelt. Anlass zu Diskussionen gaben daher insbesondere auch die Ausführungen zur Wirtschaftlichkeit und Rentabilität. Zwar glauben wir, dass grundsätzlich beide Varianten rentabel betrieben werden könnten, aber letztendlich hängt der Erfolg in beiden Fällen – mit oder ohne Erweiterungsbau – von der Innovations- und Tatkraft der zukünftigen Pächter ab. Vor allem ist die Mehrheit der Fraktion GFL/EVP aber auch der Meinung, dass das Projekt auch ohne Erweiterungsbau funktionieren kann.

Unser aktueller Stadtratspräsident – vielen Dank Manuel C. Widmer – hat daher im letzten Jahr die Umsatz- und Mietzinspotenzialanalyse von Gastroconsult und das Mobilitätskonzept für das Szenario mit Gartensaal mit einigen grösseren Playern der Gastronomieszene besprochen, dies in der Absicht, eine Zweitmeinung zu hören, die die vorberatende Kommission FSU im letzten Jahr leider verwehrt. Neben viel Kritik am momentanen Betrieb wurde von diesen Playern auch die letztmalige Vergabe laut kritisiert. Schon damals suchte man in der Ausschreibung einen lokalen Betreiber. Trotzdem wurde das Dählhölzli an den Zürcher Frauenverein als grossen Player verpachtet, was heute kaum mehr nachvollziehbar ist. Des Weiteren wurde die Analyse von Gastroconsult in der Zweitmeinung als optimistisch bis zu optimistisch bezeichnet. Eine wichtige Frage konnte dabei leider nie beantwortet werden, die Frage nämlich, wie gross die Zahl der Gäste ist, die an Spitzentagen keinen Platz im Restaurant finden – die Frage nach dem vielzitierten Kapazitätsengpass also. Leider gibt es dazu keine Angaben. Ein Fragezeichen setzen wir auch hinter die zukünftigen Kapazitäten. Auf dem Platz Bern ist nur gerade das Tramdepot ein ähnlich grosser Betrieb. Dort wird aber ein Umsatz zwischen 6 Mio. und 8 Mio. Franken generiert. Zum Vergleich: Beim Dählhölzli liegt der geschätzte realistische Umsatz ohne Erweiterungsbau bei 3,3 Mio. Franken und mit Erweiterungsbau bei 4,5 Mio. Franken. In Bern erzielen wahrscheinlich keine zehn Gastronomiebetriebe einen solchen Umsatz.

An der als sehr optimistisch eingeschätzten Umsatzberechnung wurde denn auch am meisten Kritik laut. Eine massive Umsatzsteigerung im Restaurant Dählhölzli ist wahrscheinlich weni-

ger vom Ausbau abhängig, als vielmehr vom zukünftigen Betriebskonzept. An dieser Stelle verweise ich auch auf die Pachtzinsenerträge. Das Delta zwischen der optimistischen und der pessimistischen Variante beträgt 70 000 Franken pro Jahr, das Delta zwischen den Varianten mit und ohne Erweiterungsbau 100 000 Franken. Das Delta beim Betriebskonzept ist also fast so hoch wie dasjenige bei der Frage, ob der Erweiterungsbau dazu geplant werden soll oder nicht. Natürlich wünschen wir uns alle eine Berner Lösung, aber versprechen kann uns das niemand. Theoretisch ist es auch möglich, dass wir einem nationalen Grossbetrieb wie dem Zürcher Frauenverein oder der SV Group ein total saniertes, voll ausgebautes Restaurant mit Gartensaal zu einem fast geschenkten Pachtzins überlassen. Der Pachtzins ist ein weiterer Kritikpunkt der Fachleute: Ein Pachtzins von nur 8% für einen ausgebauten Betrieb wird allgemein als sehr tief bezeichnet. Es heisst, dass man einen solchen Wert sonst nur bei einer Rohbaumiete kenne. Ob es in der Stadt Bern neben dem Tramdepot einen zweiten, ähnlich grossen Betrieb erträgt, ist für uns eine offene Frage.

Dazu kommt, dass auch die Verkehrsanbindung des Dählhölzlis alles andere als optimal ist, insbesondere für grössere Veranstaltungen im geplanten Gartensaal. Die Buslinie 19 hält zwar nicht weit vom Tierpark entfernt und die Distanz zum Restaurant ist ebenfalls nicht sehr gross, aber eine mögliche Verlängerung dieser Buslinie steht in den Sternen. Die öffentlichen Veloabstellplätze und das Veloverleihsystem sollen ausgebaut werden, aber es soll keine zusätzlichen privaten Parkplätze geben. Entlang der Aare gibt es eine Vielzahl von öffentlichen Parkplätzen. Trotzdem wird bei grossen Veranstaltungen empfohlen, ein Betriebsmanagementkonzept zu erstellen. Das Mobilitätskonzept regt an, dass der Pächter bei der Durchführung eines grossen Anlasses, der bis spät abends dauert, einen Shuttledienst anbieten soll. Der Pächter muss in seiner Bewerbung aufzeigen, wie er den Betrieb diesbezüglich organisieren will. Dabei soll kein Mehrverkehr generiert werden dürfen. Die Auflagen im Mobilitätskonzept sprechen gegen einen Kapazitätsausbau und damit auch gegen einen Erweiterungsbau. Dazu kommt, dass ein Verzicht auf den Gartensaal bei den Umgebungsarbeiten die positive Folge nach sich ziehen würde, dass die zehn grossen Rosskastanien nicht gefällt werden müssten. Weiter kann mit einem Verzicht auch verhindert werden, dass in einem Naherholungsgebiet direkt am Aareufer neu gebaut wird.

Für die knappe Mehrheit der Fraktion GFL/EVP ist der Gartensaal ein typisches Beispiel von «Nice to have». Aufgrund ökologischer und finanzieller Bedenken favorisieren wir daher mehrheitlich die Variante 2: Eine Sanierung des bestehenden Gebäudes und ein Verzicht auf den Erweiterungsbau Gartensaal. Wir folgen mehrheitlich dem Antrag der FSU.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Ich danke meinem Vorredner für die ausführliche Darlegung des Geschäfts unter Berücksichtigung der Argumente von beiden Seiten. Auch die Mitte-Fraktion hat das Geschäft sehr intensiv diskutiert. Die Diskussion war sehr emotional, es erfolgten starke Voten dafür und dagegen. Schlussendlich hat sich die Mitte-Fraktion entschieden, sich für den Erweiterungsbau auszusprechen. Wir werden also mehrheitlich für die Variante 1 stimmen, weil wir der Meinung sind, dass es beim aktuellen Restaurant Dählhölzli momentan eher trist ist und dieser Ort eine Belebung braucht. Es braucht einen Restaurantbetrieb, der zum Zoo passt. Im Moment assoziiert man das Restaurant wohl nicht unbedingt mit dem Zoo, aber alle Berner*innen haben Herzblut für diesen Zoo und identifizieren sich mit ihm. So soll es in Zukunft auch mit dem Restaurant sein. Wir sehen es als Potenzial und glauben an dieses Potenzial. Der Erweiterungsbau wird kosteneffizient realisiert und in Zukunft viel gewinnbringender sein als der momentane Betrieb. Zudem können mit dem Erweiterungsbau mehr Probleme gelöst werden als ohne diesen Anbau. Gewisse Teilprojekte sind davon abhängig und können nur mit dem Erweiterungsbau gelöst werden. Auch die Wirtschaftlichkeit wird mit Sicherheit besser ausfallen als ohne Erweiterungsbau.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Vorab möchte ich mich noch für letztes Mal entschuldigen. Sie wissen, dass ich nicht so gut höre – ich weiss nicht, ob es die Technodisco oder das Artilleriefeuer war. Dies ist auch der Grund, weshalb ich relativ laut spreche.

Zum Geschäft: Die Mehrheit unserer Fraktion lehnt die Variante 1 klar ab und unterstützt stattdessen die Variante 2. Eine Minderheit der Fraktion ist anderer Meinung – deren Haltung legt anschliessend Thomas Fuchs dar. Sodann werden aus unserer Fraktion auch Einzelvoten gehalten werden, denn wir haben das vorliegende Geschäft sehr kontrovers diskutiert. Bevor ich weiterspreche, möchte ich meine Interessen und Befangenheiten offenlegen: Ich wohne ganz in der Nähe des Tierparkrestaurants und bin relativ oft dort, meine kleine Tochter auch. Was Regula Bühlmann an der letzten Sitzung gesagt hat, kann ich Wort für Wort unterschreiben, sie hat genau die richtige Einstellung. Die Situation beim Tierpark ist nicht dieselbe wie beim Bärengarten! Bei schlechtem Wetter hat es im Dählhölzli fast keine Leute und bei schönem Wetter findet man meist doch noch Platz. Wenn man draussen einen freien Platz findet, setzt man sich, aber in einen Glassaal würde man sich wohl kaum setzen. Denken Sie zudem einmal an den Nutzungskonflikt! Bei einer Hochzeitsgesellschaft möchte vielleicht jemand feierlich eine Rede halten, aber daneben toben Kinder herum. Es liegt ein klassischer Interessen- und Nutzungskonflikt vor, wie es auch Regula Bühlmann vor zwei Wochen dargelegt hat. Weiter ist zu erwähnen, dass wir in der Stadt wohl kaum zu wenige Restaurants haben, die Hotelgäste, Restaurantgäste oder Hochzeiten haben möchten – im Gegenteil. Mit dem geplanten Erweiterungsbau würden wir diese Betriebe konkurrenzieren.

Abgesehen davon habe ich auch grösste Bedenken, dass das Ganze wirtschaftlich wäre. Ich habe mit einem der früheren Pächter, Herrn Haller, gesprochen und ihn gefragt, ob das Restaurant mit dem Erweiterungsbau wirtschaftlich betrieben werden könnte. Ich bin der Meinung, dass dies nicht möglich ist, und Herr Haller hat mir ebenfalls davon abgeraten. Auch unter ökologischen Gesichtspunkten ist das Ganze nicht sinnvoll, dies ist teilweise auch im Votum von Marcel Wüthrich zum Ausdruck gekommen. Ich bin der Meinung, dass es völlig falsch ist, die schönen Bäume abzuholzen, damit man einen Erweiterungsbau aus Glas realisieren kann. Diese Reise geht völlig in die falsche Richtung. Man macht nicht etwas für die Besucher des Tierparks, sondern man hofft, internationale Zookongresse durchführen zu können. Als ich das las, war für mich definitiv klar, dass das so nicht geht. Internationale Zoos hat man in Sidney oder in Paris, aber deren Vertreter kommen doch nicht jedes Jahr nach Bern! Vielleicht kämen die Verantwortlichen des Plättli-Zoos, des Zürcher Zoos und des Tierparks Goldau, aber es ist unsinnig, auf internationale Kongresse zu hoffen. Ein solcher würde vielleicht alle 25 Jahre stattfinden. «Schuster bleib bei Deinen Leisten!» – wie es auch Regula Bühlmann gesagt hat. Hinter der Variante 2 kann ich stehen, setze mich dafür ein und unterstütze alle, die sich dafür aussprechen. Variante 1 hingegen ist für mich absolut unmöglich und ich werde sie bekämpfen. Es handelt sich um eine wirtschaftliche Utopie, die in die falsche Richtung geht und betriebswirtschaftlich niemals aufgehen wird – dies der Standpunkt der SVP-Mehrheit.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Ich spreche für die SVP-Minderheit, die sich im Stadtrat aber hoffentlich in der Mehrheit befindet. Anders als mein Vorredner kann ich Regula Bühlmann nicht loben. Wenn man keine Ansprüche hat, sind diese natürlich schnell erfüllt. Offenbar hat man keine anderen Ansprüche an dieses Restaurant als dort ein paar Pommes Frites zu essen und dazu vielleicht noch einen grünen Salat mit ein wenig Fertigsauce. Das ist kein Problem, und wenn man das mit der Familie so machen will, ist das richtig. In diesem Fall müsste man aber nichts unternehmen und könnte alles beim Alten lassen.

Remo Sägesser sagte, die Sanierung müsse sich rechnen – als ob sich in dieser Stadt alles rechnen würde! Ich schaue die Situation so an, wie wenn ich Eigentümer der Liegenschaft wäre. Als Eigentümer würde man das Möglichste herausholen wollen. Wenn wir ganz ehrlich

sind, müssten wir das Gebäude ja abreißen. Ausser dem Denkmalpfleger gefällt es wohl niemandem und niemand würde wegen dieses Gebäudes dort eine Sitzung abhalten wollen, ausser vielleicht die Vereinigung der Denkmalpfleger, die sich freuen würden, wenn sie in diesem Saal etwas essen und trinken könnten. Das Haus ist in seinem aktuellen Zustand im Grunde genommen völlig unbrauchbar. Zuoberst, an der besten Lage, befindet sich die Garderobe des Personals und der Küche, über die Aufteilung in den unteren Etagen wollen wir gar nicht erst sprechen. Für mich geht es darum, das Maximum herauszuholen aus dieser schlechten Liegenschaft. Da der Denkmalpfleger zum geplanten Erweiterungsbau Ja sagen konnte, auch wenn er sich vielleicht sehr dazu überwinden musste, müsste man die Chance nutzen und den Bau realisieren. Wenn wir es jetzt nicht machen, können wir es nie mehr machen. Es ist auch ein Armutszeugnis für die Stadt Bern, wenn man nichts Besseres zustande bringt, als das bestehende Gebäude ein wenig aufzumöbeln. Die Mittel im Fonds sind vorhanden und ich investiere sie lieber in diese Liegenschaft und an dieser Lage, anstatt an der Looslistrasse weitere Wohnungen zu kaufen.

Der Gemeinderat legt uns einen guten Antrag vor und auch der Finanzdirektor befindet sich für einmal auf dem richtigen Weg. Mit dem Erweiterungsbau können wir etwas Schönes realisieren, das wir den Leuten zeigen können. Dass es an dieser Lage schwierig ist, ist logisch. Mit dem langjährigen Tierparkdirektor habe ich mehrmals über dieses Thema gesprochen. Auch er hat sich ganz klar für den Erweiterungsbau ausgesprochen. Mir scheint, dass wir vor allem diejenigen Leute fragen müssen, die die Situation und die Region gut kennen und die seit Jahren vor Ort tätig waren. Vielleicht rechnet sich das Ganze in Prozenten am Schluss nicht ganz, wie es Remo Sägesser fordert, aber ich werde ihn bei anderen Projekten auch an diesem Punkt messen. Ich bitte Sie, dem Erweiterungsbau zuzustimmen. Sie müssen dies nicht hocheifrig tun, aber tun Sie es!

Einzelvotum

Thomas Glauser (SVP): Wenn man das Dählhölzli anschaut, sieht man einen Tierpark in schöner Lage an der Aare, einen Standort in der Natur neben einem Wohngebiet. Ich bin dafür, dass man dort, nach vielen Jahren, eine Renovation vornimmt, umbaut und dafür sorgt, dass der Restaurationsbetrieb erhalten bleibt. Mein Nachbar pachtete das Dählhölzli jahrelang – heute wohnt er an der Jupiterstrasse und ist pensioniert. Als er damals als Gastronom im Dählhölzli tätig war, waren die Mietzinse des Objekts relativ tief. Wenn wir jetzt rund 8,9 Mio. Franken investieren und das Ganze rentabel sein sollte, wie Sie vorhin selber sagten, wird sich dies auf den Mietzins auswirken. Ein Pächter muss also mehr Mietzins bezahlen und wird gezwungen sein, viel mehr Umsatz zu generieren. Es handelt sich um einen Schönwetterbetrieb und man hat nicht immer die Möglichkeit, zu parkieren – die Infrastruktur fehlt und es hat nicht viele Parkplätze. Mir scheint es daher sinnvoll zu sein, eine gute Renovation vorzunehmen, mit einer Finanzierung von 5,7 Mio. Franken, damit man dort weiterhin essen oder eine Glace kaufen kann. Man geht ja vor allem wegen des Tierparks ins Dählhölzli, nicht wegen des Restaurants. Die Stadt Bern hat sehr viele gute Gastronomiebetriebe, auch für Meetings, daran fehlt es nicht. Man sollte daher das vorliegende Objekt nicht mit Steuergeldern vergolden, sonst geschieht dasselbe wie in Kühlewil: Man hat ein Altersheim, in dem jahrelang keine Renovationen vorgenommen wurden. Die Stadt Bern nimmt ihr Portemonnaie hervor und spricht grosse Kredite, aber schlussendlich rentiert das Ganze nicht. Was macht man also? Man stösst den Betrieb ab und verkauft ihn. Das könnte im vorliegenden Fall auch passieren. Bleiben wir bescheiden und sorgen wir dafür, dass das Dählhölzli-Restaurant renoviert wird, damit wir dort weiterhin eine Glace oder Pommes Frites essen können.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich habe den DJ gebeten, einleitend zu meinem Votum den Song «The Final Countdown» abzuspielen – leider war es technisch nicht möglich. Um ein zweites Bonmot zu bemühen: Ich habe den Eindruck, «Les jeux sont faits». Trotzdem bitte ich Sie, nochmals genau zuzuhören, bevor Sie am Schluss auf den Knopf drücken.

Ende gut, alles gut? Gut ist sicher, dass der Stadtrat heute endlich entscheidet, damit wir wissen, wie es im Dählhölzli weitergeht. Der Stadtrat entscheidet heute zwischen einer notwendigen Sanierung und einem Projekt mit Strahlkraft und Potenzial. Es ist bekannt, dass sich die Stadt – leider – immer ein wenig schwer tut mit Leuchttürmen und Projekten, die über ein 08-15 hinausgehen. Ich erinnere an den Bundesplatz mit dem Wasserspiel, das heute hochattraktiv ist, oder an die Diskussion über den Baldachin beim Bahnhofplatz, von dem man der Meinung war, er sei nicht nötig. Auch beim Viererfeld/Mittelfeld läuft es nicht rund. Ich appelliere daher an Sie, heute mutig und innovativ zu sein.

Von Anfang an bestand Skepsis gegenüber dem vorliegenden Projekt. Diese war richtig und berechtigt, aber ich bin der Meinung, dass wir die Argumente aufgenommen und die Fragen beantwortet haben. Wir haben Argumente geliefert und Besichtigungen durchgeführt und ich hatte den Eindruck, wir seien mit unserer Idee durchgedrungen. Im Nachhinein, auch aufgrund gewisser Voten heute Abend, muss ich feststellen, dass unsere Argumente teilweise offenbar abgeprallt sind und vorgefasste Meinungen nicht geändert wurden. Ich sage Ihnen daher heute Folgendes: Es gehört zur Politik, auch einmal einen Schritt zurück zu machen, neue Argumente einzubeziehen und Argumente und Kriterien nach einer Debatte neu zu bewerten. Dabei kann man auch einmal zu einem anderen Entscheid kommen. Ich habe dies schon oft getan, oft freiwillig, manchmal ein wenig erzwungen. Zwingen kann ich Sie heute Abend nicht, Ihren Entscheid zu ändern.

Ich nehme Stellung zu verschiedenen Äusserungen, die im Rahmen der Debatte gefallen sind. Zuerst zu Ihren Voten und Argumenten an der letzten Stadtratssitzung vor zwei Wochen: Vorab danke ich der Kommissionssprecherin Sibyl Eigenmann, die das Geschäft sehr ausgewogen präsentierte. Um die wichtigsten zwei Aussagen zusammenzufassen: Der Handlungsbedarf ist gegeben und dort unten an der Aare befindet sich ein schöner Flecken – darüber sind wir uns wohl alle einig. Ein Thema, das in der Debatte immer wieder aufgegriffen wurde, kann unter dem Stichwort Hochzeiten zusammengefasst werden. Dazu möchte ich einige seriöse und auch ein paar humorvolle Antworten geben. Erstens ist mir wichtig, dass die Rentabilität nicht auf exzessive Grossevents ausgerichtet ist. Wir haben die Rentabilität eines 08-15-Betriebs berechnet, aber selbstverständlich können Events zu Mehreinnahmen führen – man spricht von einem sogenannten «Add-on» oder einem «Nice to have», wie man es heute in moderner Sprache bezeichnet oder wie es die GLP nennen würde. Zweitens könnte man dort unten an der Aare nicht nur heiraten – ich weiss gar nicht, weshalb immer von Hochzeiten die Rede ist – sondern auch Verlobungen, Konfirmationen, Kommunionen, oder den 50., 60. oder 30. Geburtstag feiern. Es gibt ganz viele Möglichkeiten. Sicher ist wichtig, dass das Dählhölzli Räumlichkeiten benötigt, um sich international ausrichten zu können, denn das möchte man – die entsprechenden Informationen haben Sie erhalten. Die internationale Ausrichtung soll auf eine gute Art erfolgen – ich blicke jetzt in Richtung der Grünen – denn Artenvielfalt ist ein Thema und man will sich fokussieren auf Tiere, die in diesem Lebensraum bereits verbreitet sind, und will das Ganze international verkaufen. Man sagt uns klipp und klar, dass dafür zu wenige Lokalitäten vorhanden sind. Drittens wurden zum Thema Hochzeiten auch immer wieder ökologische Argumente vorgebracht: Zu einer Hochzeit im Dählhölzli müsse man mit dem Bus anreisen. Was ist denn die Alternative? Man kann auch mit dem Bus oder dem Privatauto nach Spiez fahren, um zu Essen und Hochzeit zu feiern. Angedacht ist, dass man von der Nydeggbücke aus mit einem Shuttlebus zum Restaurant fahren könnte. Das ökologische Argument ist ein Scheinargument, weil es nicht stimmt – je näher und lokaler, desto weniger umweltschädlich.

Ein weiteres Thema ist die Wirtschaftlichkeit. Vivianne Esseiva sagte an der letzten Sitzung, es gehöre nicht zu den Kernaufgaben der Stadt Bern, Restaurants zu betreiben. Das ist richtig. Es ist aber so, dass wir diese verpachten. Ich versichere Ihnen, dass ich keine neuen Restaurants kaufen werde, aber diejenigen, die wir haben, wollen wir optimal ausrichten. Wir wollen sie nicht zu einem Wucherpreis weitergeben, damit auch junge und innovative Personen mit lokalen Produkten ein gutes Konzept umsetzen können, ohne dass sie viel Geld im Rucksack haben müssen. Was ist die Alternative? Wollen Sie das Restaurant verkaufen, damit es möglicherweise eine Privatperson erwirbt? Zumindest haben wir doch jedes Jahr einen Pachtzins, der in den Fonds fließt. Dazu sage ich später noch mehr. Jetzt möchte ich etwas zum Votum von Remo Säggerer sagen: Ich schätze Ihre Fraktion sehr. Sie recherchieren meistens seriös, aber hier vorne am Rednerpult zu sagen, dass sich das nicht rechne, ist mehr als nur eine saloppe Aussage! Interne und externe Fachpersonen haben das Ganze angeschaut und berechnet. Die Restaurants, die die Stadt Bern hat, rentieren gut und bringen Geld in den Fonds – nicht in die Stadtkasse, aber vom Fonds fließen heute jährlich rund 30 Mio. Franken in die Stadtkasse. Ich bitte Sie! Zu den Aussagen des GB: Es ist richtig, dass zwischen einer Sanierung im Bestand im Umfang von 5,7 Mio. Franken und einer Sanierung mit Ausbau im Umfang von 8,9 Mio. Franken eine Differenz von 3,2 Mio. Franken liegt. Es wurde argumentiert, das sei viel zu viel Geld. Die schwierige finanzielle Ausgangslage wurde auch von Marcel Wüthrich angesprochen. Ich bitte Sie nochmals, folgende Punkte zu bedenken: Erstens handelt es sich um eine Investition. Das ist nicht dasselbe wie eine laufende Ausgabe. Natürlich hat sie Auswirkungen auf die Verschuldung, aber dieser Investition muss man eine Einnahme gegenüberstellen. Zudem – auch dies wurde falsch gesagt – geht es um den Fonds und damit um das Finanzvermögen und nicht um das steuerfinanzierte Vermögen. Der Fonds nimmt die Investition vor und generiert die Einnahmen. Es ist auch der Fonds, der der Stadtkasse Geld überweist. Ich bitte Sie also, dieses Geschäft nicht hier vorne am Rednerpult unter die Themen Budgetdebatte, FIT-Massnahmen und dergleichen zu stellen! Dieses sind schwierige Themen, die wir weiterführen werden, aber als Argumente gegen das vorliegende Geschäft sind sie fehl am Platz. Ich wiederhole: Es geht weder um eine Investition aus der laufenden Rechnung noch um eine Investition aus dem steuerfinanzierten Haushalt. Erstaunlich ist – und da schaue ich in Richtung SP – dass man in derselben Stadtratssitzung entscheidet, aus dem steuerfinanzierten Haushalt jährlich 5 Mio. Franken im Betrieb auszugeben. Das kann man so machen, das ist ein politischer Entscheid, aber ich finde es nicht ganz konsequent, am gleichen Abend zu sagen, dass wir uns die vorliegende Investition von 3,2 Mio. Franken nicht leisten können.

Zu einigen heute vorgebrachten Argumenten und Aussagen, die mir wichtig erscheinen: Lena Allenspach hat den Aspekt der Arbeitsbedingungen vorgebracht und die Arbeit auf Abruf erwähnt. Dem ist tatsächlich so, wenn es am Samstag oder Sonntag regnet, öffnet man das Gartenrestaurant nicht. Die betreffenden Mitarbeitenden sind sozusagen auf «stand by» und bleiben je nach dem zu Hause. Wenn das Gartenrestaurant aber gedeckt wäre und es dort auch nicht so kalt wäre oder wenn es nicht den ganzen Sonntag lang regnet, kommen die Leute und die Mitarbeitenden haben Arbeit. Zum Votum von Marcel Wüthrich und seiner Einordnung des Geschäfts in die Budgetdebatte habe ich mich bereits geäußert. Schwierig finde ich es auch, wenn man am Rednerpult aus Gutachten Zweitmeinungen zitiert, die mir nie vorgelegt wurden. Ein solches Vorgehen ist nicht sehr transparent. Ich wäre sehr interessiert gewesen, diese Zweitmeinungen anzuschauen, und bin es nicht gewohnt, auf diese Weise zusammenzuarbeiten. Wenn man gute Argumente hat, kann man diese zur Verfügung stellen und darüber sprechen. Sich im Rahmen der Debatte auf Dinge zu beziehen, die niemand gesehen hat, ist auch eine Möglichkeit. Man kann so politisieren – mein Stil ist es nicht. Zum Votum von Sibyl Eigenmann: Leider kann ich meine handschriftlichen Notizen nicht mehr lesen, aber ich wollte sicher etwas Positives sagen. Zu den Voten der SVP: Natürlich ist mir die

Argumentation von Thomas Fuchs am nächsten. Er ist ein ausgewiesener Finanzfachmann, der etwas von der Sache versteht. Wenn sogar Thomas Fuchs eines meiner Projekte unterstützt und ihm damit sozusagen die Absolution erteilt, dann muss er Recht haben – herzlichen Dank!

Thomas Glauser, wir vergolden an der Aare unten nichts. Wir haben die Chance, dort ein cooles Projekt mit Potenzial und Innovation zu realisieren. Alles ist bereit, wir können die Baubewilligung einreichen. Ich bin überzeugt, dass vier bis fünf Jahre nach erfolgreichem Anbau alle kommen werden und sagen: «Das ist so toll, zum Glück haben wir das gemacht!» Ja, Alexander Feuz, Sie werden das nicht sagen, das weiss ich – aber alle anderen schon. Ich bitte Sie, der Sanierung mit Ausbau zuzustimmen. Es gibt viele, die das Projekt wollen. Ich habe auch gehört, dass einige noch unsicher sind. In einem solchen Fall ist es auch nicht falsch, einmal auf den weissen Knopf zu drücken und sich der Stimme zu enthalten. Ich bin sehr gespannt auf das Abstimmungsergebnis. So oder so gilt: «Ende gut, alles gut» und wir werden danach im Dählhölzli das realisieren, was Sie entscheiden. Vielen Dank für Ihr Engagement und für die Diskussion.

Beschluss

1. Die Variante 1 mit Erweiterungsbau unterliegt gegenüber der Variante 2 ohne Erweiterungsbau in der Gegenüberstellung. (30 Ja, 40 Nein, 2 Enthalten) [Namen 009](#)
2. Der Stadtrat stimmt der Variante 1 ohne Erweiterungsbau zu. (68 Ja, 1 Nein, 2 Enthalten) [Namen 010](#)

2022.SR.000004

15 Dringliche interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PDA, GFL/EVP, GB/JA!, (Katharina Altas/Barbara Nyffeler, SP/Jemima Fischer, AL/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans Troxler, EVP/Regula Bühlmann, GB/Franziska Geiser, GB): Sofortige Erneuerung des Vertrages zwischen Schutz und Rettung Bern und dem Geburtshaus Luna

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Interfraktionelle Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 23. Februar 2022

Motionärin *Barbara Nyffeler* (SP): Ich danke dem Gemeinderat und Schutz und Rettung Bern (SRB) für die Erneuerung des Kooperationsvertrags mit dem Geburtshaus Luna. Dies ist sofort nach dem Einreichen unserer Motion geschehen. Auf diese Weise waren die Voraussetzungen für die Erteilung der Betriebsbewilligung wieder erfüllt und das Luna konnte seine Arbeit wieder aufnehmen. Für uns bleibt offen, weshalb dieser Druck von aussen überhaupt nötig war. Es ist klar, dass der Kanton für die Spital- und Gesundheitsversorgung verantwortlich ist und damit auch in der Pflicht steht. Das Regelwerk und die Planung gehen vom Standardangebot aus, das aus Spitälern und Kliniken besteht. Nischenangebote wie Geburtshäuser passen nicht in das Standardangebot und sind von den zuständigen Stellen auch nicht erwünscht, weil sie ein wenig anders sind. Es ist aber eine Tatsache, dass das Luna und auch das Geburtshaus Alpina in Zweisimmen auf der Spitalliste stehen, auch wenn sie keine Spitäler sind. Damit haben sie ihre Existenzberechtigung.

Im Grossen Rat wurde eine Motion eingereicht, die eine Anpassung der Spitalversorgungsverordnung sowie angemessene Rahmenbedingungen für Geburtshäuser verlangt. Dieser Vorstoss ist parteipolitisch und regional breit abgestützt. Die Motionär*innen kommen aus dem ganzen Kanton Bern und auch die Parteien SVP, FDP und Mitte haben sich dafür stark gemacht. Ich gehe davon aus, dass der Grosse Rat in seiner Sommersession auch so entscheiden wird. Der Gemeinderat weist in seiner Antwort darauf hin, dass der Vertrag zwischen dem Luna und SRB im Sinne einer Übergangslösung bis Ende Jahr verlängert wurde. Falls es aber mit einer Anpassung der kantonalen Verordnung bis anfangs 2023 in zeitlicher Hinsicht nicht reicht, haben wir die klare Erwartung, dass der Kooperationsvertrag auch 2023 erneuert wird, und zwar ohne grosses Hin und Her und ohne vorgängigen politischen und medialen Druck.

Wir sind einverstanden damit, dass unser Vorstoss als Richtlinienmotion erheblich erklärt wird. Auch mit dem Begründungsbericht sind wir einverstanden, aber mit dem Passus «Übergangslösung bis Ende 2022» haben wir Mühe.

Fraktionserklärungen

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Für die Fraktion SP/JUSO ist das Hin und Her nicht ganz nachvollziehbar. Das Geburtshaus Luna in Ostermundigen befindet sich im Versorgungsgebiet von SRB. Wenn ein Anruf eingeht, muss SRB ausrücken, mit oder ohne Kooperationsvertrag. Aus diesem Grund erwarten wir, dass beim nächsten Mal eine rasche und pragmatische Lösung gefunden wird.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Eine Institution wie das Geburtshaus Luna geniesst auch in unserer Fraktion grosse Unterstützung. Frauen, die gebären, sollen eine solche Möglichkeit wie ein Geburtshaus auswählen können. Deshalb erstaunte uns die Meldung im Januar zunächst auch. Die Rückfragen an die Verwaltung zeigten aber, dass im vorliegenden Fall bei der Geschäftsführung des Luna einiges schief gelaufen ist. Es ist nicht nur so, dass man auf die Kündigung nicht reagiert hat, sondern die Erfahrungen bei den Notfall-Einsätzen und bei der Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung des Luna zeigen, dass es an einigen Stellen hapert. Aus Sicht von SRB fehlen eine Übereinstimmung bei den medizinischen Werten, eine ausreichende Vertrauensbasis und eine gute Kommunikation. Gemäss ärztlicher Leitung wird SRB anscheinend viel zu spät beigezogen. Eine solche Aussage ist happig und zeigt, dass die Kündigung von SRB nicht einfach so ausgesprochen wurde. Das Geburtshaus muss sicherstellen, dass bei Notfällen ärztliche Hilfe innert kürzester Frist verfügbar ist. Ja, es ist richtig, dass SRB ausrücken muss, aber für ein Geburtshaus muss unbedingt sichergestellt sein, dass in Notfällen eine funktionierende Vertrauensbasis mit den Ärzt*innen sichergestellt ist, die sich im Einsatz befinden. Es geht hier nicht um irgendeinen theoretischen Businessplan, sondern um Menschenleben. Die Stadt Bern hat dafür gesorgt, dass der Konflikt nicht eskaliert und die Betriebsbewilligung nicht entzogen wird. Daher wurde das, was mit der vorliegenden Motion verlangt wird, bereits erfüllt. Wir finden es gut, dass man auf diese Weise mehr Zeit hat, das Ganze zu regeln.

Trotzdem lehnt die Fraktion FDP/JF die Motion ab, denn sie zeichnet für uns ein einseitiges Bild. Die organisatorischen Fehler sind verheerend und es muss diesbezüglich etwas unternommen werden. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, für die Fehlplanung einer privaten Institution geradestehen zu müssen. Ja, es handelt sich um eine private Institution, die sich zudem in Ostermundigen und damit nicht einmal auf Stadtgebiet befindet, denn momentan gehört Ostermundigen noch nicht zu Bern. Die ärztliche Versorgung eines Geburtshauses ist etwas derart Zentrales, dass man sie nicht einfach vergessen darf. Sie muss ein genügend

grosses Gewicht haben, unabhängig davon, ob in der Geschäftsführung im Moment etwas nicht richtig läuft. Aus diesen Gründen lehnen wir die vorliegende Motion ab.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich möchte den Äusserungen von Barbara Nyffeler Nachdruck verleihen. Die Existenzberechtigung des Geburtshauses Luna kommt nicht nur daher, dass es auf der Spitalliste aufgeführt ist, sondern sie ist auch gegeben, weil das Luna eine Arbeit leistet, die ein Bedürfnis abdeckt. Viele Gebärende und Wöchnerinnen wollen in einem Geburtshaus gebären oder dort das Wochenbett verbringen. Dies zeigt sich auch am Umstand, dass die Petition für den Erhalt des Geburtshauses sehr rasch von sehr vielen Menschen unterschrieben wurde. Im Januar hatten plötzlich viele Leute Angst, dass das Luna schliessen könnte. Diese Situation darf sich im nächsten Winter nicht wiederholen.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Das Geburtshaus in Ostermundigen ist für Gebärende eine wichtige Alternative zu einer Spital- oder Hausgeburt und sein Umzug in die Agglomeration Bern war sicherlich ein Gewinn. Wir bitten SRB daher, so lange mitzuhelfen, bis die kantonale Verordnung vernünftig angepasst werden konnte. Das Geburtshaus bitten wir darum, sich um eine gute Kommunikation zu bemühen. Vielen Dank für die Flexibilität auf allen Seiten, damit das Luna weiterbetrieben werden kann.

Einzelvotum

Tom Berger (FDP): Ich verzichte darauf, in meinem Votum auf Artikel 44 der kantonalen Spitalverordnung einzugehen, weil wir als Stadtparlament der falsche Ort sind, um eine kantonale Verordnung zu diskutieren. Mich stört sehr, dass es in diversen Voten so dargelegt wurde, als ob die Stadt Bern das Luna hätte schliessen wollen. Das ist so nicht korrekt. Die Geschichte wurde medial äusserst einseitig verkauft. In notabene nicht weniger als drei Artikeln bei TA Media wurden die armen Mitarbeitenden des lieben Geburtshauses als Opfer dargestellt, SRB hingegen als dubiose Stelle, die – aus welchen Gründen auch immer – einfach so den Vertrag kündigte. Es ist mir ein grosses Anliegen, an dieser Stelle einige Hintergrundinformationen zu kommunizieren, die unserer Fraktion vorliegen und die notabene auch den einreichenden Fraktionen des vorliegenden Vorstosses bekannt waren, und zwar schon im Zeitpunkt des Einreichens.

Natürlich liegt Ostermundigen im Einsatzgebiet von SRB und natürlich rückt SRB im Rahmen des gesetzlichen Auftrags aus, wenn es im Geburtshaus Luna einen Notfall gibt. Das ist klar und unbestritten und hat nichts zu tun mit dem Kooperationsvertrag. Im Kooperationsvertrag wird die Stadt Bern verpflichtet, die vom kantonalen Gesetz – genauer Artikel 44 der erwähnten Spitalverordnung – geforderte Vorhalteleistung eines Arztes für das Luna unentgeltlich zu erbringen. Einzig und alleine diesen Punkt wollte die Stadt Bern korrigieren. Von Seiten des Luna wurde auf die Kündigung monatelang nicht reagiert, es wurde nichts kommuniziert. Plötzlich aber, gut abgestimmt auf den Beginn des Grossratswahlkampfes – bei dem die Geschäftsführerin des Luna selber kandidiert – fährt man mit einer Petition und der vorliegenden Motion ein. Damit es für alle klar ist: Beim Geburtshaus Luna handelt es sich um eine Aktiengesellschaft (AG) mit einem Jahresumsatz von 3 Mio. Franken. Als Stadt Bern haben wir diese AG jahrelang quersubventioniert, indem wir mit Stadtberner Steuergeldern die erwähnte Vorhalteleistung für ärztliche Leistungen finanziert haben, was nicht der Auftrag der Stadtberner Steuerzahler*innen ist. Jede Gesundheitseinrichtung in diesem Land oder zumindest in diesem Kanton muss diese Leistung erbringen und sie über diejenigen Kanäle finanzieren, die zur Finanzierung von medizinischen Leistungen die korrekten Kanäle sind. Immerhin übernimmt das Luna jetzt wenigstens diese 22 500 Franken pro Jahr, aber wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, dass es sich um einen Spottpreis – um einen Dumpingpreis – dafür han-

delt, dass eine Ärztin oder ein Arzt während 365 Tagen im Jahr sieben mal 24 Stunden einzig und allein für das Geburtshaus einsatzbereit sein und innerhalb von 15 Minuten vor Ort sein muss.

An die Ratslinie: Ich erlebe es wohl zum ersten Mal – und wahrscheinlich auch nur dieses eine Mal – dass Sie in diesem Saal ernsthaft fordern, eine privatrechtliche AG solle von der Stadt Bern subventioniert werden. Gottlob wurde der Vertrag zwischen dem Luna und SRB befristet verlängert und das Luna hat Zeit, sein Fehlkonstrukt zu korrigieren und eine Lösung zu treffen, wie sie für jede andere Gesundheitseinrichtung gilt. Ich hoffe inständig, dass der Vertrag Ende 2022 beendet wird.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich bedanke mich für Ihre Voten. SRB hat es möglich gemacht, dass das Luna ein Jahr Zeit hat, um die Situation zu regeln. Entweder werden auf kantonaler Ebene die Voraussetzungen für die Zulassung geändert und es braucht die Sanitätspolizei Bern (SANO) gar nicht mehr, weil allenfalls die Vorhalteleistung eines Arztes oder einer Ärztin nicht mehr benötigt wird. Oder aber das Luna hat Zeit, eine ärztliche Lösung ausserhalb der SANO zu finden. Wir haben keine gesetzlichen Grundlagen, eine privatrechtlich organisierte AG zu subventionieren. Leistungen, die wir diesbezüglich erbringen, werden vom Kanton innerhalb der Leistungsverträge mit der kantonalen Gesundheitsdirektion (GSI) nicht anerkannt. Insofern möchte ich in aller Klarheit darauf hinweisen, dass wir bereit waren, Hand zu bieten für eine Übergangslösung im Sinne einer Übergangsfrist, damit anderweitig eine Lösung gefunden werden kann. Der Vertrag wurde befristet erneuert und endet Ende 2022.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (45 Ja, 18 Nein, 5 Enthalten) [Namen 011](#)
3. Die Antwort des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Begründungsbericht zur Motion.

- Die Traktanden 16 bis 20 werden gemeinsam behandelt. -

2022.SR.000002

16 Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Stadtklima verbessern, Biodiversität fördern, Klimaziele erreichen: Fassaden begrünen!

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Dringliche Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 23. Februar 2022

Tanja Miljanovic (GFL) für den Postulanten zu Traktandum 16: In Bern wird nicht einmarschiert, es fliegt nichts über unsere Köpfe, es explodiert nichts, niemand schreit, niemand weint, niemand stirbt. Wer aber etwas von Geschichte, militärischer Strategie oder Geopolitik versteht oder mindestens die Serie «Game of Thrones» geschaut hat, weiss: «Ukraine is the wall – hold the wall!» Angesichts dieses erneuten und erdrückenden Bruchs mit dem Frieden und dem Völkerrecht auf europäischem Boden fällt es mir sehr schwer, mich auf das Hier und Jetzt zu konzentrieren und über Fassadenbegrünungen zu diskutieren. Aber wir sind hier und müssen dort gestalten, wo wir Gestaltungsmacht haben. Ist unser kleiner grüner Kampf hier in Bern deshalb bedeutungslos, nichtig und vernachlässigbar? Nein! Auch wir haben einen un-

mittelbaren Feind, er sitzt unter uns, und zwar in jeder und jedem von uns ein bisschen. Der Unglaube, das Unverständnis, die Ignoranz und die Selbstzufriedenheit in uns hindern uns daran, über uns hinauszuwachsen, den Kopf aus dem Sand zu erheben und uns zu fragen, wo wir hin wollen.

In Bern haben wir etwas sehr Wertvolles: Eine reiche, alte Stadt voller Geschichte und Kultur. Sie müssen wir schützen – nicht vor Raketen oder Bomben, sondern vor unserem inneren Schweinehund. Immerhin haben wir verstanden, dass wir gegen die Klimakrise und die Erderwärmung kämpfen müssen. Nächste Woche werden wir das Klimareglement erlassen. Dabei handelt es sich um einen Versuch, die weitere Erhitzung einzudämmen. Aber seien wir ehrlich: Auch mit all diesen Massnahmen, die wir treffen, wird sich unser kleines Bern weiterhin erhitzen, und zwar überdurchschnittlich. Es ist an der Zeit, sich gegen die ausweitende Hitze und den Rückgang der Biodiversität einzusetzen. Dies ist unser Handlungsfeld, wir sind der Stadtrat. Die Fraktion GFL/EVP reichte noch im November zwei sehr umfassende Interpellationen zu den Klimaanpassungsmassnahmen ein. Es war uns sehr wichtig, zuerst einmal herauszufinden, wo sich die Stadt in welchem Bereich befindet. Die Antworten werden bald vorliegen und wir werden dem Stadtrat dannzumal mit einer Reihe gezielter Massnahmen auf die Pelle rücken.

Zu den Finanzen: Grüne Fassaden und andere Klimaanpassungsmassnahmen sind teuer, aber nicht zu teuer. Zu teuer sind Hunderte von Hitzetoten bei immer ausgeprägteren Hitzesommern, steigende Gesundheitskosten und fallende Lebensstandards. Weshalb streiten wir uns überhaupt über eine solche Ausgabe? Weshalb investieren wir nicht einfach? Der Grund liegt darin, dass wir immer noch in einem System gefangen sind, das sehr viele Bereiche der Wirtschaft nicht quantifiziert. Klimaanpassungsmassnahmen beispielsweise sind keine klassischen Verbrauchskosten – ganz im Gegenteil. Es handelt sich vielmehr um unmittelbare Investitionen mit einem lange andauernden positiven Effekt auf unsere Umgebung und das Mikroklima, auf Gesundheit, Lebenserwartung und Lebensqualität. Sicher gibt es in diesem Saal auch Stimmen, die der Meinung sind, man müsse nicht immer alles quantifizieren und es müsse nicht alles einen Geldwert haben. Doch, das muss es! In unserem aktuellen Wirtschaftssystem, das Güter und Dienstleistungen mit Geldwerten besetzt, muss alles, was einen Wert hat, auch einen Nennwert haben. Andernfalls geschieht dasselbe wie momentan im Bereich der Care-Arbeit oder der Klimakrise. Wir benötigen ein neues Mindset, einen Paradigmawechsel, einen Orkan aus Wut, Überdross, Angst, aber auch aus Hoffnung, Kreativität und Mut – einen Orkan, der durch unsere Räte fegt und uns wachrüttelt. Es ist Zeit, zu handeln – es wäre schon längst Zeit, zu handeln.

Motionärin *Tabea Rai* (AL) zu Traktandum 17: Mit der Energie- und Klimastrategie 2025 plant der Gemeinderat die Umsetzung der dringend notwendigen Klimamassnahmen. Auch der Gemeinderat sagte in seiner Medienmitteilung vom 27. Mai 2019, dass es fünf vor zwölf sei, wenn es um den Klimaschutz gehe. Seither sind schon wieder zwei Jahre vergangen, weshalb jetzt griffige und einfach umsetzbare Massnahmen getroffen werden müssen. Mit der vorliegenden Motion möchte ich solche handfesten Massnahmen zur Umsetzung unterbreiten. Fassadenbegrünungen haben neben einer stadtklimatischen Verbesserung viele positive Effekte: Sie sind auch aus gesundheitlichen und finanziellen Gründen sinnvoll. Weiter dienen sie der Gebäudeoptimierung und der Förderung der Biodiversität. Sie stellen aber auch eine Verschönerung von langweiligen grauen Fassaden dar. Mit einer Fassadenbegrünung wird die Aufenthalts- und Umgebungsqualität verbessert und sie kann auch eine Lärmreduktion bewirken. Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist, dass Fassadenbegrünungen im Sommer kühlen und im Winter wärmen können. Durch die Sauerstoffproduktion, die Luftreinigung und die Bindung von Feinstaub tragen sie auch zu einer Verbesserung der Luftqualität bei.

Die Stadt Wien beschloss im Juni 2020, dass die Fronten von Neubauten zu mindestens einem Fünftel begrünt werden müssen, und zwar ganz grundsätzlich bei Bauland – nicht nur im Wohngebiet, sondern auch in Industriezonen. Fassadenbegrünungen werden heute eher bei teuren Bauvorhaben oder bei Luxuswohnungen geplant. Dass eine Umsetzung auch bei günstigen Bauten stattfinden sollte, ist leider noch zu wenig verbreitet. Wir greifen daher zurück auf die griffigen Forderungen, die unbedingt bald umgesetzt werden sollten. Die Fassaden bei Neubauten und städtischen Gebäuden müssen mindestens zu einem Fünftel begrünt werden, dies in Wohngebieten und in Industriezonen. Konkret bedeutet dies Fassadenbegrünungen im Umfang von mindestens 20% bei allen Neubauten auf städtischem Boden, bei allen städtischen Gebäuden und auch bei allen privaten Gebäuden auf städtischem Boden.

Dieser konkrete Prozentwert hält einige von Ihnen davon ab, meinem Vorstoss als Motion zuzustimmen. Dass es nicht zielführend sei, einen konkreten Prozentwert zu fordern, finde ich ein fadenscheiniges Argument. Für die Umsetzung unserer Klimaziele benötigen wir konkrete Forderungen und nicht irgendwelche plakativen Image- oder bestenfalls Wahlkampfparolen. Die Parteien in der Ratsmitte, die das Wort «grün» im Namen tragen, verstecken sich wieder einmal hinter reglementarischen Argumentationen, anstatt mitzuhelfen, dringend nötige Veränderungen auch einmal mutig und unkonventionell anzustossen. Bei Ihrer Zurückhaltung vermisste ich auch die Attribute Ihrer orkanartigen Klimapolitik, die meine Vorrednerin angesprochen hat. Dasselbe gilt natürlich auch für die SP. Irgendwann muss man konkret werden. Reglemente könnten später nötigenfalls an die Praxis angepasst werden. Weil das aber nicht alle in diesem Saal so sehen und unsere Forderung sonst komplett scheitern würde, wandeln wir die Motion in ein Postulat um.

Motionärin *Laura Binz* (SP) zu den Traktanden 18 und 20: Der menschengemachte Klimawandel hat die Erde seit Mitte des 20. Jahrhunderts stark geprägt und verändert. Die Städte haben einen grossen Einfluss auf den Klimawandel, sind aber gleichzeitig auch besonders stark davon betroffen. Die Stadt Bern ist diesbezüglich keine Ausnahme und tut gut daran, Massnahmen zu ergreifen, um besser mit häufigeren Wetterextremen wie insbesondere Starkregen oder Hitze umgehen zu können. Im dicht bebauten städtischen Gebiet ist der Effekt von urbanen Hitzeinseln besonders relevant. Messungen der Gruppe «Urban Climatology» des geografischen Instituts zusammen mit der Stadt Bern haben gezeigt, dass es im Sommer in der Innenstadt, aber auch in den Quartieren Breitenrain, Mattenhof, Lorraine oder Länggasse in der Nacht durchschnittlich 3 bis 4 Grad wärmer ist als ausserhalb der Stadt. Die Entsiegelung und Begrünung von Flächen insbesondere mit Bäumen für eine Beschattung, die Schaffung von Wasserflächen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen sind wichtige Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas. Der Nutzen dieser Massnahmen ist mehrfach: Einerseits wird das Stadtklima verbessert, andererseits fördern diese Massnahmen auch die Biodiversität in der Stadt, die Lebensqualität und die Gesundheit der Bewohner*innen sowie die Aufenthaltsqualität im städtischen Raum. Die Massnahmen sind wichtig im öffentlichen Raum und auf städtischen Gebäuden, aber für deren Erfolg und Wirksamkeit ist es ebenso wichtig, dass auch auf privaten Gebäuden und Grundstücken entsprechende Massnahmen umgesetzt werden können.

Mit unserer Motion «Stadtklima integral denken – Synergien nutzen, Lebensqualität in der Stadt Bern erhalten» fordern wir, dass bei aktuell laufenden Arealentwicklungen auf städtischen Grundstücken neben den wohnpolitischen Zielsetzungen nach bezahlbarem und gemeinnützigem Wohnraum auch stadtklimatische Aspekte beachtet werden. Die Stadt Bern soll bei ihren eigenen Arealen eine Vorreiterrolle einnehmen und die stadtklimatischen Aspekte von Anfang an in alle Planungsprozesse von städtischen Hochbauprojekten integrieren. Dach- und Fassadenbegrünungen dienen dem Mikroklima und – wie schon erwähnt wurde – auch der Biodiversität. Das Potenzial für Dach- und Fassadenbegrünungen und für unversiegelte

Innenhöfe ist gross und sollte konsequent genutzt werden. Wenn erst nachträglich über Dach- und Fassadenbegrünungen nachgedacht wird, wird die Umsetzung teurer und schwieriger. Demensprechend fordern wir in Punkt 3 der erwähnten Motion auch, dass bei den Realisierungskrediten, die im Stadtrat diskutiert werden, die Abschätzung von Klimafolgen immer in den Vortrag integriert werden soll. Klimaaspekte sollen wie Personalfolgekosten automatisch mitberücksichtigt werden. Die Punkte 4 und 5 zielen auf die Beratung von Privateigentümer*innen ab. Zusätzliche Informationen sind nötig, um das Wissen und die Möglichkeiten von Gebäudebegrünungen auch bei privaten Hausbesitzer*innen zu fördern. Die Abstimmung über diese Motion soll punktweise stattfinden. Bei den Punkten 1 bis 3 halten wir an einer Motion fest, die Punkte 4 und 5 wandeln wir in ein Postulat um. Wir können die Vorbehalte des Gemeinderats nachvollziehen und sind der Meinung, dass er die beste Option suchen soll, um die Informationen bestmöglich an den Mann und an die Frau zu bringen.

Zur Motion «Konkrete Massnahmen für ein besseres Stadtklima ergreifen»: Es ist klar, dass eine Kombination der Massnahmen – Entsiegeln, Begrünen, mehr Wasserflächen und mehr Dach- und Fassadenbegrünungen – am besten wirkt. Damit die Stadt Bern langfristig lebenswert bleibt, gilt es, diese Massnahmen konsequent und möglichst grossflächig umzusetzen. Entsiegelte Flächen speichern weniger Hitze und lassen den Regen besser versickern. Wildstauden, Hecken und Bäume wirken kühlend und fördern die Artenvielfalt. Im Vorstoss erwähnen wir einige Beispiele aus allen Quartieren. Wir alle kennen Plätze, Strassen oder Ecken, die komplett versiegelt sind und sich für die erwähnten Massnahmen eignen würden. Nehmen wir als Beispiel die Rathausgasse vor dem Rathaus: Schon die Pflästerung brachte im Vergleich zur vorherigen Versiegelung eine Verbesserung, die Temperaturen sind leicht gesunken. Ein weiteres Beispiel ist der Ansermetplatz im Westen der Stadt. Dort hat man im letzten Sommer einfache Massnahmen umgesetzt, mit kleinen Pflanzen und Baumstämmen auf dem Platz. Auch diese Massnahmen hatten eine positive Auswirkung, einerseits auf die Temperatur und andererseits auf die Aufenthaltsqualität. Aus diesen Gründen sollen die genannten Klimaanpassungsmassnahmen bei der Stadtplanung konsequent umgesetzt werden. Insbesondere sollen im Rahmen der Revision der Bauordnung Massnahmen und Anreize auch für Private geschaffen werden, denn dies ist zwingend notwendig, damit wir eine gute Wirkung der Klimaanpassungsmassnahmen in der Stadt Bern erzielen können. Danke für Ihre Unterstützung.

Motionärin *Simone Richner* (FDP) zu Traktandum 19: Wir wandeln unsere Motion in ein Postulat um. Diesbezüglich begrünnen wir auch die Argumentation des Gemeinderats, der vor allem die Kosteneffizienz ins Feld führt. Wir hoffen, dass diese Argumentationslinie auch bei künftigen Geschäften anzutreffen sein wird. Zum Sponsoring: Dies ist nichts Böses, sondern es geht um eine Zusammenarbeit auf der Basis eines gemeinsamen Interesses. Man kann das auslegen, wie man will, aber es handelt sich nicht unbedingt um Werbefläche.

Fraktionserklärungen

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP wird alle vorliegenden Vorstösse annehmen. Das dringliche Postulat der Fraktion GFL/EVP betreffend Fassadenbegrünung nehmen wir, wie gefordert, als Postulat an. Bei der Motion der Fraktion SP/JUSO betreffend Nutzung von Synergien nehmen wir die Punkte 1 bis 3 als Motion und die Punkte 4 und 5 als Postulat an. Bei der Motion von Tabea Rai zum Thema Fassadenbegrünung sprechen wir uns für eine Annahme als Postulat aus. Fassadenbegrünungen sind enorm wichtig und müssen vorangetrieben werden, wie es auch die anderen Vorstösse verlangen, aber die Fraktion GFL/EVP lehnt es ab, eine fixe Grösse für jedes einzelne Gebäude festzusetzen. Es gibt Orte, an welchen eine Fassadenbegrünung wenig sinnvoll ist und die

Fassade anders besser genutzt werden kann. Die Motion der Fraktion FDP/JF betreffend Begrünung der Haltestellen lehnen wir aufgrund der geringen positiven Auswirkungen und der schlechten Kosten-Nutzen-Bilanz als Motion ab, möchten sie aber als Postulat annehmen. Eine Bewerbung und Kommerzialisierung der Haltestellen lehnen wir ab. Falls einmal eine besser formulierte Motion eingereicht würde: Damit würde sie bei uns keine Mehrheit finden. Die Motion der Fraktion SP/JUSO betreffend konkrete Massnahmen für ein besseres Stadtklima nehmen wir als Motion an.

Tabea Rai (AL) für die Fraktion AL/PdA: Die Fraktion AL/PdA stimmt allen Vorstössen zu, mit Ausnahme der Motion der Fraktion FDP/JF bezüglich Begrünung der Haltestellendächer. Dieser Vorstoss ist nichts anderes als ein Wolf im Schafspelz, denn es geht darum, noch mehr Werbeflächen zu schaffen, und dies erst noch gratis – nebenbei können die betreffenden Firmen noch etwas Grünes realisieren. Wir lehnen die Motion der Fraktion FDP/JF daher ab.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Fraktion FDP/JF begrüsst die Bestrebungen insbesondere des Gemeinderats, im Bereich der Fassadenbegrünung endlich vorwärts zu machen. Wir sind sehr dafür, denn eine Begrünung von Gebäuden bietet viele Vorteile für Mensch und Umwelt. Mit Vertikalbegrünungen kann das Mikroklima in den Städten nachhaltig verbessert werden. Der Wasserkreislauf der Pflanzen kann die Temperaturen in den Städten im Sommer senken, die Luftqualität wird gesteigert, die Schall- und Wärmedämmung der Gebäude verbessert und das Stadtbild aufgewertet. Das alles ist sensationell! Wir begrüssen insbesondere auch, dass geprüft wird, wie eine Vertikalbegrünung bei städtischen Gebäuden realisiert werden kann, und dass Bauherren und Investoren auf diese Möglichkeiten hingewiesen werden sollen und man sie dabei unterstützen will, denn dies waren auch zwei Forderungen der Jungfreisinnigen Stadt Bern vom 24. Mai 2019. An unserer Haltung hat sich seither nichts geändert. Damals wurden wir nicht gehört, weshalb es mich sehr freut, dass ich heute Abend am Rednerpult stehen darf und wir über diese Punkte diskutieren. In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Lanze brechen für eine moderate parteiübergreifende Sachpolitik und für etwas weniger ideologische Maximalforderungen. Letzteres ist vorliegend ein Problem, die Forderungen sind zu krass. Diesbezüglich folgen wir grösstenteils der Argumentation des Gemeinderats, so auch bei der Frage des Eingriffs in die Eigentumsrechte.

Zum dringlichen Postulat in Traktandum 16: Wir lehnen das Postulat grundsätzlich ab, weil es zu weit geht. Hingegen unterstützen wir Punkt 2 vollumfänglich, denn wir sind für eine Prüfung von Anreizen zur Förderung von Fassadenbegrünungen. An dieser Stelle möchte ich zuhänden des Gemeinderats die dritte Forderung der Jungfreisinnigen aus dem Jahr 2019 in Erinnerung rufen: Als weiteren Anreiz könnte in diesem Zusammenhang möglicherweise auch eine Vereinfachung im Baubewilligungsverfahren geprüft werden. Punkt 3 ist bereits erfüllt und Punkt 4 ist zwar eine sympathische Idee, scheint uns aber doch ein etwas grosses Unterfangen zu sein. Die beiden Motionen in den Traktanden 17 und 20 lehnen wir ab, weil sie zu weit gehen. Wir folgen diesbezüglich dem Gemeinderat. Wir bitten Sie, unsere Motion in Traktandum 19 als Postulat anzunehmen, damit das Anliegen weiter geprüft wird. Entsprechende Bestrebungen sind bereits in Gang, es handelt sich nicht um etwas Neues. Zur Motion in Traktandum 18: Die Punkte 1 bis 3, bei welchen an der Motion festgehalten wird, lehnen wir ab. Die Punkte 4 und 5 nehmen wir als Postulat an.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Grüne Hauswände haben viele Vorteile. Sie verbessern unter anderem das Mikroklima, beugen Hitzestaus und Wärmeinseln vor, fördern die Biodiversität und verbessern die Luft und die Aufenthaltsqualität. Zudem ist das Begrünen von Hausfassaden eine Klimamassnahme, die nicht viel Platz einnimmt und schnell eine Wirkung erzielt. Kletterpflanzen und Spalierobst wachsen um einiges schneller als Bäume. Die Frak-

tion GB/JA! spricht sich daher klar für die drei eingereichten Vorstösse der Fraktionen SP/JUSO und GFL/EVP sowie der AL bezüglich Fassadenbegrünung und weiterer Stadtklimamassnahmen aus. Was in Wien 2020 beschlossen wurde, soll auch für die Stadt Bern gelten: In der Bauordnung soll eine Pflicht zur Fassadenbegrünung im Umfang von mindestens 20% festgelegt werden. Zusätzlich fordern wir den Gemeinderat auf, der Berner Stadtbevölkerung Informationen bezüglich Fassadenbegrünung zur Verfügung zu stellen. Dies kann in der Form eines Merkblattes sein, das man während der Energieberatung erhält oder bevor man die Baubewilligung einreicht.

Die Fraktion GB/JA! ist der Meinung, dass mit genügend Wissen bezüglich Planung und Pflege von grünen Fassaden viele Vorbehalte vermieden werden können. Diese Vorbehalte werden teilweise auch von Seiten des Gemeinderats in seinen Antworten erwähnt. In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Beispiele erwähnen: Der Gemeinderat argumentiert, dass eine Fassadenbegrünung je nach Ausgestaltung zu zusätzlichen Bau- und Unterhaltskosten führe. Mit der richtigen Pflanzenwahl können diese Kosten aber minimiert werden, denn nur sogenannte Selbstklimmer dringen in die Fassade ein und können sie beschädigen. Sodann argumentiert der Gemeinderat, die Stadt müsse im Einzelfall beurteilen können, ob eine Solaranlage oder eine Begrünung zweckmässig sei. Die Fraktion GB/JA! ist der Meinung, dass eine Begrünungspflicht von 20% die Nutzung von Solaranlagen nicht ausschliesst. Einerseits bleibt mit den verbleibenden 80% der Fassade genügend Spielraum, um die beiden Nutzungsarten im Einzelfall abwägen zu können, und andererseits ist ein Begrünen unter und zwischen den Solarpanels sehr begrüssenswert, da die Pflanzen die Solarzellen vor zu viel Hitze schützen und so die Effizienz der Anlagen verbessern. Die Fraktion GB/JA! begrüsst es, dass der Gemeinderat nur diejenigen Arten von Fassadenbegrünungen fördern will, die eine positive Klimabilanz aufweisen. Zusätzlich sollen dabei die folgenden drei Punkte beachtet werden: Erstens sollen in der Stadt Bern keine invasiven und gebietsfremden Pflanzen verwendet werden. Zweitens sollen keine kunststoffummantelten Metallgitter als Kletterhilfe gebaut werden, da der Kunststoff mit der Zeit abbröckelt und so in die Umwelt gelangt. Drittens müssen dichte Kletterpflanzen regelmässig gepflegt werden, um ein Brandrisiko ausschliessen zu können.

Die Motion der Fraktion FDP/JF lehnen wir ab. Dies nicht deshalb, weil wir gegen eine Begrünung von Haltestellendächern im Stadtgebiet sind – ganz im Gegenteil – sondern weil wir die Art der Finanzierung nicht zielführend finden. Das Fördern von kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum ist in Zeiten einer Klimakrise kontraproduktiv. Kommerzielle Werbung kurbelt den Konsum an, was nicht nachhaltig ist. Wir lehnen die Motion daher ab und fordern den Gemeinderat auf, die Werbetafeln bei den ÖV-Haltestellen ganz abzuschaffen und durch Bäume zu ersetzen sowie den Vertrag mit der Firma Clear Channel Schweiz AG zu kündigen, nicht mehr zu verlängern oder nur noch kulturelle und politische Werbung zuzulassen. Die Fraktion GB/JA! begrüsst es, dass der Gemeinderat abklärt, wie Wartehallen in Zukunft kostengünstiger für Solaranlagen und als Grünfläche genutzt werden können.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir beraten heute ein Päckchen von mehreren Vorstössen, die in Anbetracht der Klimaveränderung sehr zentral sind und einen wichtigen Beitrag für eine lebenswerte Stadt darstellen. In der Vergangenheit debattierten wir über andere Vorstösse, die dasselbe Ziel hatten, nämlich die Förderung der Biodiversität und die Verbesserung des Stadtklimas. Wir wiesen im Stadtrat auch mehrmals mit Nachdruck darauf hin, dass man aufgrund der Klimaveränderung jetzt handeln muss, damit die globalen Klimaziele erreicht werden können und die Stadt Bern weiterhin lebenswert bleibt. Die bereits überwiesenen und auch die kommenden Vorstösse zeigen, dass es verschiedene Klimaanpassungsmassnahmen braucht, damit die Städte in Zukunft lebenswert bleiben. So schreibt es auch der Gemeinderat in seinen Antworten zu den vorliegenden Vorstössen. In der Ver-

gangenheit diskutierten wir bereits über die Entsiegelung von zubetonierten Flächen und über Dachbegrünungen. Heute steht die Fassadenbegrünung auf der Tagesordnung. Die Fraktion SP/JUSO sieht in der Fassadenbegrünung einen weiteren wichtigen Baustein für die Klimaanpassungsmassnahmen. Es erscheint uns zentral, dass jetzt koordiniert und über die verschiedenen Direktionen hinweg gehandelt wird. Daher begrüssen wir es sehr, dass es eine Fachgruppe Klimaanpassungsmassnahmen gibt, die von der ausführenden Stelle, namentlich von Stadtgrün Bern, geleitet wird.

Zu den Vorstössen im Detail: Das dringliche Postulat der Fraktion GFL/EVP in Traktandum 16 unterstützen wir. Die Motion von Tabea Rai betreffend Fassadenbegrünung, die in ein Postulat umgewandelt wurde, begrüssen wir sehr. Wie bereits erwähnt, unterstützen wir die Fassadenbegrünung. Eine grosse Mehrheit unserer Fraktion findet es aber nicht sinnvoll, in der Bauordnung eine fixe Prozentzahl festzusetzen. Abgesehen davon handelt es sich auch um die falsche Flughöhe. Bei gewissen Bauten wäre es möglich, bei anderen hingegen weniger gut – man muss differenzieren. Wir sind daher sehr froh, dass man das Ganze jetzt im Detail prüfen kann. Falls die 20% sinnvoll sind, werden wir die Forderung selbstverständlich unterstützen. Aus diesem Grund stimmen wir dem Vorstoss als Postulat zu. Zur Motion der Fraktion FDP/JF in Traktandum 19: Diesen Vorstoss lehnen wir auch als Postulat ab. Ich erinnere mich noch gut an die früheren Haltestellen in der Stadt Bern. Es waren meist dunkle und für manche Leute unsichere Orte. Zudem hat der Gemeinderat die Situation in seiner Antwort sehr ausführlich beschrieben. In einer Begrünung der Haltestellendächer sehen wir einen kleinen Mehrwert für die Biodiversität, aber wir haben grosse Bedenken, was die Sicherheit an den dunkeln Orten betrifft. Auch bezüglich der Installation von Sonnenkollektoren haben wir grosse Bedenken, denn sehr wahrscheinlich wird dies nicht wirtschaftlich sein – ganz abgesehen von der Bedeutung für den Brandschutz und für die Beschädigung durch die Entnahme von Wertstoffen. Ausschlaggebend für uns ist aber, dass wir dagegen sind, dass noch mehr öffentlicher Raum für Werbezwecke missbraucht wird. Zu unseren beiden Motionen in den Traktanden 18 und 20 muss ich mich nicht mehr äussern, Laura Binz hat als Einreichende dazu bereits ausführlich Stellung genommen.

Abschliessend erlaube ich mir eine kleine Bemerkung in persönlicher Hinsicht: Als Vorstandsmitglied von Natur Bern West und als Mitglied der Fraktion SP/JUSO finde ich es interessant, dass man mit einer Motion Haltestellendächer begrünen will und dies mit der Biodiversität begründet, gleichzeitig aber dafür ist, den bedeutendsten Naturraum in der Region Bern – die Rehhag-Grube – zuzuschütten und zu zerstören. Dies ist zynisch und für uns in Bümpliz sehr ärgerlich.

Michael Hoekstra (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: An der letzten Fraktionssitzung war ich leider nicht anwesend, habe aber im Protokoll Folgendes gelesen: «Hoekstra hält ein kurzes und knackiges Votum» – ich versuche es! Die Fraktion GLP/JGLP ist logischerweise auch für die Begrünung in städtischem Gebiet, so wie die meisten in diesem Rat. Es handelt sich um eine wichtige und zentrale Massnahme zur Klimaverbesserung. Dabei geht es nicht nur um die Temperatur, sondern auch um das Mikroklima im städtischen Raum, wie schon oft erwähnt wurde. Es gibt diverse Beispiele, unter anderem Singapur, die sehr gut und erfolgreich Massnahmen umgesetzt haben, um die Temperaturen in den Städten um mehrere Grade reduzieren zu können. Dies macht das Verweilen in der Stadt im Sommer angenehmer, man muss nicht vor den hohen Temperaturen flüchten. Wenn Beton oder Mauerwerk mit einer Begrünung ersetzt werden kann, ist dies natürlich auch optisch schöner.

Es ist aber wichtig, zu wissen, dass eine Begrünung nicht per se immer sinnvoll ist. Wenn sie nämlich nicht gepflegt wird – und das sieht man oft, auch heute schon – kann dies sehr rasch sehr kontraproduktive Auswirkungen haben. Unbegrünte Erde, die brach liegt, zersetzt sich und stösst mehr CO₂ aus, als dass sie binden könnte – das ist also sehr negativ. Zudem kön-

nen sich invasive Neophyten unkontrolliert ausbreiten, auch dies sieht man in der Stadt Bern schon heute. Auf solchen Flächen breiten sich die Goldrute oder das Berufkraut aus und versamen. Auf diese Weise wird eine ganz ungewollte Verbreitung gefördert. Grundsätzlich muss eine Begrünung daher intelligent umgesetzt werden. Man muss das Ganze planen und so umsetzen, dass die Pflege sinnvoll und vor allem auch mit vernünftigem Aufwand erfolgen kann. Eine Begrünung ist immer mit Aufwand verbunden, das muss man im Hinterkopf behalten.

Bei den Vorstössen stimmen wir wie folgt ab: Das dringliche Postulat der Fraktion GFL/EVP betreffend Fassadenbegrünung in Traktandum 16 nehmen wir an, wie auch vom Gemeinderat vorgeschlagen. Es ist sicher der richtige Weg, zu prüfen, inwiefern das Anliegen in den Gestaltungsvorschriften der Bauordnung festgehalten werden kann. Bei der Motion von Tabea Rai, die in ein Postulat gewandelt wurde, folgen wir ebenfalls dem Gemeinderat. Wir finden es falsch, fixe Prozentsätze zu bestimmen, die aus unserer Sicht willkürlich festgelegt wurden und nicht bei jedem Gebäude sinnvoll sind. Zum Vorstoss der Fraktion SP/JUSO in Traktandum 18: Die Punkte 1 bis 3 lehnen wir als Motion ab, die Punkte 4 und 5 nehmen wir als Postulat an, obwohl wir im Grunde genommen nur Punkt 5 befürworten. Zum Vorstoss der Fraktion FDP/JF in Traktandum 19: Auch diesem Vorstoss, der in ein Postulat umgewandelt wurde, stimmen wir zu. Wir weisen aber darauf hin, dass in Anbetracht der heutigen Modelle, so wie sie sich jetzt präsentieren, aus unserer Sicht ein Ausbau der Photovoltaik mit bifazialen, sehr dünnen Gläsern sinnvoller wäre als eine Begrünung von wenigen Quadratmetern. Die Photovoltaik-Anlage wäre sehr viel wartungsarmer als die Begrünung, die von Stadtgrün Bern gepflegt werden müsste, damit keine Neophyten oder andere ungewollte Nebeneffekte entstehen. Zur Motion der Fraktion SP/JUSO betreffend konkrete Massnahmen in Traktandum 20: Wir sind ein wenig überrascht, dass der Gemeinderat einen so grossen Blumenstrauss an Massnahmen ohne weiteres durchwinkt. Vielleicht hat dies damit zu tun, dass die Motionärin in diesem Fall ihren eigenen Vorstoss durchwinken konnte. Wie auch immer – wir folgen auch hier dem Vorschlag des Gemeinderats.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Sie wissen, dass für den Gemeinderat eine klimagerechte Stadtentwicklung prioritär ist. Wir sehen, dass die Massnahme der Fassadenbegrünung diesbezüglich einen Beitrag leisten kann, auch wenn es sich sicher nicht um das einzige Mittel handelt. Es ist eine gute Massnahme, um die Temperatur zu senken, und die Luftqualität sowie die Biodiversität zu verbessern – alles Punkte, die Sie ebenfalls genannt haben. Auch wir haben dieses Potenzial erkannt. Sicher braucht es differenzierte Ansätze und eine Fassadenbegrünung ist nicht die einzige Massnahme, sie muss vielmehr in alle übrigen Klimamassnahmen eingebettet werden. Wie auch Sie vorschlagen, wollen wir das Anliegen prüfen und die Massnahme in der Bauordnung verankern. Weiter sind Vorschriften zur Entsiegelung und zur Regenwasserretention sowie Qualitätsanforderungen für Dachbegrünungen vorgesehen. Wir versuchen also, alle diese Klimaanpassungsmassnahmen im zweiten Paket der Bauordnungsrevision im Teilprojekt 4, «Schutz, Klima, Ökologie», einzubauen.

Wir sehen keine absolut geltende Pflicht zur Fassadenbegrünung vor, denn eine Vorschrift in der Bauordnung muss Sinn ergeben und machbar sowie verhältnismässig sein. Logischerweise eignen sich nicht alle Gebäude gleichermassen für eine Fassadenbegrünung, eine Holzfassade ist beispielsweise weniger gut geeignet als eine harte Fassade. Auch eine Glasfassade ist nicht optimal, da durch die Begrünung der Lichteinfall wegfällt. Man muss flexibel sein. Bei Arealentwicklungen haben wir das Anliegen bereits umgesetzt, so beispielsweise bei der Arealentwicklung Wifag, wo wir bereits eine Vorschrift eingebaut haben, dass Fassadenbegrünungen vorgesehen werden müssen. Die entsprechende Überbauungsordnung befindet sich im Moment auf dem Stand der Mitwirkung. Aktuell erarbeiten wir den Massnahmenplan «Städtebauliche Klimaanpassung». Im Rahmen der Fachgruppe Klimaanpassungsmassnah-

men, die bei Stadtgrün angesiedelt ist, werden wir für die finanzielle Unterstützung sorgen. Wir sind bereit, die vorliegenden Vorstösse als Postulate entgegenzunehmen, wie Sie gesehen haben. Gemeinderätin Kruit wird sich jetzt noch zu den Haltestellen und zum öffentlichen Raum äussern.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Die Motion der Fraktion FDP/JF betreffend Begrünung der Dächer von Wartehallen nimmt ein Anliegen auf, das dem Gemeinderat wichtig ist. Klimaanpassungsmassnahmen werden daher auch bei Bau- und Sanierungsprojekten von Anfang an und direktionsübergreifend eingesetzt. Auch kleine Massnahmen helfen und wirken sich positiv auf das Stadtklima und auf die Biodiversität aus. Man muss aber festhalten, dass sich die jetzigen Haltestellen für eine solche Begrünung, wie sie gefordert wird, nicht eignen. Der Gemeinderat beabsichtigt aber, in Zukunft einen neuen Wartehallentyp zu beschaffen, dies auch aus finanziellen Gründen. Wir wollen künftig auf qualitativ gute, aber kostengünstigere Wartehallen setzen, die Abklärungen dazu laufen. Anschliessend werden wir den Beschaffungsprozess angehen und im Rahmen dieses Prozesses auch klären, ob die Anliegen des Vorstosses bei künftigen Wartehallen umgesetzt werden können. Wir nehmen den Vorstoss daher als Postulat entgegen und prüfen, was bei künftigen Wartehallen möglich ist.

Zur Motion der Fraktion SP/JUSO betreffend Massnahmen für ein besseres Stadtklima: Der Umgang mit den Folgen des Klimawandels gehört im Moment zu den grössten Herausforderungen, insbesondere auch in den Städten. Durch die Verdichtung und Siedlungsentwicklung nach innen verschwinden auch immer mehr unversiegelte und bewachsene Freiräume. Damit haben auch wir in der Stadt Bern zu kämpfen. Die aktuellen Zahlen für die Stadt Bern zeigen, dass der Anteil der versiegelten Flächen im städtischen Siedlungsgebiet in den letzten Jahren von 51% auf 55% zugenommen hat. Dadurch wird natürlich auch das Stadtklima weiter aufgeheizt. Ein wichtiges politisches Ziel des Gemeinderats ist es, Bern in den nächsten Jahren hitzeverträglicher zu machen. Deshalb berücksichtigen wir bei jedem Projekt von Anfang an auch die Klimaanpassungsmassnahmen. Konkrete Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas sind beispielsweise die folgenden: Vermeidung von zusätzlicher Versiegelung, Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bäume im öffentlichen Raum, Entsiegelung und Begrünung von Aufenthaltsflächen, aber auch die Verwendung von alternativen Materialien. Wir befinden uns mit den Klimaanpassungsmassnahmen noch lange nicht am Ziel, aber wir bleiben dran, so beispielsweise auch beim Projekt «Dr nöi Breitsch» oder bei der Umgestaltung der Fussgängerzone Bümpliz, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wir müssen in diesem Bereich noch mehr Anstrengungen unternehmen. Damit dies gelingt, braucht es aber auch die entsprechenden finanziellen Mittel, und zwar nicht nur für die Erstellung der Massnahmen, sondern auch für die Pflege und den Unterhalt – es braucht also längerfristig finanzielle Mittel. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, die Motion der Fraktion SP/JUSO als Richtlinie anzunehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (54 Ja, 13 Nein, 1 Enthalten) [Namen 012](#)
3. Die Stellungnahme des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht. (69 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen 013](#)

2020.SR.000205

17 Motion Tabea Rai (AL): Fassadenbegrünung

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 16. Dezember 2020

Diskussion siehe Traktandum 16.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin wandelt den Vorstoss in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (54 Ja, 13 Nein, 1 Enthalten) [Namen 014](#)

2020.SR.000198

18 Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz/Marieke Kruit, SP): Stadtklima integral denken – Synergien nutzen, Lebensqualität in der Stadt Bern erhalten

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 9. Dezember 2020

Diskussion siehe Traktandum 16.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion SP/JUSO wandelt die Punkte 4 und 5 des Vorstosses in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt Punkt 1 der Motion erheblich. (46 Ja, 23 Nein, 0 Enthalten) [Namen 015](#)
4. Der Stadtrat erklärt Punkt 2 der Motion erheblich. (45 Ja, 23 Nein, 1 Enthalten) [Namen 016](#)
5. Der Stadtrat erklärt Punkt 3 der Motion erheblich. (45 Ja, 23 Nein, 1 Enthalten) [Namen 017](#)
6. Der Stadtrat erklärt Punkt 4 als Postulat erheblich. (63 Ja, 5 Nein, 1 Enthalten) [Namen 018](#)
7. Der Stadtrat erklärt Punkt 5 als Postulat erheblich. (63 Ja, 5 Nein, 1 Enthalten) [Namen 019](#)

2020.SR.000324

19 Motion Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus, FDP): Begrünung Haltestellen-Dächer im Stadtgebiet

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Gleichzeitig wird dem Stadtrat eine Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis zum 31. Dezember 2022 beantragt.

Bern, 7. April 2021

Diskussion siehe Traktandum 16.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion FDP/JF wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. (26 Ja, 43 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 020

2019.SR.000332

20 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Sorg/Marieke Kruit/Laura Binz, SP): Konkrete Massnahmen für ein besseres Stadtklima ergreifen

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
Bern, 13. Mai 2020

Diskussion siehe Traktandum 16.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (58 Ja, 10 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 021

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

17.06.2022

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

20.06.2022

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.35 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim
 Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Lena Allenspach
 Ruth Altmann
 Ursina Anderegg
 Tom Berger
 Nicole Bieri
 Diego Bigger
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 Regula Bühlmann
 Eva Chen
 Francesca Chukwunyere
 Nicole Cornu
 Milena Daphinoff
 Sibyl Martha Eigenmann
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Jelena Filipovic
 Jemima Fischer

Thomas Fuchs
 Katharina Gallizzi
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser
 Thomas Glauser
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Brigitte Hilty Haller
 Michael Hoekstra
 Seraphine Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Nora Joos
 Barbara Keller
 Fuat Köçer
 Eva Krattiger
 Nora Krummen
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren
 Simone Machado
 Matteo Micieli
 Szabolcs Mihalyi

Tanja Miljanovic
 Alina Irene Murano
 Barbara Nyffeler
 Halua Pinto de Magalhães
 Tabea Rai
 Simone Richner
 Mirjam Roder
 Sarah Rubin
 Rahel Ruch
 Michael Ruefer
 Kurt Rüeeggesser
 Remo Sägesser
 Judith Schenk
 Marianne Schild
 Florence Schmid
 Sara Schmid
 Edith Siegenthaler
 Ursula Stöckli
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Janosch Weyermann
 Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Katharina Altas
 Dolores Dana
 Claudine Esseiva

Ingrid Kissling-Näf
 Salome Mathys

Claudio Righetti
 Ayse Turgul

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

Michael Aebersold FPI

Franziska Teuscher BSS

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
 Christine Otis, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

2022.SR.000021

22 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Schmale Strassen in Bern: Welche Strassen können von Blaulichtorganisationen nicht befahren werden?

Alexander Feuz (SVP): Die neue Regelung, die Kleinen Anfragen nach der Pause zu behandeln, erachte ich als nicht sinnvoll.

Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort, die leider wieder dem Motto folgt: «Will ich nicht, so kann ich nicht». Um Parkplatzaufhebungen zu vermeiden, hätten kleinere Fahrzeuge beschafft werden können. An der Denzler- und Schillingstrasse im Kirchenfeldquartier müssen 30 bis 40% der Parkplätze aufgehoben werden. Zuhanden des Protokolls: Eine Beschwerde wird eingereicht, da wir dieses Vorgehen nicht kampflös hinnehmen. Es handelt sich um einen Kampf gegen die wenigen, verbleibenden Automobilbesitzer. Bedenken Sie, dass es sich hierbei nicht nur um Fabrikdirektoren handelt, sondern um Arbeiter und Leute aus dem Sicherheits- und Pflegebereich, die auf ein Auto angewiesen sind. Deshalb werden wir am Thema dranbleiben. Ich weiss, wie breit die Feuerwehrfahrzeuge sind. Das Motto der Stadt ist klar: «Will ich nicht, so kann ich nicht». Man will die Leute mit Auto aus der Stadt vertreiben. Wir werden dieses Vorgehen bekämpfen. Die SVP unterstützt die Beschwerdeführer.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2022.SR.000019

23 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Janosch Weyermann/Thomas Fuchs, SVP): Welche Strassennamen müssen aufgrund der Fusion zwischen Bern und Ostermundigen geändert werden?

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2021.PRD.000061

21 Fortsetzung: Münsterplattform: Instandsetzungsarbeiten der Stützmauer; Projektierungs- und Baukredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Münsterplattform: Instandsetzungsarbeiten der Stützmauer; Projektierungs- und Baukredit.
 2. Für die Planung und Ausführung wird ein Projektierungs- und Baukredit von Fr. 3 320 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB19-006, bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 150 000.00 ist im Baukredit eingerechnet.
 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.
- Bern, 17. November 2021

Anträge

GB/JA

 | Auf das Retuschieren der weissen Fugen ist zu verzichten.

FDP/JF | Der Gemeinderat wird gebeten, bei Sanierungen die Matte Lift AG zu verpflichten, Betriebsunterbrüche frühzeitig anzumelden, damit die Stadt mit Bernmobil für die Zeit der Unterbrüche eine Ersatzbusverbindung organisieren kann.

PVS-Sprecherin *Brigitte Hilty Haller* (GFL): Die Münsterplattform mit der sehr hohen Mauer ist im Bundesinventar als schützenswert eingestuft und gilt als schweizerisches Ortsbild von nationaler Bedeutung. 1334 begann der Bau der Mauer und 1531 wurde diese fertiggestellt. Es ist kaum vorstellbar, dass eine Mauer von solcher Höhe – eine sehr dominante Mauer mitten in der Stadt – heute noch bewilligt werden würde. Aber die Mauer besteht und benötigt regelmässigen Unterhalt und Pflege. Die letzte Sanierung ist in den 1980er Jahren realisiert worden und 2015 kam die Erhöhung der Brüstung hinzu. Zwischenzeitlich hat die Mauer unter den verschiedenen Witterungseinflüssen stark gelitten. Die Feuchtigkeit kam durch die Fugen zwischen die Steine, diese wurden aufgeweicht und es kam zu Absplitterungen von Steinelementen. Die Sandsteinquader sind vermoost und aus den Ritzen wachsen Pflanzen – ein etwas anderes Pendant zu begrünten Fassaden -, die regelmässig im Rahmen der Unterhaltsarbeiten fachgerecht entfernt werden müssen. Die Sicherheit der Mauer im jetzigen Zustand ist prekär. Mit der Sanierung soll verhindert werden, dass sich Gesteinsbrocken lösen und in die Badgasse stürzen, wo sie Menschen oder parkierte Autos treffen könnten.

Die Sanierung wird in Etappen aufgeteilt und der Baubeginn ist auf das zweite Quartal 2022 geplant, die letzte Etappe – und somit der Abschluss der Bauarbeiten – auf das vierte Quartal 2025. Von Seiten der Badgasse wird ein Gerüst aufgestellt, das aber nicht über die gesamte Länge der Mauer und nicht während der gesamten Bauzeit stehen wird. So ist gewährleistet, dass die Parkplätze in der Badgasse nur partiell und temporär aufgehoben werden müssen und den Bewohnenden des Mattequartiers weiterhin zur Verfügung stehen. Im Projekt enthalten ist die Entfernung des Pflanzenbewuchs an der Mauer, die Sanierung von Rissen und Fugen durch Aufmörtelung, die Erhöhung der Sicherheit sowie die Behebung der Feuchtigkeitsschäden im Pavillon – es handelt sich dabei um den Pavillon, der vis-à-vis des Restaurantpavillons steht. Im gleichen Zug soll eine automatische Lüftungsanlage – sogenannte Lüftungsflügel – an den Fenstern montiert werden, damit es nicht mehr zu Schimmelbildung im Innern des Pavillons kommt. Die Beleuchtung an der Stützmauer wird durch ewb ersetzt, was nicht zu Lasten der Stadt geht. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 3 320 000 Franken. Das ist ein stattlicher Betrag. Die Kapitalfolgekosten betragen im ersten Jahr 140 105 Franken, im zweiten Jahr 138 890 Franken, im dritten Jahr 137 675 Franken und nach 34 Jahren sind es noch 33 605 Franken. Das Projekt unterliegt gemäss Beschlussziffer 2 und Artikel 51 Ziffer 3 Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Die PVS hat dieses Geschäft am 20. Februar 2022 beraten. Es wurde einstimmig angenommen und dem Stadtrat zur Annahme empfohlen.

Eva Krattiger (JA!) für die Antragstellenden: Wir haben nichts gegen die Sanierung einer Mauer, um zu verhindern, dass herunterstürzende Steinblöcke Menschen gefährden. Wir haben aber kein Verständnis dafür, dass man aufgrund einer bei der letzten Sanierung fälschlicherweise verwendeten Fugenfarbe 30 000 bis 40 000 Franken investieren muss, um die Fugen wieder richtig anzumalen. Wenn man sie schon anmalt, so soll unserer Ansicht nach eine schöne Farbe benutzt und etwas aus dieser Mauer gemacht werden. Ansonsten sollte man es bleiben lassen. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Ursula Stöckli (FDP) für die Antragstellenden: Wir möchten, dass, wenn der Lift ausser Betrieb genommen werden muss – im Fall einer Liftsanierung, aus Sicherheitsgründen während den Bauarbeiten oder aufgrund Materialtransports -, eine frühzeitige Orientierung stattfindet und ein Ersatzbus organisiert wird. Das ist sehr wichtig, da die Menschen aus der Matte ansonsten nicht mehr hindernisfrei in die obere Stadt gelangen können, um zum Bahnhof zu

kommen oder einzukaufen. In der Begründung haben wir geschrieben, dass dies nicht nur von der Sanierung der Mauer abhängig ist, aber trotzdem in einem Zusammenhang stehen kann. Wir erachten es als wichtig, dass die Leute sich darauf verlassen können, dass ein Ersatzbus zur Verfügung gestellt wird.

Fraktionserklärungen

Brigitte Hilty Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP stimmt dem Geschäft zu, den Antrag GB/JA! lehnen wir ab. Bei einer der letzten Instandsetzungen hat man zur Aufmörtelung offenbar ein falsches Material verwendet, das einem aktuell weiss ins Auge sticht. Wir sind der Meinung, dass, wenn man einen vergleichsweise grossen Aufwand mit Gerüst etc. auf sich nimmt und die Gesamtsanierungskosten bei über 3 Mio. Franken liegen, die 30 000 bis 40 000 Franken nicht mehr wesentlich ins Gewicht fallen. Wenn schon saniert wird, dann bitte richtig und nachhaltig, damit man nicht in ein paar Jahren wieder von vorne beginnen muss.

Eva Krattiger (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Wir nehmen den Antrag FDP/JF an. Wir finden es eine gute Idee, dass man für die Zeit der Sanierung einen Ersatz für den Lift zur Verfügung stellt.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Wir stimmen dem Geschäft zu, die Sanierung ist unbestritten. Von Seiten Hochbau Stadt Bern (HSB) wurde versichert, dass die Matte betreffende Arbeiten mit dem Matteleist koordiniert werden, da es einiges geben wird, dass die Matte betrifft. Antrag GB/JA! müssen wir ablehnen, da wir finden, dass, wenn saniert wird, dies umfassend geschehen soll. Unseren Antrag nehmen wir an.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Auch die SP/JUSO-Fraktion unterstützt dieses Geschäft. Meine Vorrednerinnen haben bereits vieles dazu gesagt. Den Antrag GB/JA! lehnen wir ab, da es sich um einen geringen Betrag handelt und das UNESCO-Kulturerbe aus unserer Sicht der falsche Ort ist, um zu sparen. Den Antrag FDP/JF unterstützen wir. Wir sind davon ausgegangen, dass dies selbstverständlich ist und die Buslinie 30 den ganzen Tag fahren wird und nicht erst abends, wenn die Marzilibahn oder der Mattelift nicht mehr fahren. Es schadet aus unserer Sicht nicht, wenn hier nochmals nachgefragt wird.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Vielen Dank für die gute Aufnahme des Geschäfts und für das Referat. Das Geschäft ist unbestritten und die Mauer muss saniert werden. Die Münsterplattform ist wichtig. Entsprechend rechne ich mit einer hohen Zustimmung.

Zu den Anträgen: Antrag GB/JA! verlangt, dass auf die Fugen verzichtet werden soll. Ein Blick ins Bauprogramm ist sicher sinnvoll, um herauszufinden, was gestrichen werden könnte. Die Fugen werden erst zum Schluss gemacht und von dem her könnten diese Arbeiten theoretisch gestrichen werden. Aber die Frage ist, wozu die Fugen dienen. Sie verhindern, dass Wasser in die Mauer läuft, und bezwecken, dass die nächste Sanierung nicht bereits in 20 Jahren, sondern nach Möglichkeit erst in 50 Jahren gemacht werden muss. Auf Fugen zu verzichten wäre also eine Dummheit. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Für den Antrag FDP/JF haben wir grosses Verständnis. Wir werden schauen, dass die Baustelle so gut wie möglich organisiert werden kann. Aber bitte verpflichten Sie uns nicht dazu, den Bus Nr. 30 fahren zu lassen. Die Verkehrsdirektorin Marieke Kruit hat mich eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass man auch diesen Antrag ablehnen sollte. Den Bus Nr. 30 fahren zu lassen, ohne dass er in der kantonalen Bestellung enthalten ist, bedeutet, dass die Stadt die gesamten Kosten übernehmen muss. Das wäre eine enorm teure Angelegenheit. Sicherlich

werden wir uns um eine gute Lösung für die Bewohnerinnen und Bewohner der Matte während der Bauzeit bemühen. Wenn Sie Kosten sparen wollen, lehnen Sie den Antrag FDP/JF ab. Ich verspreche Ihnen, dass wir eine gute Lösung finden werden.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt Antrag GB/JA! ab. (20 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltene) [Namen 022](#)
2. Der Stadtrat stimmt Antrag FDP/JF zu. (45 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltene) [Namen 023](#)
3. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Projektierungs- und Baukredit zu. (62 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltene) [Namen 024](#)

- Die Traktanden 24 – 27 werden gemeinsam behandelt. -

2020.TVS.000101

24 Erhöhung Parkiergebühren sowie Gebührenbefreiung im Zusammenhang mit Giveboxen: Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement, GebR; SSSB 154.11); Teilrevision; 1. Lesung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Erhöhung Parkiergebühren sowie Gebührenbefreiung im Zusammenhang mit Giveboxen: Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement, GebR; SSSB 154.11); Teilrevision
2. Er beschliesst die Teilrevision des Gebührenreglements und von dessen Anhang III wie folgt (*Änderungen kursiv*):

Ergänzung von Artikel 10 Absatz 1 Gebührenreglement mit folgendem neuen **Buchstaben d**:

d Auskünfte, Leistungen, Bewilligungen, Konzessionen und Überlassung von öffentlichem Grund im Zusammenhang mit Erstellung und Betrieb von publikumszugänglichen schrankartigen Einrichtungen für Gebrauchsgüter zum unentgeltlichen Mitnehmen (Giveboxen).

Anpassungen von Anhang III des Gebührenreglements:

4.8	Für das Abstellen eines Motorwagens auf mit Parkuhren oder zentralen Parkuhren versehenen Parkplätzen auf öffentlichem Grund werden bei Beginn des Parkvorgangs eine einmalige und für das Parkieren von über 30 Minuten Parkiergebühren gemäss den Ziffern 4.8.1–4.8.6 erhoben. Die Parkuhrkontrollgebühr beträgt jeweils die Hälfte der für eine Stunde geschuldeten Kontrollgebühr	
4.8.1	Untere Altstadt und Matte von 00.00–24.00 Uhr pro Stunde (werktags zwischen 19.00 Uhr und 08.00 Uhr gilt keine zeitliche Beschränkung der Parkplätze)	3.00
4.8.2	Obere Altstadt in der Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr	3.00
4.8.3	Übrige Quartiere; in Zonen mit Parkscheibenpflicht pro Stunde in beschränkten Zeiten	3.00
4.8.4	Offene Park + Ride-Plätze	
4.8.4.1	Park + Ride Allmend Rund um die Uhr; pro Stunde	1.50

4.8.4.2 | Übrige offene Park + Ride-Plätze |
 Zwischen 07.00 und 19.00 Uhr; pro Stunde | 1.50

3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung des Gebührenreglements.

Bern, 18. August 2021

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Über das Quorum für die Traktanden 25 bis 27 wird gemeinsam abgestimmt.

- Das Quorum für die Diskussionen für die Traktanden 25 – 27 wird nicht erreicht. (18 Ja, 45 Nein) [Namen 025](#)

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Da die Diskussion abgelehnt wurde, hält die Interpellantin ihr kurzes Votum nach dem Kommissionsvotum unter Traktandum 24.

Anträge

- SVP Nichteintretensantrag:
Auf die Vorlage sei nicht einzutreten.
- PVS Minderheit Es sei zu prüfen, ob auf den Parkiergebühren eine Lenkungsabgabe eingeführt werden kann für den Teil der Gebühren, der über die direkten Kosten hinausgeht.
- SVP Die Parkiergebühren für Motorwagen auf gebührenpflichtigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund seien unverändert zu belassen.

<i>Gebührenreglement neu</i>	<i>Anträge</i>
<i>Anpassung des Gebührenreglements</i>	
Art. 10 Ausnahmen von der Gebührenpflicht 1 In der Regel gebührenfrei sind: a. [unverändert] b. [unverändert] c. [unverändert] d. Auskünfte, Leistungen, Bewilligungen, Konzessionen und Überlassung von öffentlichem Grund im Zusammenhang mit Erstellung und Betrieb von publikumszugänglichen schrankartigen Einrichtungen für Gebrauchsgegenstände zum unentgeltlichen Mitnehmen (Giveboxen).	SVP: Auf die Ausnahme von der Gebührenpflicht für Giveboxen sei zu verzichten.
<i>Anpassungen von Anhang III des Gebührenreglements</i>	
4.8.1 Untere Altstadt und Matte von 00.00-24.00 Uhr pro Stunde	PVS: Untere Altstadt und Matte von 00.00–24.00 Uhr pro Stunde (werktags zwischen 19.00 Uhr und 08.00 Uhr gilt keine

<p>(werktags zwischen 19.00 Uhr und 08.00 Uhr gilt keine zeitliche Beschränkung der Parkplätze) 2-20-3.00</p>	<p>zeitliche Beschränkung der Parkplätze) 2-20 3.30</p> <p>GB/JA!: Untere Altstadt und Matte von 00.00–24.00 Uhr pro Stunde (werktags zwischen 19.00 Uhr und 08.00 Uhr gilt keine zeitliche Beschränkung der Parkplätze) 2-20 5.20</p> <p>Mitte: Untere Altstadt und Matte von 00.00–24.00 Uhr pro Stunde (werktags zwischen 19.00 Uhr und 08.00 Uhr gilt keine zeitliche Beschränkung der Parkplätze) 2-20 2.40</p> <p>Eventualantrag Mitte: Untere Altstadt und Matte von 00.00–24.00 Uhr pro Stunde (werktags zwischen 19.00 Uhr und 08.00 Uhr gilt keine zeitliche Beschränkung der Parkplätze) 2-20 2.50</p>
<p>4.8.2 Obere Altstadt in der Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr 2-20-3.00</p>	<p>PVS: Obere Altstadt in der Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr 2-20-3.30</p> <p>GB/JA!: Obere Altstadt in der Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr 2-20 5.20</p> <p>Mitte: Obere Altstadt in der Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr 2-20 2.40</p> <p>Eventualantrag Mitte: Obere Altstadt in der Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr 2-20 2.50</p>
<p>4.8.3 Übrige Quartiere; in Zonen mit Parkscheibenpflicht pro Stunde in beschränkten Zeiten 2-20-3.00</p>	<p>PVS: Übrige Quartiere; in Zonen mit Parkscheibenpflicht pro Stunde in beschränkten Zeiten 2-20 3.30</p> <p>GB/JA!: Übrige Quartiere; in Zonen mit Parkscheibenpflicht pro Stunde in beschränkten Zeiten 2-20 5.20</p>

	<p>Mitte: Übrige Quartiere; in Zonen mit Parkscheibenpflicht pro Stunde in beschränkten Zeiten 2.20 2.40</p> <p>Eventualantrag Mitte: Übrige Quartiere; in Zonen mit Parkscheibenpflicht pro Stunde in beschränkten Zeiten 2.20 2.50</p>
<p>4.8.4.1 Park + Ride Allmend Rund um die Uhr; pro Stunde 1.10 1.50</p>	<p>Minderheitsantrag PVS: Park + Ride Allmend Rund um die Uhr; pro Stunde 1.10 2.50</p> <p>GB/JA!: Park + Ride Allmend Rund um die Uhr; pro Stunde 1.10 3.50</p> <p>Mitte: Park + Ride Allmend Rund um die Uhr; pro Stunde 1.10</p> <p>Eventualantrag Mitte: Park + Ride Allmend Rund um die Uhr; pro Stunde 1.10 1.20</p>
<p>4.8.4.2 Übrige offene Park + Ride-Plätze Zwischen 07.00 und 19.00 Uhr; pro Stunde 1.10 1.50</p>	<p>Minderheitsantrag PVS: Übrige offene Park + Ride-Plätze Zwischen 07.00 und 19.00 Uhr; pro Stunde 1.10 2.50</p> <p>GB/JA!: Übrige offene Park + Ride-Plätze Zwischen 07.00 und 19.00 Uhr; pro Stunde 1.10 3.50</p> <p>Mitte: Übrige offene Park + Ride-Plätze Zwischen 07.00 und 19.00 Uhr; pro Stunde 1.10</p> <p>Eventualantrag Mitte: Übrige offene Park + Ride-Plätze Zwischen 07.00 und 19.00 Uhr; pro Stunde 1.10 1.20</p>

PVS-Sprecher *Lionel Gaudy* (Mitte): Als Kommissionsreferent werde ich mich – entsprechend der Diskussion in der PVS – kurzfassen. Das Geschäft ist zweigeteilt. Der Hauptteil betrifft die Parkiergebühren und der andere Teil die sogenannten Giveboxen. Kurz zusammengefasst lautet das Geschäft folgendermassen: Aktuell kostet ein Parkplatz in der weissen Zone in der Stadt Bern 2.20 Franken pro Stunde. Der Gemeinderat schlägt eine Erhöhung auf 3 Franken vor. Die Kommission hat sich weitergehend damit auseinandergesetzt. Es stellte sich die Frage, wie hoch die Gebühren für einen Parkplatz sein sollen. Der Gemeinderat schlägt die Erhöhung vor, damit einerseits die effektiven Kosten pro Stunde für einen Parkplatz eingerechnet und andererseits zusätzlich eine Lenkungsabgabe dazugeschlagen werden könnte. Aktuell werden in Bern die Parkplätze zu tief vergütet. Die Stadtverwaltung hat berechnet, dass die effektiven Kosten pro Parkplatz pro Stunde 2.39 Franken betragen, also 19 Rappen mehr, als heute verlangt wird. Die 19 Rappen werden nun noch um weitere 61 Rappen erhöht. Um diese Erhöhung beurteilen zu können, greife ich gerne auf die gelungene Definition von Gebühren von Florence Schmid in ihrem Votum vom 3. Februar 2022 zurück. Eine Gebühr wird für eine individuell zurechenbare Leistung verrechnet, die der Staat einem Privaten zukommen lässt. Für eine Gebühr erhält die zahlende Person eine direkte staatliche Gegenleistung. Gebühren müssen dem sogenannten Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip entsprechen. Die Stadt Bern hat beim Preisüberwacher nachgefragt, ob das in diesem Fall gegeben ist. Der Preisüberwacher ist zum Schluss gekommen, dass maximal 2.50 Franken pro Stunde legitim seien und jeder darüber liegende Tarif nicht angemessen sei. Die Stadt hat sich trotzdem entschieden, bei 3 Franken pro Stunde zubleiben. Ich spreche dabei von den normalen Parkplätzen. Bei den Park + Ride-Parkplätzen geht es um eine Erhöhung auf 1.50 Franken. Diese sollen gegenüber den normalen Parkplätzen bevorzugt werden. Man sieht es lieber, wenn die Leute mit dem Auto am Stadtrand parkieren und mit dem ÖV oder zu Fuss in die Innenstadt gelangen. Die Kommission hat sich im Detail mit dieser Frage auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass sie den Anträgen des Gemeinderates folgen will. Eine Kommissionsminderheit hat gefordert, dass die Preise für die Parkplätze massiver erhöht werden sollen – Sie sehen es in den Anträgen – und eine andere Kommissionsminderheit hat eine Erhöhung auf 2.50 Franken vorgeschlagen. Innerhalb der Kommission wurden diese beiden Minderheitsanträge bereits ausgemehrt, da es nicht möglich sei, dass zwei verschiedene Kommissionsminderheiten Anträge in den Stadtrat bringen können. Ich möchte erwähnen, dass nicht alle Kommissionsmitglieder mit diesem Vorgehen einverstanden waren, das auf Empfehlung des Ratssekretariats so durchgeführt wurde. Eine weitere Kommissionsminderheit hat den Antrag eingereicht, dass zuerst überprüft werden sollte, ob die Parkiergebühren in Kombination mit einer Lenkungsabgabe eingeführt werden dürfen oder ob dies unzulässig ist und nur die direkten Kosten eines Parkplatzes einverlangt werden dürfen. Zusammengefasst: Die Kommission empfiehlt Ihnen, dem Gemeinderatsantrag zuzustimmen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Auf die Gefahr hin, als Schulmeister betitelt zu werden: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es aktuell im Ratssaal sehr laut ist und sich die Sprechenden am Rednerpult selbst fast nicht hören. Zusätzlich möchte ich noch auf den Sitzungsbeginn hinweisen, wir waren heute Abend erst um 20.38 Uhr beschlussfähig. Es ist mühsam, wenn der Rat erst acht Minuten nach Sitzungsbeginn mit den Geschäften starten kann. Ich bitte darum, auf Pünktlichkeit zu achten.

Wir kommen zu den Antragsbegründungen: Die drei Anträge der PVS wurden bisher noch nicht begründet. Darf ich Lionel Gaudy bitten, dies zu übernehmen, da dies normalerweise der Kommissionssprecher macht.

Lionel Gaudy begründet fälschlicherweise die Anträge GB/JA!. Die Anträge der PVS werden von Eva Krattiger im Fraktionsvotum GB/JA! begründet.

PVS-Sprecher Lionel Gaudy kehrt zum Rednerpult zurück und setzt sein Votum fort: Somit begründe ich die Anträge PVS: Die Parkiergebühr soll auf 5.20 Franken pro Stunde erhöht werden, mit Ausnahme der Park + Ride-Gebühren, die dementsprechend auf 3.50 Franken erhöht werden sollen. Das wird mit den externen Kosten begründet, die der Gemeinderat respektive die Stadtverwaltung berechnet haben, darin enthalten sind sämtliche Umweltkosten und Emissionskosten, die bei den Parkplätzen ebenfalls erhoben werden sollten.

Zum Antrag PVS-Minderheit: Dieser Antrag ist simpel. Es soll zuerst geprüft werden, ob Parkiergebühren mit einer Lenkungsabgabe eingeführt werden können oder nicht und ob die externen Kosten direkt miterhoben werden können. Es würde helfen, wenn zuerst über diesen Antrag abgestimmt würde, damit klar wird, ob das Geschäft nochmals zurück in den Gemeinderat muss oder nicht.

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen der Fraktion SVP: Ich beginne mit Traktandum 24. Es ist keine Überraschung, ich habe die Anträge bereits zu anderen Geschäften gestellt. Der erste Antrag ist ein Nichteintretensantrag. Ich bin der Meinung, dass das Äquivalenzprinzip dieses Vorgehen nicht zulässt. Die Erhöhung wurde vorab fiskalisch begründet und ich gehe davon aus, dass Florence Schmid heute dazu noch weitere juristische Ausführungen machen wird. Ich halte folgendes fest: Wie die Viererfeldabstimmung ist die Vorlage juristisch nicht haltbar. Ich wurde belächelt. Nachdem Simone Machado und Luzius Theiler eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht hatten, wurde die Abstimmung vom Gemeinderat verschoben. Man hat gemerkt, dass es ein juristisches Hickhack geben wird. Zur Begründung dieser Vorlage möchte ich folgendes sagen: Wer den Grundsatz des Äquivalenzprinzips und auch das Kostendeckungsprinzip kennt, kann nicht im ersten Satz schreiben, dass es um die Generierung von Mehreinnahmen gehe. Ich hoffe, dass sich bei dieser Begründung der Regierungstatthalter – respektive die neue Regierungstatthalterin – sofort einklinkt. Das geht nicht an, da rechtliche Grundsätze verletzt werden. Wer das nicht gerne hört, riskiert auch hier eine Beschwerde. Die Stadt sollte kein Geld für Rechtsprozesse ausgeben, die sie verlieren wird. Immerhin haben Sie das bei der anderen Vorlage realisiert. Ich gehe davon aus, dass Sie die gesamte Vorlage zurückziehen werden, dann gäbe es noch eine Parteienentschädigung für die Beschwerdeführer. Denken Sie daran, dass man das so nicht machen kann. Man muss für den Steuerzahler und die Betroffenen eine Lösung suchen und nicht versuchen, möglichst viel Geld aus den bösen Automobilisten auszupressen. Zum dritten Antrag: Wir sind der Meinung, dass man die Parkiergebühren für Motorwagen auf gebührenpflichtigen Parkplätzen auf dem heutigen Niveau belassen sollte. Es gibt keinen Grund für eine Erhöhung, wir lehnen diese klar ab.

Zu den anderen Anträgen: Wir finden, dass auf die Ausnahme von der Gebührenpflicht für Giveboxen verzichtet werden sollte. Es gilt Rechtsgleichheit. Die einen sollen bezahlen und werden bis auf den letzten Tropfen ausgepresst und die anderen werden begünstigt. Rechtsgleichheit ist für mich ein wichtiger Leitsatz. Sie werden es an unserem heute eingereichten Vorstoss sehen: Denkmalpflege, Baupolizei, Reithalle. Der Regierungsrat meint, dass man das als Postulat entgegennehmen soll und die rechtsungleiche Behandlung der Stadt bei gewissen Dingen nicht angeht. Ich gehe davon aus, dass Florence Schmid die Anträge juristisch mit den neusten Theorien des Finanz- und Aufsichtsrechts näher begründen wird.

Zu den Traktanden 25 bis 27: Ich habe nichts dagegen, dass diese vom Stadtratspräsidenten zusammengenommen werden. Ich habe diese schön nach Stadtteilen aufgegliedert, damit man sieht, wie die Stadt vorgeht und wie viele Parkplätze sie effektiv aufhebt und in Zukunft aufheben wird. Es beginnt meist mit ein paar wenigen im Kirchenfeld – das kenne ich bes-

tens. Es wurde gesagt, dass zuerst die Parkplätze bei den Museen aufgehoben werden, damit man einen schönen Platz erhält. Danach geht man zu anderen Strassen wie der Thunstrasse und der Jubiläumsstrasse über. Schlussendlich werden auch in den kleinen Strassen die Parkplätze aufgehoben. Denken Sie daran: 30% der Parkplätze sind in einem Quartier wie dem Kirchenfeld sehr viel, da es keine Einstellhallen gibt, in welchen die Fahrzeuge abgestellt werden könnten. Das bedeutet, dass sehr viele Leute keinen Parkplatz mehr finden werden, beispielsweise am Wochenende. Für die Betroffenen bedeutet es – und dabei handelt es sich auch um RGM-Wähler! –, dass Schichtarbeiter, Sicherheitsbeamter, Pflegepersonal, Assistenzärzte im Pikettdienst und Bauarbeiter keine Chance mehr haben, ein Auto zu haben. Wenn Sie diese Leute aus der Stadt Bern vertreiben und mehr von Ihren Funktionären – Lehrer, Beamte – ansiedeln wollen, dann können Sie das machen. Aber es werden Ihre Leute sein, die keine Parkplätze mehr finden. Ich habe letztthin Rolf Zbinden getroffen, einen Vertreter der PdA, der vor Jahren unseren Vorstoss in dieser Sache unterstützt hat. Er hat eingesehen, dass es die Kleinen trifft. Den Besitzer einer Doppelvilla in der Elfenau, mit zwei Parkplätzen und einem riesigen Vorgarten, werden die neuen Parkplatzvorschriften der Stadt und die rot-grüne Verbotskultur nicht betreffen. Es trifft nur die Kleinen. Betrachten Sie die Tabelle genau und schauen Sie, wie viele Parkplätze aufgehoben werden sollen. Mit Mobility ist es eine spezielle Sache, aber dann kommen noch die Behindertenparkplätze. Es ist entscheidend – und das ist der Todesstoss –, dass 30-40% der Parkplätze ausgerechnet in dem Quartier aufgehoben werden sollen, in dem ich wohne. Wir werden uns wehren, da wir uns von dieser rot-grünen Verbotskultur nichts vorschreiben lassen. Damit müssen Sie rechnen. Den Vorstoss im Grossen Rat betreffend Parteikosten werde ich mit diesem Beispiel bekämpfen. Ich werde dieses Beispiel anführen. Beachten Sie in den Quartieren, die ich hier minutiös aufgelistet habe, was 30-40% bedeuten. Unter Umständen wird es Ihre Tante, die Grossmutter, die Schwiegermutter, der Schwiegervater oder die Freundin sein, die nicht mehr kommen, um Ihr Kind zu betreuen, weil sie das Auto nicht mehr vor der Haustür parkieren können. Sie müssten in ein Parking fahren und deshalb vermutlich früher nachhause gehen, da sie mit dem ÖV unterwegs sein werden. Sie schneiden sich ins eigene Fleisch. Sie machen mit Ihrer rot-grünen Verbotskultur alles kaputt. Ich habe Nachbarn, die einen grossen Camper haben und sagen, dass ihnen die Aufhebung nichts ausmachen würde. Sie werden aber die Ersten sein, die sich beschweren, wenn sie keinen Parkplatz mehr finden. Es werden auch diejenigen sein, die beruflich auf ein Auto angewiesen sind, die keinen Parkplatz mehr finden werden. Deshalb danke ich dem Gemeinderat für die minutiöse Arbeit, bin aber nur teilweise zufrieden. Die vernünftige Konsequenz wäre gewesen, dass man zugegeben hätte, dass wir Parkplätze brauchen. Die Stadt Bern darf die Automobilisten nicht derart bestrafen und ausgrenzen. Vielleicht sind wir die einzige Partei, die sich noch für die Automobilisten einsetzt. Bei der FDP musste ich vernehmen, dass man nicht mehr für die Parkplätze kämpft. Ich bitte die Medienvertreter, dies aufzunehmen: Die SVP kämpft für die Leute, die auf ein Auto angewiesen sind. Wenn es die anderen nicht mehr machen, sei es drum. Wir bleiben unseren Grundsätzen und Wahlversprechen treu.

Eva Krattiger (JA!) zu den Anträgen PVS und GB/JA!: Eingangs möchte ich etwas zu den PVS-Anträgen sagen, die für einige Verwirrung gesorgt haben. Lionel Gaudy hat einen Antrag der GB/JA!-Fraktion begründet, der keine Mehrheit in der PVS gefunden hat. Die PVS fordert 3.30 Franken pro Stunde für einen Parkplatz, weil das mehr ist, als man heute in den Parkhäusern der Innenstadt bezahlt. Dies wurde bewusst so gewählt, weil wir keinen Anreiz schaffen wollen, das Auto im öffentlichen Raum abzustellen, wenn es doch eigentlich freie, unterirdische Parkplätze gibt. Das sind die PVS-Mehrheitsanträge. Der PVS-Minderheitsantrag behandelt die Park + Ride-Gebühren, die 2.50 Franken pro Stunde kosten. Das ist bewusst tiefer als die Parktarife in der Innenstadt – das ist richtig. Es soll ein Anreiz geschaffen werden,

das Auto am Stadtrand abzustellen und nicht bis zum Casinoparking zufahren. Gleichzeitig sind die Kosten aber höher als der Tarif, den der Gemeinderat vorschlägt, weil der Gemeinderatsvorschlag nicht einmal die indirekten Kosten deckt. Das Problem wird somit nicht gelöst. Die Kosten, die die Parkplätze verursachen, werden weiterhin von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlt. Soviel zu den PVS-Anträgen.

Zu den Anträgen GB/JA!: Wir finden es als Fraktion richtig, dass der Gemeinderat die Tarife für die Parkplätze erhöhen will. Im Vortrag wird vorgerechnet, welche Kosten ein Parkplatz verursacht, nämlich 2.39 Franken. Diese Kosten werden durch den Vorschlag des Gemeinderats gedeckt. Hinzu kommen externe Kosten, die weder durch den Vorschlag der PVS noch durch denjenigen des Gemeinderats gedeckt werden. Zu diesen Kosten gehören Kosten für Infrastruktur, Unfälle, Stau und nicht zuletzt für die Umweltverschmutzung. Die externen Kosten werden momentan von der Allgemeinheit getragen oder – wie von der SVP gerne betont wird – durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlt. Auch wer selbst kein Auto besitzt, bezahlt aktuell für die Kostenfolgen der Parkplätze in der Stadt Bern. Das ist aus unserer Sicht falsch und widerspricht dem Verursacherprinzip sowie den Klimazielen der Stadt Bern. Unsere Anträge verlangen deshalb, dass die Parkgebühren in der Innenstadt sowie in den Quartieren auf 5.20 Franken pro Stunde erhöht werden. Damit würden sowohl die direkten, als auch die indirekten Kosten über die Parkgebühren beglichen. Park + Ride-Parkplätze sollen auch in unseren Vorschlägen weiterhin günstiger bleiben als diejenigen in der Innenstadt. Schliesslich gilt es, den Anreiz zu erhalten, dass man das Auto am Stadtrand stehen lässt und nicht bis mitten ins Zentrum fährt. Unsere Anträge verlangen deshalb, dass für Park + Ride-Plätze Gebühren in der Höhe von 3.50 Franken erhoben werden sollen. Das ist nicht kostendeckend bei den indirekten Kosten, deckt aber zumindest die direkten Kosten und das ist mehr, als der Gemeinderat vorschlägt.

Lionel Gaudy (Mitte) zu den Anträgen der Mitte-Fraktion: Vielen Dank Eva Krattiger für die Richtigstellung und die Begründung der Anträge. Ich bitte um Entschuldigung, dass ich die Anträge verwechselt habe. Ich habe die Anträge der GB/JA!-Fraktion anstelle der PVS-Anträge begründet.

Zu den Anträgen der Mitte: Wir sind der Meinung, dass Gebühren primär kostendeckend sein und dem Äquivalenzprinzip entsprechen sollten. Dieser Meinung ist auch der eidgenössische Preisüberwacher, der sagt, dass 2.50 Franken pro Stunde angemessen sind. Darin enthalten ist eine leichte Lenkungsabgabe von 11 Rappen. Alles andere wäre missbräuchlich und unverhältnismässig. Deshalb stellen wir den Antrag, dass die Gebühren für Parkplätze in der Stadt auf 2.40 Franken erhöht werden, was einer Erhöhung um 20 Rappen entspricht und exakt kostendeckend wäre. Als Eventualantrag verlangen wir die Erhöhung auf 2.50 Franken pro Stunde, wenn sich die Mehrheit des Rats für eine höhere Lenkungsabgabe aussprechen möchte. Bedenken Sie, dass es sich hierbei um Rechtsprinzipien handelt, an die sich der Gemeinderat sowie die Stadtverwaltung halten müssen. Deshalb bitten wir Sie, unsere Anträge zu unterstützen, damit wir rechtlich korrekte Gebühren erheben können und kein Risiko eingehen, vor Gericht eine Niederlage einzufahren und die Revision rückgängig machen zu müssen.

Fraktionserklärungen

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die Fraktion GLP/JGLP begrüsst die generelle Erhöhung der Parkiergebühren und wir stimmen dem Geschäft in der zweiten Lesung zu. Erstens sind die Gebühren tiefer als die heutigen Kosten. Wir haben darüber gesprochen, dass die Gebühren kostendeckend sein müssten. Aktuell sind sie weit darunter, auch der Vorschlag des Gemeinderats liegt unter diesen Kosten. Wir unterstützen alles, was in Richtung

kostendeckender Gebühren geht, alles andere wäre de facto eine Subventionierung, im vorliegenden Fall eine Subventionierung von Autos in der Stadt. Das kann und soll nicht das Ziel der Stadt sein. Wir teilen das Ziel des Gemeinderats, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) weiter reduziert werden soll. Zweitens steigen voraussichtlich auch die Preise der Anwohnerparkkarten und es ist wichtig, dass die Preise für Parkiermöglichkeiten einheitlich steigen, damit es nicht zu Mehrverkehr aufgrund von Preisunterschieden kommt. Drittens ist das Geschäft sinnvoll, weil der Vorschlag weiterhin einen Unterschied macht zwischen den Parkiergebühren in der Innenstadt und denen am Stadtrand in den Park + Rides. Es wird damit der richtige Anreiz gesetzt. Wenn es günstiger ist, am Stadtrand zu parkieren, werden Anreize für ein Umsteigen auf ÖV, Publibikes oder Fussverkehr geschaffen. Das sind stadtverträglichere Arten von Mobilität, als mit dem Auto bis in die Innenstadt zu fahren. Viertens und letztens möchten wir als liberale Partei festhalten, dass es nicht darum geht, einen bestimmten Verkehrsträger zu behindern oder zu schikanieren, sondern dass es um das Verursacherprinzip geht. Das Auto stellt im Vergleich zu den anderen Verkehrsmitteln unbestritten ein flächeneffizientes Mittel dar. Wenn man mehr vom öffentlichen Raum braucht, muss man entsprechend etwas dafür bezahlen. Wir stimmen dem Geschäft zu.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Anpassung der Gebühren für die öffentlichen Parkplätze. Wir sind einverstanden, dass die Giveboxen von den Gebühren befreit werden. Die Parkgebühren sind seit 2011 nicht mehr angepasst worden und in den letzten zehn Jahren hat sich das Verhältnis der Stadtbevölkerung zum vom Auto besetzten und zum freien Raum ziemlich verändert. Wer einen Parkplatz nutzt, soll dafür bezahlen, und zwar so viel, dass zumindest die direkten Kosten gedeckt sind, ohne falsche Anreize zu schaffen. Für uns ist die Erhöhung der Parkiergebühren überfällig. Wir hegen Sympathien für deutlich höhere Gebühren als die vom Gemeinderat vorgeschlagenen. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass die Stadt bei der Ausgestaltung nicht frei ist und sich an übergeordnete Kriterien halten muss. Aus diesen Gründen stimmen wir bei den Anträgen folgendermassen ab: Den Rückweisungsantrag SVP lehnen wir ab, dem Antrag PVS-Minderheit zur Prüfung der Lenkungsabgaben stimmen wir zu. Alle Anträge auf tiefere Gebühren oder auf einen Verzicht auf die Gebührenerhöhung lehnen wir ab. Den Antrag PVS für eine Parkiergebühr von 3.30 Franken pro Stunde für öffentliche Parkplätze unterstützen wir. Die Debatte haben wir bereits letzten September zum Budget 2022 geführt und darüber entschieden. Bei den Parkiergebühren für Park + Ride-Anlagen folgen wir dem Gemeinderatsantrag und lehnen die PVS-Minderheitsanträge ab. Aus unserer Sicht ist es weiterhin sinnvoll, das Auto am Stadtrand abzustellen und nicht in die Stadt hineinzufahren. Die Anträge GB/JA!, die deutlich höhere Gebühren verlangen, können wir nachvollziehen. Mit Blick auf die übergeordneten Vorgaben befürchten wir damit aber eine Bruchlandung der Vorlage.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion Mitte: Für unsere Fraktion ist klar, wie wir über das Geschäft abstimmen. Zum Votum meiner Vorrednerin: Wir fordern auch eine Erhöhung der Parkiergebühren, damit der neue Preis den effektiven Kosten, die für die Stadt Bern entstehen, entspricht. Pro Stunde beträgt dieser Preis 2.40 Franken für einen Parkplatz in der Innenstadt. Die restlichen Kosten, von denen heute gesprochen wurde, als handle es sich dabei um effektive Kosten, die sogenannten externen Kosten, werden anhand von Benchmarks aufgerechnet. Was man dort nicht einfließen lässt, sind die Benefits, die die Stadt, das Gewerbe und die Bevölkerung davon haben, dass eine gewisse Anzahl Parkplätze im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen. Es kann dies ein Einkauf oder ein Transport von mobilitätseingeschränkten Menschen sein, oder ein Handwerker oder eine Warenlieferung – es gibt viele Gründe, warum man das Auto irgendwo für eine oder zwei Stunden stehen lassen möchte und bereit ist, dafür etwas zu bezahlen. Das sind alles Vorteile, die den Kosten gegenübergestellt

werden müssen. Deshalb bitten wir um Annahme unserer Anträge, damit eine moderate Preiserhöhung beschlossen werden kann, die auch vor Gericht Bestand hat.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Wir kommen nicht umhin, bezüglich der genannten, externen Kosten einen kleinen Exkurs zum Vortrag des Gemeinderates zu machen. Wenn wir die Begründungen und Ausführungen im Vortrag lesen, erschauern wir. Gebühren – vor ein paar Wochen von Florence Schmid zum Thema Anwohnerparkkarten bereits ausführlich begründet – sind eine nüchterne Sache und an sich etwas Einfaches. Gebühren müssen nämlich dem Kostendeckungs- und dem Äquivalenzprinzip entsprechen, wie wir bereits mehrfach gehört haben. Das Äquivalenzprinzip bedeutet, dass die Gebühr nicht unverhältnismässig hoch sein darf, und das Kostendeckungsprinzip verlangt, dass die Gebühr konkret berechenbare und vor allem klar zuordenbare Kosten abdecken soll. Im Vortrag werden externe Kosten erwähnt und exemplarisch als Kosten für Stau, Unfälle, Umweltverschmutzung usw. aufgezählt. Diese Kosten sind nicht konkret zuordenbar und auch nicht rechters. Wir hoffen sehr, dass der Vortrag des Gemeinderats nicht von einem Juristen oder einer Juristin verfasst worden ist. Externe Kosten dürfen für die Berechnung des Gebührentarifs für Parkplätze nicht berücksichtigt und noch viel weniger in einem offiziellen Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat aufgeführt werden. Wird das trotzdem gemacht, liegt der Stadt Bern eine ungewöhnliche Ideologie zu Grunde. Wenn man die externen Kosten in die Berechnung von Gebühren einbeziehen würde, könnte das bedeuten, dass jemand mit einer anderen Muttersprache als Deutsch für Dienstleistungen höhere Gebühren bezahlen müsste. Es könnte sich bei diesem exemplarischen Beispiel um 10 000 Franken handeln. Es würde bedeuten, dass die Stadt für Unterlagen, die sie in andere Sprachen übersetzen muss, eine Gebühr erhebt und darin die Kosten für die Dolmetscherin einberechnet werden, sowie die Kosten für die Benutzung der Infrastruktur des Amtes durch die Person, die die Unterlagen benötigt. Nach der im Vortrag verfolgten Logik wären das alles externe Kosten, die in eine Gebührenberechnung einfließen müssten. Ich hoffe sehr, dass Sie an diesem absurden Beispiel sehen, warum wir die Erwähnung von externen Kosten in einem Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat aus rechtsstaatlichen Gründen äusserst bedenklich finden.

Zu den Anträgen. Wir stimmen dem Antrag 1 SVP zu, lehnen den Antrag PVS-Minderheit ab und nehmen den Antrag 3 SVP an. Bei den Giveboxen sind wir der Meinung, dass bei gewissen Boxen ein Antrag auf Gebührenbefreiung gemacht werden kann. Wir möchten diese aber nicht generell ins Gebührenreglement aufnehmen und lehnen alle Erhöhungen der Parkgebühren ab. Wenn es eine Ausmehrung zwischen dem Antrag Mitte und dem Antrag GB/JA! gibt, unterstützen wir den Antrag Mitte. Wie von Lionel Gaudy ausgeführt, würden die direkten Kosten 2.40 Franken betragen. In diesem Betrag enthalten sind der Einzug von Geld, die Parksäule und das Inkasso. Würde man bezüglich Parkgebühren mit der Digitalisierung ein wenig vorwärts machen, könnte der Betrag wieder gesenkt werden. Ich hoffe sehr, dass wir keine rechtsstaatlich bedenklichen Entscheidungen treffen.

Brigitte Hilty Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Bei dieser erheblichen Anzahl Änderungen werde ich nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen können, zudem wurde bereits vieles gesagt. Die Fraktion GFL/EVP begrüsst die Gebührenerhöhung. Wir freuen uns, dass die Gebührenbefreiung der Giveboxen ebenfalls in diesem Reglement enthalten sein wird, da diese auf einer Motion von Manuel C. Widmer, Bettina Jans-Troxler und der Fraktion GFL/EVP fusst.

Wir sprechen hier primär über Parkgebühren für Parkplätze auf öffentlichem Grund. Der öffentliche Grund ist teuer und knapp, die Gebühren aber aktuell viel zu tief. Uns ist es ein Anliegen, dass die Änderungen angemessen sowie mehrheitsfähig sind. Das tönt sehr pragmatisch, aber wir möchten, dass das Reglement endlich überarbeitet wird und die neuen Rege-

lungen rasch in Kraft treten können. In dem Sinn folgen wir mehrheitlich dem Gemeinderatsvorschlag.

Zu den Anträgen: Wir nehmen sämtliche Anträge PVS an. Alle anderen Anträge lehnen wir ab. Insbesondere den PVS-Minderheitsantrag zur Erhöhung der Gebühren von Park + Ride-Parkplätzen von 1.10 Franken auf 2.50 Franken pro Stunde lehnen wir ab. Die GFL/EVP-Fraktion hat ein grosses Interesse daran, dass Menschen, die mit ihrem Auto in die Stadt fahren wollen, ihr Fahrzeug im Park + Ride abstellen und nicht unnötig durch die Innenstadt kurven. Mit dieser moderaten Gebührenerhöhung wollen wir das Verhalten der Autofahrenden umlenken und sie nicht vergraulen. Die Zukunft des Parkierens liegt im Park + Ride und hoffentlich nicht mehr in der Innenstadt.

Eva Krattiger (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Für unsere Fraktion ist die Gebührenerhöhung unbestritten, weil die aktuellen Tarife die direkten Kosten nicht decken und weit entfernt davon sind, auch die indirekten Kosten einzubeziehen. Die Vorschläge des Gemeinderats und der PVS würden bereits eine Verbesserung bringen, wie erwähnt aber nur bei den direkten Kosten. Die indirekten Kosten würden weiterhin von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Meine Vorvordnerin hat erwähnt, dass man, wenn man bei der Digitalisierung vorwärts machen würde, Geld sparen könnte. Das ist die eine Möglichkeit, die andere Möglichkeit wäre folgende: Aktuell bezahlt die Stadt die Kantonspolizei, dass diese die Parkkontrollen durchführt. Die Bussgelder gehen ebenfalls zur Kantonspolizei. Die Stadt verliert also doppelt und sollte sich überlegen, diese Abmachung neu auszuhandeln und zu verbessern.

Aus unserer Sicht sollte es in der Diskussion eigentlich darum gehen, auf welches Niveau die Gebühren erhöht werden sollen. Aus drei Gründen ist die von der PVS und vom Gemeinderat vorgeschlagene Gebührenerhöhung nicht ausreichend: Erstens wird das Parkieren in der Innenstadt auch nach dieser Erhöhung weiterhin sehr günstig sein, beispielsweise massiv günstiger, als mit dem Zug anzureisen, mit dem ÖV bis mitten in die Stadt zu fahren und auch deutlich günstiger als das Auto im Park + Ride abzustellen und anschliessend auf den ÖV oder das Publibike umzusteigen. Es braucht definitiv eine Erhöhung der Parkiergebühren in der Innenstadt. Der zweite Grund ist, dass die Tarife die indirekten Kosten nicht decken und wir als Allgemeinheit für die Umweltbelastung aufkommen müssen. Es ist sehr schwierig, herauszufinden, welches Auto wie viel CO₂ ausgestossen hat und wie viel diese Menge CO₂ an welchem Ort zur Erderwärmung beiträgt. Es ist schlichtweg nicht möglich, dies genau zu lokalisieren. Aber es ist aus unserer Sicht nicht richtig, dass die Allgemeinheit diese Schäden mittragen und mitfinanzieren muss. Drittens ist die städtische Verkehrs- und Klimapolitik ausschlaggebend. Wir sprechen in zwei Wochen im Stadtrat über sehr viele Klimavorstösse, unter anderem auch über das Klimareglement. Das Ziel muss auch dort sein, den Verkehr massiv zu reduzieren, nämlich so, dass wir bald einmal nettonull erreichen. Das ist unmöglich mit diesen Gebühren, die heute vorgeschlagen werden. Finanzielle Lenkung ist in diesem Zusammenhang kein nice-to-have, sondern ein must-have. Damit komme ich zum PVS-Minderheitsantrag, der möchte, dass geprüft wird, wie die Parkiergebühren noch ausgeprägter als Lenkungsabgaben ausgestaltet werden können, als dies heute der Fall ist. Wir kennen dieses Instrument national bereits, indem wir alle über unsere Krankenkassenprämie eine Rückerstattung erhalten. Auf städtischer Ebene ist dies sehr wahrscheinlich nicht so einfach, da wir aktuell kein Finanzierungssystem kennen, mit Hilfe dessen die Stadt Geld zurückverteilen könnte. Wir möchten trotzdem wissen, ob es allenfalls ein anderes Instrument gibt, das ähnlich funktioniert. Idealerweise ist die Verwaltung in der Lage, dies so abzuklären, dass wir diese Informationen für die zweite Lesung des Reglements bereits vorliegen haben und die Erkenntnisse allenfalls einbezogen werden können. Wir unterstützen diesen PVS-Minderheitsantrag.

Noch eine letzte Bemerkung zum Preisüberwacher, der von Lionel Gaudy heute bereits mehrfach erwähnt wurde: Der Preisüberwacher sagt, dass es zu teuer sei. Aber der Preisüberwacher vergleicht seinerseits auch nur die vorgesehenen Tarife mit solchen, die bereits existieren. Er sagt nichts aus über politische Ziele, über die ökologischen Auswirkungen und darüber, ob es wirklich notwendig ist, Auto zu fahren, oder man doch besser den ÖV benutzen sollte.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion SVP: Wir lehnen die Vorlage ab. Einmal mehr handelt es sich um einen Raubzug auf die Autofahrerinnen und Autofahrer dieser Stadt. Wir lehnen alle Anträge auf eine Preiserhöhung ab. Heute wurde viel vom Verursacherprinzip und von Kostendeckung gesprochen. Ich möchte nochmals daran erinnern, dass wir vor kurzem ein Geschäft im Stadtrat behandelt haben, bei dem es ebenfalls um Parkplätze ging, nicht für Autos, aber für Velos. Bei diesen Veloparkplätzen wird nicht kostendeckend gearbeitet. Das ist an Opportunität nicht zu überbieten und hat annähernd einen Preis verdient. Es ist unglaublich, dass Sie am Rednerpult von Verursacherprinzip sprechen, dieses aber selbst nicht anwenden.

Zu den Anträgen: Alle Anträge, die in Richtung Erhöhung zielen, lehnen wir ab. Alle Anträge, die eine Senkung der Gebühren verlangen oder aber den Status quo erhalten wollen, unterstützen wir.

Zum Preisüberwacher: Der Preisüberwacher wurde in gewissen Fällen in seinen Einschätzungen bestätigt. Ich erinnere an die Stadt Biel, die vor vier oder fünf Jahren ihre Gebühren erhöhen wollte – nicht so hoch, wie es hier verlangt wird. Meine Kollegin, Grossrätin Sandra Schneider, hat eine entsprechende Beschwerde eingereicht, ist damit bis ans Verwaltungsgericht des Kantons Bern gelangt und hat schlussendlich recht erhalten. Wir werden uns diese Schritte vorbehalten und prüfen zudem ein Referendum. Ziehen Sie sich warm an!

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Wie bereits bei den Anwohnendenparkkarten will der Gemeinderat die Parkiergebühren auf öffentlichen Parkplätzen anpassen. Die letzte Anpassung passierte im Jahr 2011, seither beträgt der Tarif für gebührenpflichtige Parkplätze 2.20 Franken pro Stunde und für Park + Ride-Parkplätze 1.10 Franken. Die Gebühren sind nicht mehr kostendeckend, da sie weder die direkten Kosten – beispielsweise die Landkosten oder Kosten für die Markierungen – noch die sogenannten indirekten oder externen Kosten wie beispielsweise die Umweltbelastung abdecken. Der Gemeinderat geht tatsächlich über die empfohlene Tariffhöhe des Preisüberwachers hinaus. Aus Sicht des Gemeinderats berücksichtigt der Preisüberwacher in seiner Begründung die übergeordneten öffentlichen Interessen, die ich vorgängig erwähnt habe, zu wenig. Wenn wir es mit anderen Städten vergleichen, ist die Gebührenerhöhung sehr wohl angemessen. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass die Gebührenerhöhung verhältnismässig ausfällt, was mit der vorgeschlagenen Erhöhung aus unserer Sicht der Fall ist. Wenn wir die Gebühren aber noch deutlich weiter erhöhen würden, beispielsweise auf 5 Franken oder mehr, würde das den Rahmen sprengen und dürfte juristisch kaum vertretbar sein. Zur Frage, ob wir den Vortrag mit einem Juristen angeschaut haben: Ja, selbstverständlich wurde der Vortrag mit einem Juristen besprochen.

Zu den Giveboxen: Mit der vorgeschlagenen Gebührenbefreiung sollen die Sharing-Idee und somit auch nachhaltiges und ressourcenschonendes Verhalten unterstützt und gefördert werden. Damit wird auch ein parlamentarischer Auftrag umgesetzt.

Zu den Anträgen: Zu den meisten Anträgen werden wir im Rahmen der zweiten Lesung Stellung nehmen. Ich bitte Sie, den Nichteintretensantrag SVP abzulehnen. Den Antrag der PVS-Minderheit haben wir nicht genau verstanden, nach den heutigen Voten wurde es mir aber klarer: Gerne prüfen wir erneut, ob eine solche Lenkungsabgabe eingeführt werden könnte und ob dies juristisch haltbar ist. Wir versuchen, es so umzusetzen, dass die Informationen in

der PVS und sicherlich auch im Rahmen der zweiten Lesung im Stadtrat zur Verfügung stehen werden.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Nichteintretensantrag SVP ab. (13 Ja, 57 Nein) [Namen](#) 026
2. Der Stadtrat stimmt Antrag 2 PVS-Minderheit zu. (67 Ja, 3 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 027
3. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Erhöhung Parkiergebühren sowie Gebührenbefreiung im Zusammenhang mit Giveboxen: Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement, GebR; SSSB 154.11); Teilrevision
4. Der Stadtrat verabschiedet die Vorlage zuhanden einer 2. Lesung.

2021.SR.000126

25 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Quartierparkkarten im Stadtteil IV: Verknappung des Angebots und gleichzeitige massive Preiserhöhung der Parkierungsgebühren: sollen die letzten Anwohner mit Auto abgezockt und aus der Stadt Bern vertrieben werden?

Quorumsbeschluss und kurze Erklärung siehe Traktandum 24.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVP ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2021.SR.000152

26 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Quartierparkkarten im Stadtteil III (Mattenhof-Weissenbühl): Verknappung des Angebots und gleichzeitige massive Preiserhöhung der Parkierungsgebühren: sollen die letzten Anwohner mit Auto abgezockt und aus der Stadt Bern vertrieben werden?

Quorumsbeschluss und kurze Erklärung siehe Traktandum 24.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVP ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2021.SR.000154

27 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Quartierparkkarten im Stadtteil II (Länggasse-Felsenau): Verknappung des Angebots und gleichzeitige massive Preiserhöhung der Parkierungsgebühren: sollen die letzten Anwohner mit Auto abgezockt und aus der Stadt Bern vertrieben werden?

Quorumsbeschluss und Diskussion siehe Traktandum 24.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVP ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2016.TVS.000118

28 Umsetzung Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt: Massnahmenpaket Untere Altstadt: Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11), Anhang III; Teilrevision; 2. Lesung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Umsetzung Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt: Massnahmenpaket Untere Altstadt: Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11), Anhang III; Teilrevision.
2. Er beschliesst die Teilrevision des Gebührenreglements gemäss beiliegendem Änderungserlass.
3. Die Änderungen der Ziffern 4.10.1.2, 4.10.2, 4.10.2.2 und 4.10.3 stehen unter dem Vorbehalt der Rechtskraft der vom Gemeinderat beschlossenen Teilrevision der Verordnung vom 6. Juni 2001 über die Fahr- und Parkierbeschränkungen in der Unteren Altstadt (Parkierverordnung Untere Altstadt; PVUA; 761.212). Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Rechtsänderungen unter Berücksichtigung und in Abhängigkeit der übrigen Beschlüsse und allfälliger Rechtsmittelverfahren betreffend das Teilprojekt Untere Altstadt.

Bern, 16. September 2020

Anträge

1.	Mitte	Antrag (mit Richtlinienfunktion): Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, ihm im Hinblick auf die zweite Lesung <i>(während Debatte zurückgezogen)</i> einen Vorschlag zur Abstimmung zu unterbreiten, mit welchem den folgenden drei Personenkategorien weiterhin eine 48h-Parkkarte zur Verfügung gestellt werden kann: a) in der Unteren Altstadt wohnhafte Eltern von Kindern unter sieben Jahren; b) in der Unteren Altstadt wohnhafte Unternehmerinnen und Unternehmer mit einer Geschäftsniederlassung in der Unteren Altstadt. c) in der Unteren Altstadt wohnhafte Personen ab AHV-Alter oder mit ärztlichem Attest für Mobilitätseinschränkungen.
2.	FDP/JF	Antrag (mit Richtlinienfunktion): Der Gemeinderat wird beauftragt eine Karte einzuführen, die von den Anwohnern für sich oder ihre Gäste 2x pro Monat für eine Parkdauer von 48h auf markierten Parkplätzen ermöglicht.
3.	FDP/JF	Eventualantrag zu Antrag 2 (mit Richtlinienfunktion): Der Gemeinderat wird beauftragt eine Karte einzuführen, die von den Anwohnern 2x pro Monat für eine Parkdauer von 48h auf markierten Parkplätzen ermöglicht.
4.	FDP/JF	Antrag (mit Richtlinienfunktion): Es ist für Anwohnende und Berechtigte die aktuelle Parkkarte zu ersetzen

		mit einer Kombi-Parkkarte, mit welcher nicht nur wie bisher beschränkt auf der Gasse auf vorhandenen Parkfeldern parkiert werden kann, sondern auch unbeschränkt im Rathaus Parking.
5.	FDP/JF	Antrag (mit Richtlinienfunktion): Es ist sicherzustellen, dass auch während (Gross-) Anlässen genügend Anwohner Parkplätze zur Verfügung stehen und reserviert sind.
6.	FDP/JF/ PVS	Antrag (mit Richtlinienfunktion): Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, die Anzahl der Elektro-Ladestationen im Rathaus Parking massiv zu erhöhen, um so den Umstieg auf Elektromobilität zu fördern.
7.	FDP/JF / PVS	Antrag (mit Richtlinienfunktion): Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, mit der Rathaus Parking AG eine Lösung zu finden so dass die Altstadtbewohner auch längerfristig zu vergünstigten Konditionen im Rathaus Parking parkieren können.

Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern
(Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11),

Anhang III, neu	Anträge
4.10.1.2 Ausnahmebewilligungen für die zeitlich unbeschränkte Zufahrt sowie für das Parkieren während längstens 48 Stunden	Mitte Ausnahmebewilligungen für die zeitlich unbeschränkte Zufahrt sowie für Parkieren während längstens 48 Stunden, für in der unteren Altstadt wohnhafte
Tarif/Fr.	<ul style="list-style-type: none"> • Eltern von Kindern unter sieben Jahren; • Unternehmerinnen und Unternehmer mit einer Geschäftsniederlassung in der unteren Altstadt; • Personen ab Erreichen des AHV-Rentenalters; • Personen mit ärztlichem Attest für Mobilitätseinschränkungen.
a. pro Monat (Mindestdauer: 3 Monate) Fr. 80.00	Tarif/Fr. a. pro Monat (Mindestdauer: 3 Monate) Fr. 80.00
b. pro Jahr Fr. 960.00	b. pro Jahr Fr. 960.00

PVS-Sprecherin *Laura Binz* (SP): Es geht um die zweite Lesung der Teilrevision des Reglements zur Gebührenerhebung. Dem Geschäft an sich, also der Umsetzung des Verkehrskonzepts Wirtschaftsstandort Innenstadt, haben wir im Stadtrat bereits zugestimmt. In der PVS haben wir die vorliegenden Anträge diskutiert. Die Anträge 1 bis 5 hat die PVS abgelehnt, da sie im Widerspruch zu den Grundelementen der Umsetzung des Verkehrskonzepts Wirtschaftsstandort Innenstadt stehen. Die Langzeitparkierung soll ins Rathaus Parking verschoben werden und die Gassen in der Unteren Altstadt sollen spürbar – oder gemäss einem Antrag der PVS zu 50% - vom stehenden und rollenden Verkehr entlastet werden. Bei den Anträgen 1 bis 5 ginge es darum, dass man wiederum Ausnahmen in Form von Parkkarten für die Altstadtgassen gewähren würde und dies über die Übergangsfrist von drei Jahren hinaus. Die PVS geht mit dem Gemeinderat einig, dass das nicht im Sinn des angenommenen Geschäfts ist. Deshalb empfiehlt die PVS die Anträge 1 bis 5 zur Ablehnung. Anders sieht es bei den Anträgen 6 und 7 aus. In der Antragsliste stehen die FDP/JF und die FSU, aber natürlich sollte hier die PVS als zuständige Kommission stehen. Es ist im Sinn der PVS, dass genügend Elektroladestationen im Rathaus Parking zur Verfügung stehen. Im Moment sind genügend Stationen vorhanden, aber es ist richtig, dass der Gemeinderat für den Fall, dass die

Ladestationen nicht mehr ausreichen sollten, sich bei der Rathaus Parking AG dafür einsetzt, dass weitere Ladestationen eingerichtet werden. Antrag 7 hat ebenfalls Richtlinienfunktion, es geht darum, dass der Gemeinderat frühzeitig versucht, mit der Rathaus Parking AG eine Lösung für langfristig vergünstigte und attraktive Konditionen betreffend Rathausparkierung für die Bewohnerinnen und Bewohner der Unteren Altstadt zu finden. Die PVS ist der Ansicht, dass eine frühzeitige Suche nach Lösungen sinnvoll ist. Insgesamt empfiehlt Ihnen die PVS mit einer deutlichen Mehrheit, dieser Anpassung des Reglements zuzustimmen.

Milena Daphinoff (Mitte) zum Antrag der Mitte-Fraktion: Ich möchte Stefan Schwarz und allen Mitarbeitenden der TVS danken, die uns geholfen haben, den Antrag auszuformulieren. Es war nicht ganz einfach, eine Formulierung zu finden, die Bestand hat. Der Antrag hätte eine Richtlinienfunktion, aber er will aber nichts anderes, als den Gemeinderat aufzufordern, für die Minderheitengruppe der Anwohnenden oder Unternehmenden in der Unteren Altstadt eine langfristige Lösung zu finden, da sie durch das neue Regime Nachteile erfahren würden. Ich spreche als betroffene Anwohnende: Die Untere Altstadt soll nicht zu einem Museum verkommen, dies wird im Rat immer wieder betont, zum Beispiel beim Thema Airbnb. Die Untere Altstadt soll stets lebendig und urban bleiben. Wir möchten das auch und das bedingt, dass hier verschiedene Leute wohnen und zusammenkommen können. Die Nutzungsansprüche an die Untere Altstadt sind vielfältiger Natur. Wenn man möchte, dass ältere und jüngere Menschen in der Altstadt wohnen, muss man über den Tellerrand hinausschauen und seine eigenen ideologischen Ansichten abstrahieren können, zum Beispiel bei der Frage, ob ein Auto gut oder schlecht ist. Es gibt Personengruppen, die auf ein Auto angewiesen sind. Das sind einerseits die älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die leider in dieser Diskussion bisher vergessen gegangen sind und mit unserem Antrag eine Stimme erhalten. Zudem sind es die Familien mit kleinen Kindern. Erfreulicherweise wurde in einem Dialog bereits auf sie eingegangen und man steht im Gespräch, damit eine Lösung gefunden werden kann. Dasselbe gilt für die in der Altstadt wohnhaften Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihr Geschäft in der Unteren Altstadt haben. Wir haben mit unserem Antrag versucht, diese Interessen in einem Paket zu bündeln, damit wir ein Zeichen setzen können. Wir möchten festhalten, dass wir diesen Nutzungsgruppen – Anwohnenden und Gewerbetreibenden – entgegenkommen möchten, damit sie nicht nur für die temporären drei Jahre, die der Gemeinderat aktuell vorsieht, sondern für eine längere Zeit eine Möglichkeit erhalten, mit ihrem Auto – und wir sprechen nicht von dauerhaft, sondern von 48 Stunden – in der Unteren Altstadt parkieren zu können. Ich bitte Sie, diesen verschiedenen Nutzungsgruppen und der Altstadt als Quartier Rechnung zu tragen. Es ist ein grosser Gewinn, dass in unserer Altstadt noch gelebt wird und hier Familien, ältere Leute und Gewerbetreibende wohnen. Wir möchten das beibehalten und die Altstadt nicht zu einem musealen Venedig II werden lassen. Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen.

Ursula Stöckli (FDP) zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF: Die Untere Altstadt ist seit jeher ein lebendiges Quartier. Hier wohnt und arbeitet man, es hat auch Verkehr. Früher waren es Pferde, heute sind es Autos und in Zukunft werden es vielleicht andere Gefährte sein. Ein Merkmal der Altstadt ist, dass man zusammen wohnt, zusammen arbeitet und zusammen Feste feiert. Es ist sehr wichtig, dass die Lebendigkeit beibehalten werden kann und die Altstadt kein Museum wird. Wie in der ersten Lesung erwähnt, ist es zentral, dass Sie die Anwohner ernstnehmen und nicht nur von ihnen verlangen, dass sie zu den Häusern schauen sollen, damit die Altstadt für uns eine schöne Kulisse bleibt. Es soll keine Kulisse sein, deshalb bitte ich Sie darum, zumindest die beiden Anträge, die auch der Gemeinderat und die PVS zur Annahme empfehlen, – die Anträge 6 und 7 – anzunehmen. Wir stimmen diesen selbstverständlich auch zu und unterstützen auch den Antrag Mitte. Es geht nicht an, dass die Anwoh-

ner nach drei Jahren zu hören bekommen werden: «Schön, dass Sie mitgemacht haben, aber jetzt ist fertig. Sie müssen nun im Rathaus Parking das Doppelte bezahlen.» Das wäre sehr kontraproduktiv und würde die Anwohnerinnen und Anwohner der Unteren Altstadt veräppeln und ich hoffe, dass Sie das nicht wollen. Besten Dank für die Annahme der Anträge 6 und 7 FDP/JF.

Fraktionserklärungen

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das Wichtigste zum Reglement habe ich bereits in der ersten Lesung gesagt. Wir haben damals betont, dass wir eigentlich für eine autofreie Altstadt sind, und lehnen deshalb die Anträge 1 bis 5 ab, da sie zu einer Verwässerung des Reglements sowie zu mehr ruhendem oder stehendem Verkehr führen würden. Bei Antrag 6 FDP/JF haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Wir sind uns darüber uneinig, was die Auswirkung von zusätzlichen Ladestationen im Rathaus Parking sein würden. Einig sind wir uns dagegen, dass für den MIV die 3V-Strategie gelten muss: Vermeiden, verlagern und verträglich gestalten. Ein Teil unserer Fraktion ist der Meinung, dass mit der Installation von Ladestationen der Autoverkehr, der sich nicht vermeiden lässt, verträglicher gestaltet werden kann, weil E-Autos einen tieferen CO₂-Ausstoss haben als Verbrennungsmotoren. Sie werden den Antrag annehmen. Der andere Teil der Fraktion befürchtet, dass durch die Installation der Ladestationen die Vermeidung des MIVs verhindert wird. E-Autos haben aufgrund ihres reduzierten CO₂-Ausstosses das Image, umweltfreundlich zu sein. Das, obwohl auch sie viel Energie verbrauchen und für ihre Herstellung viele problematische Rohstoffe verwendet werden. Zudem ist der Platzverbrauch von E-Autos genau so gross wie der von benzinbetriebenen Autos. Die Installation von zusätzlichen Ladestationen kann dazu führen, das positive Image von E-Autos zusätzlich zu fördern. Anstatt auf ein Auto zu verzichten oder auf den ÖV oder das Velo umzusteigen, könnten dadurch Menschen animiert werden, ein E-Auto zu kaufen. Um dies zu verhindern, wird ein Teil unserer Fraktion den Antrag 6 ablehnen. Antrag 7 lehnen wir ebenfalls ab. Bereits in der ersten Lesung habe ich gesagt, dass sich kein Quartier in der Stadt Bern so sehr dazu eignet, autofrei zu leben, wie die Altstadt. Alles liegt in Gehdistanz, wie zum Beispiel der Bahnhof, und man hat zahlreiche Bus- und Tramhaltestellen in unmittelbarer Nähe. Es gibt keinen Grund, ein Auto haben zu müssen. Deshalb finden wir es verträglich, dass nach einer Übergangsfrist den Menschen, die in der Altstadt leben, kein Zugang zu vergünstigten Parkplätzen mehr zur Verfügung gestellt werden muss. Sie können weiterhin im Rathaus Parking parkieren, aus unserer Sicht ist es aber nicht die Aufgabe der Stadt, diese Parkplätze weiterhin zu vergünstigen.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Wir haben uns im Rahmen der ersten Lesung Ende letzten Jahres zum ganzen Geschäft positiv geäussert. Wir bekennen uns nach wie vor zu diesem Verkehrskompromiss, der mit allen Stakeholdern und der Stadt gefunden werden konnte. Die Wirtschaft trägt diesen grösstenteils mit und die Anwohnerinnen und Anwohner auch, ein paar wenige sind damit nicht zufrieden. In dem Sinn lehnen wir die Anträge 1 bis 5 ab, wie dies von Gemeinderat und PVS empfohlen wird. Wir wollen den Kompromiss nicht mit neuen Ausnahmeregelungen und neuen Parkkartenangeboten verwässern. Wie ich bereits in der ersten Lesung erwähnt habe, ist es ausserhalb der Altstadt gang und gäbe, dass man nicht direkt vor der Haustür parkieren kann – sei es nun eine halbe oder eine ganze Stunde. Für den Güterumschlag mag dies vielleicht möglich sein, aber eine längere Parkierung ist in den Quartieren ausserhalb der Altstadt in den meisten Fällen nicht möglich. Freie blaue oder weisse Parkfelder liegen meistens ein paar Strassen weiter weg und nicht direkt vor der Wohnung. Für einen kurzen Güterumschlag gibt es überall Möglichkeiten und ich glaube, dass die Stadt hierbei Augenmass walten lässt. Eine halbe Stunde vor der Laube par-

kieren zu können, ist genug. Die Altstadt verfügt über eine sehr privilegierte Lage. Das ist in Bern eine Besonderheit, man hat sehr kurze Fusswege zum Bahnhof oder zu zahlreichen Geschäften. Von daher glauben wir, dass es möglich ist, vom MIV ein wenig wegzukommen. Es ist fraglich, wie viele Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt überhaupt ein Auto haben. Antrag 6 unterstützen wir – gleich wie die PVS. Antrag 7 geht uns zu weit, auch als Richtlinie. Wir erachten die Übergangsfrist für günstige Parkierbedingungen im Rahmen des Verkehrskompromisses als gut. Mit dieser Übergangsfrist sollte es möglich sein, dass die Leute ihr Verhalten anpassen und anschliessend nicht mehr von günstigeren Parkiermöglichkeiten profitieren dürfen.

Brigitte Hilty Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP lehnt die Anträge 1 bis 5 ab, Anträge 6 und 7 nehmen wir an. Antrag 6 FDP/JF und FSU unterstützen wir, weil wir lieber früher als später weg von den Verbrennungsmotoren und hin zu mehr Elektromobilität wollen. Somit ist es absolut sinnvoll, dass im Rathaus Parking mehr der entsprechenden Ladestationen zur Verfügung gestellt werden, auch wenn die bestehenden aktuell ausreichend und nicht ausgelastet sind. Vielleicht könnte es aber trotzdem für einige Leute einen Anreiz schaffen, früher umzusteigen. Antrag 7 stimmen wir auch zu. Wir sind keine Fans von oberirdischen Parkplätzen, der Kompromiss beinhaltet indessen Parkplätze im Rathaus Parking. Es ist nachvollziehbar, dass man die Bewohnenden der Altstadt nicht zuerst mit günstigeren Tarifen locken kann, um sie anschliessend im Regen stehen zu lassen. Deshalb erachten wir den Antrag als unterstützenswert.

Diego Bigger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion steht weiterhin hinter dem Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt. Wir haben es anlässlich der ersten Lesung eingehend begründet. Das Verkehrskonzept ist ein echter Gewinn für die Altstadt und vereinfacht die anwendbaren Regelungen für alle Anspruchsgruppen. Ich möchte daran erinnern, dass das neue Konzept das Resultat einer breiten Mitwirkung von allen Anspruchsgruppen ist und deshalb einen guten Kompromiss darstellt, den wir mittragen. In diesem Sinn ist es nicht lösungsorientiert, das Konzept mit Sonderausnahmen für kleine Gruppen von Leuten aus dem Gleichgewicht zu bringen. Aus diesem Grund lehnen wir die Anträge 1 bis 5 Mitte und FDP/JF ab. Hingegen nehmen wir die beiden Anträge 6 und 7 mit Richtlinienfunktion an. Es spricht nichts gegen mehr Elektroladestationen im Rathaus Parking. Wenn schon mehr Ladestationen, dann lieber in einem Parking als draussen auf der Strasse. Die Verfügbarkeit von Ladestationen ist ein wichtiges Instrument zur Förderung der Elektromobilität. In Bezug auf Antrag 7 sind wir der Auffassung, dass das ein gutes und wichtiges Argument ist, um den Anwohnenden entgegenzukommen. Wenn sie auf den Parkplatz vor dem Haus verzichten müssen, können wir ihnen in diesem Punkt entgegenkommen und finden es fair, wenn es eine längerfristige Lösung für die betroffenen Anwohner*innen gibt. Das heutige Verkehrsregime ist in verschiedener Hinsicht unhaltbar, deshalb gilt es nun, vorwärtszumachen und die Flächennutzung in der Altstadt weiterzuentwickeln und dem heutigen Anspruch gerecht zu werden, damit eine lebendige Altstadt möglich ist. Heute haben wir die Chance für einen grossen Schritt in die richtige Richtung.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Sie wissen, dass wir das Reglement immer bekämpft und im Vorfeld Rückweisungs- und Nichteintretensanträge gestellt haben. Wir sind leider gescheitert. Ich habe bereits im Rahmen der Interpellation gesagt, dass Sie gegen die Autofahrer kämpfen und höhere Gebühren wollen. Ich bin der Meinung, dass das alles nicht zulässig ist. Auch die anderen Vorschriften in der Altstadt führen zu unerwünschtem Mehrverkehr. Sie wollen das und wir müssen das in Kauf nehmen, aber wir werden die Sache weiter bekämpfen, bis aufs Blut. Wir haben auf die zweite Lesung hin keine Anträge mehr gestellt,

weil wir der Meinung sind, dass das Reglement in dieser Form unmöglich von uns unterstützt werden kann. Wir haben bereits gesagt, dass wenn Sie die Rückweisungs- und Nichteintretensanträge ablehnen, wir das Reglement bekämpfen werden. Selbstverständlich werden wir die Anträge der bürgerlichen Parteien unterstützen. Es handelt sich dabei um Kosmetik und um kleine Verbesserungen. Das Entscheidende ist – und das muss die Stimmbevölkerung wissen –, dass RGM uns das Auto verleiden will, indem man es verteuert. Sie wollen uns um-erziehen, um ihre Ziele zu erreichen. Wir sind ein freiheitliches Land und wollen uns nicht alles vorschreiben lassen. Es hat gute Ansätze, wie beispielsweise die Parkplätze für Grossanlässe. Ich möchte aufzeigen, wie widersprüchlich sich die Stadt verhält. Sie will Hochzeiten im Dählhölzli veranstalten – zum Glück wurde dies abgelehnt – und es muss geschaut werden, dass genügend Parkplätze vorhanden sind. Es werden wohl diese sein, die wegen der Feuerwehr aufgehoben werden mussten. Dann kann die Stadt diese direkt wieder markieren. Die Stadt verhält sich widersprüchlich und schikaniert und bevormundet uns. Sie will uns bei der Lebensführung alles vorschreiben. Alle mit einem Sportwagen oder einem Cabriolet sollen am besten aus der Stadt verbannt werden. Ich bin für Freiheit. Das Reglement lehnen wir klar ab. Die bürgerlichen Anträge unterstützen wir.

Einzelvoten

Nora Krummen (SP): Ich gehe auf die Antragsbegründung von Milena Daphinoff ein, warum es unbedingt eine 48 Stunden-Parkkarte für die Anwohnenden in der Unteren Altstadt braucht. Nein, eine solche braucht es nicht! Wenn es irgendwo in dieser Stadt einen Ort gibt, an dem man das Auto nicht vor der Haustür parkieren muss, ist es die Untere Altstadt. Nirgends ist der Laden so nahe gelegen, nirgends ist der Weg zur Bushaltestelle so kurz und nirgends hat man so viele Kulturinstitutionen und Restaurants so nahe an der eigenen Wohnung, wie wenn man in der Unteren Altstadt lebt. Deshalb braucht es das Auto vor der Haustür nicht. Und wenn es im Ausnahmefall für einen längeren Ausflug ein Auto braucht, dann besteht die Möglichkeit, das Auto aus dem Rathaus Parking zu holen, alles ins Auto zu verladen und wegzufahren. Das ist im Vergleich zu anderen Wegen in der Stadt immer noch das Beste, was wir bieten können. In der Unteren Altstadt braucht es keinen Parkplatz vor der Haustür. Zum Argument mit den insbesondere älteren, mobilitätseingeschränkten Menschen: Auch für sie gilt, dass nirgends die Wege so kurz sind wie in der Unteren Altstadt. Wenn man nicht mehr in der Lage ist, von der Wohnung zu Fuss an die Bushaltestelle zu gelangen, um in der Migros einkaufen zu gehen, hat man hoffentlich seinen Fahrausweis abgegeben und fährt nicht mehr Auto, weil man so eine Gefährdung für den Strassenverkehr darstellen würde. Ausgenommen man fährt ein speziell umgebautes Auto, bei dem man zum Fahren die Füsse nicht benötigt. Alles andere ist gefährlich. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Milena Daphinoff (Mitte): Wenn ich direkt angegriffen werde und alle älteren Leute, die Auto fahren, diskriminierend behandelt werden, muss ich mich zu Wort melden. Erstens gibt es behinderte Leute, die Auto fahren können. Nur weil man in der Mobilität eingeschränkt ist, bedeutet das nicht, dass man nur noch im Bett liegen kann. Ich finde, dass das eine sehr deplatzierte Aussage war. Zweitens: Wenn ich in der Stadt einkaufe oder ins Zentrum Paul Klee an eine Ausstellung gehe, nehme ich nicht das Auto. Aber wie bei vielen anderen geht mein Horizont über die Stadt Bern hinaus und ich sehe meine Grenzen nicht im Stadtgebiet, sondern bewege mich darüber hinaus. Die Frage, ob man Auto fährt oder nicht, ist eine persönliche Frage. Ich halte nichts von Bevormundung. Es gibt Gründe, warum man Auto fährt, teilweise liegen diese bei Mobilitätseinschränkungen von gewissen Leuten. Es gibt aber auch viele Familien mit Kindern, die sich sagen, dass ihnen der Luxus eines Autos im Alltag die

Dinge erleichtert, gerade bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wenn es noch ein emissionsfreundliches Auto ist, umso besser. Ich lasse mir von niemandem hier im Stadtrat sagen, dass ich als Altstadtbewohnerin kein Auto besitzen darf. Das ist eine Bevormundung und absolut deplatziert.

Alexander Feuz (SVP): Diese Bevormundung ist eine Zumutung. Ich wohne im unteren Kirchenfeldquartier. Wenn ich in die Stadt auf den Märit gehe, nehme ich niemals das Auto, mit dem Bus geht es viel schneller. Aber wenn ich in der Stadt wohnen würde und mit dem Kind einen Ausflug zum Schlitteln machen möchte, müsste ich alle 20 oder 30 Minuten das Auto umparkieren. Oder wenn Sie beispielsweise vom Skifahren oder Einkaufen nachhause kommen und ein kleines Kind haben, müssen Sie alles nach oben tragen und unten schreit das Kind. Das ist keine Lebensqualität mehr. Mit den von Ihnen geforderten Vorschriften wird die Stadt Bern zu einer absoluten Horrorstadt, die alles vorschreibt. Im besten Fall verlangen Sie noch zusätzliche Polizisten und freiwillige Blockwarte, um zu kontrollieren, ob die Leute ihr Auto nicht zu lange stehen lassen. Das ist ein Verbotsstaat und das wollen wir nicht. Die Leute, die in der Altstadt wohnen, haben schöne Wohnungen, aber auch viele Benachteiligungen, wenn immer wieder Festivitäten stattfinden. Aber wenn sie einen Ausflug machen wollen, werden ihnen logistische Hürden in den Weg gestellt und sie müssen das ganze Gepäck samt Kindern ins Parking tragen. Das ist kein Vergnügen mehr, sondern die rot-grüne Verbotskultur. Ich fordere alle auf, diese klar abzulehnen. Ansonsten wird Ihnen schlussendlich vorgeschrieben, wann Sie Fleisch essen und wann Sie weissen oder roten Wein trinken dürfen. Beenden wir das kleinliche Vorschreiben! Es weckt meinen Widerstand.

Lionel Gaudy (Mitte): Liebe Nora Krummen, auch ich muss etwas auf Ihre Aussage entgegenen. Ich finde es eine grosse Frechheit, was Sie gesagt haben. Ich kenne – ohne lange zu überlegen – zwei Personen, die auf ein Auto angewiesen sind. Eine Person ist nicht mehr gut zu Fuss unterwegs, aber durchaus noch fähig, ein Auto zu bedienen. Sie kann sich mit dem Auto eine gewisse Eigenständigkeit und Selbständigkeit bewahren, damit sie weiterhin selbstständig leben kann, ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Solchen Menschen zu sagen, dass sie nicht mehr in der Unteren Altstadt leben dürfen, finde ich sehr frech. Ich habe noch ein Anliegen der Mitte: Wir machen einen **Teilrückzug bei unserem Antrag 1**. Einigen ist es vielleicht aufgefallen, dass wir im Rahmen einer Richtlinienfunktion den Gemeinderat aufgefordert haben, auf die zweite Lesung hin etwas zu machen. Leider hat man es bei der ersten Lesung verpasst, darüber abzustimmen. Deshalb ziehen wir den Teilsatz «auf die zweite Lesung» zurück, damit der Rest des Antrags weiterhin umgesetzt werden kann.

Tom Berger (FDP): Auch ich möchte etwas zu Nora Krummen sagen. In der letzten Legislatur haben Sie ein eindrückliches Votum gehalten, das mir in Erinnerung geblieben ist. Es ging um ein Geschäft in der Unteren Altstadt, bei dem etwas behindertengerecht – ich mag dieses Wort nicht – umgestaltet werden sollte. Es gab einen Antrag, der verlangte, darauf zu verzichten, was zur Folge gehabt hätte, dass mobilitätseingeschränkte Personen einen Umweg von 300 Metern auf sich hätten nehmen müssen. Sie haben daraufhin ein flammendes Votum gehalten, in dem Sie uns eindrücklich dargelegt haben, dass 300 Meter für eine mobilitätseingeschränkte Person eine halbe Weltreise bedeuten kann. Dieses Votum ist mir in bester Erinnerung geblieben. Umso erstaunter – um nicht zu sagen erschrockener – bin ich über Ihr heutiges Votum. Ich habe es Ihnen bereits persönlich gesagt. Wenn jemand von unserer Seite ein solches Votum halten würde, wären Sie die erste, die dieser Person Diskriminierung unterstellen würde. Ich glaube Ihnen, dass Sie das Votum unter Umständen nicht so gemeint haben, wie es angekommen ist. Aber Sie haben sich eindeutig im Ton vergriffen.

Nora Kruppen (SP): Wenn man mobilitätseingeschränkt ist und nicht mehr Auto fahren kann, braucht man kurze Wege wie in der Altstadt. Deshalb war dies damals wichtig. Aber es ist eine Tatsache, dass Menschen, die nicht mehr gut zu Fuss unterwegs sind und nicht über ein umgebautes Auto verfügen, im Strassenverkehr andere Verkehrsteilnehmer gefährden. Häufig ist es eine grosse Gefahr, die Gründe sind vielfältig. In der Altstadt haben wir die Ausgangslage, dass genau diese Menschen kurze Wege vorfinden und am Leben teilhaben können. Das Auto ist ein Problem, wenn es nicht speziell für solche Bedürfnisse umgebaut ist. Nur eine kleine Personengruppe profitiert von umgebauten Autos, das ist ein anderes Thema. Es geht hier vor allem um ältere, geriatrische Menschen, die nicht mehr Auto fahren sollten.

Thomas Fuchs (SVP): Nora Kruppen, ich war bereits mit Ihrem Vater im Stadtrat. So etwas hätte er sich niemals erlaubt. Wie Sie über diese Leute herziehen, die Probleme haben! Ich bin Präsident der Samariter, wir haben Leute, die im hohen Alter noch Auto fahren und das wahrscheinlich sicherer als Sie. Ich weiss zwar nicht, ob Sie überhaupt Auto fahren. So wie Sie gesprochen haben, gehe ich davon aus, dass Sie vom Autofahren nicht die geringste Ahnung haben. Sie sollten sich für Ihre Aussagen schämen.

Direktorin TVS Marieke Kruit: Bereits bei der ersten Lesung haben wir über das Massnahmenpaket für die Untere Altstadt zur Umsetzung des Verkehrskonzepts Wirtschaftsstandort Innenstadt diskutiert. Ich sage es gerne nochmals: Beim vorliegenden Paket handelt es sich um einen Kompromiss und wie es bei Kompromissen üblich ist, konnten nicht alle Forderungen umgesetzt werden. Meiner Einschätzung nach waren die von uns geführten Diskussionen gut und es liegt nun eine gemeinsam erarbeitete Lösung vor, die viele Vorteile bringt. Und wenn ich die Diskussion der ersten Lesung Revue passieren lasse, wurde dem Gemeinderat von einer Seite vorgeworfen, dass der Kompromiss zu bürgerlich ausgefallen sei und von der anderen Seite wurde gesagt, dass wir sehr rot-grün-ideologisch unterwegs seien. Ich denke, dass in dem Fall der Gemeinderat und alle daran Beteiligten vieles richtig gemacht haben und die Wahrheit in der Mitte liegt.

Zu den Anträgen: Ich halte mich kurz, da der Gemeinderat alle Anträge ausführlich begründet hat und sie Ihnen schriftlich vorliegen. Zu den Anträgen 1 und 2 Mitte: Die Forderungen widersprechen dem Ziel des Verkehrskonzepts Wirtschaftsstandort Innenstadt und dem Kerngehalt des Massnahmenpakets, das die Langzeitparkierung ins Rathaus Parking verschieben will. Mobilitätseingeschränkte Personen können nach wie vor mit einer Parkkarte für beeinträchtigte Personen unbeschränkt und gratis parkieren. Für Familien mit Kindern unter sieben Jahren schlägt der Gemeinderat jetzt eine dreijährige Übergangsfrist vor, so dass diese Familien genügend Zeit haben, sich umzustellen. Die Anträge 3 und 4 FDP/JF zielen in dieselbe Richtung wie die Anträge 1 und 2. Auch diese Forderungen stehen im Widerspruch zum Kerngedanken dieser Vorlage und wären auch mit dem Leistungsvertrag, den wir mit dem Rathaus Parking ausgehandelt haben, nicht vereinbar. Die Einhaltung der geforderten Bedingungen wäre aus unserer Sicht zudem schwer kontrollierbar. Zum Antrag 5 FDP/JF: Es besteht hier eine Analogiesituation wie bei der Anwohnendenparkkarte. Auch diese garantiert nicht, dass ein Parkplatz frei ist, deshalb bitten wir darum, den Antrag abzulehnen. Dem Antrag 6 FDP/JF kann der Gemeinderat als Richtlinie zustimmen. Zurzeit sind die Ladestationen aber noch nicht so gut genutzt. Wenn der Bedarf steigt, wird sich die Stadt beim Rathaus Parking für eine Erweiterung einsetzen. Dem Antrag 7 FDP/JF kann der Gemeinderat als Richtlinie ebenfalls zustimmen. Leistungsverträge werden aber immer nur befristet abgeschlossen. Der vorliegende Vertrag ist für die Rathaus Parking AG mit einem gewissen finanziellen Risiko verbunden und deshalb müssen wir abwarten, was die finanziellen Auswirkungen der neuen Regelung sein werden. Wir werden es erst dann entscheiden müssen. Der Gemeinderat bittet Sie, die Anträge 1 bis 5 abzulehnen. Die Anträge 6 und 7 prüfen wir gerne als Richtlinie.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt Antrag 1 Mitte ab. (15 Ja, 56 Nein) [Namen 028](#)
2. Der Stadtrat lehnt Antrag 2 FDP/JF ab. (15 Ja, 56 Nein) [Namen 029](#)
3. Der Stadtrat lehnt Eventualantrag 3 FDP/JF ab. (15 Ja, 56 Nein) [Namen 030](#)
4. Der Stadtrat lehnt Antrag 4 FDP/JF ab. (15 Ja, 56 Nein) [Namen 031](#)
5. Der Stadtrat lehnt Antrag 5 FDP/JF ab. (15 Ja, 56 Nein) [Namen 032](#)
6. Der Stadtrat stimmt Antrag 6 FDP/JF, FSU zu. (50 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen) [Namen 033](#)
7. Der Stadtrat stimmt Antrag 7 FDP/JF, FSU zu. (44 Ja, 23 Nein, 3 Enthaltungen) [Namen 034](#)
8. Der Stadtrat lehnt Antrag Mitte²¹ ab. (15 Ja, 56 Nein) [Namen 035](#)
9. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Gebührenreglement zu. (60 Ja, 10 Nein) [Namen 036](#)

2019.TVS.000145

29 Gleissanierung Effingerstrasse: Umbau Haltestelle Kocherpark; Ausführungskredit; Kostenanteil der Stadt Bern

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Projekt Gleissanierung Effingerstrasse – Umbau Haltestelle Kocherpark: Ausführungskredit; Kostenanteil der Stadt Bern. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
 2. Für die Ausführung des Projekts werden folgende Kredite bewilligt:
 - I. Fr. 5 385 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto-Nr. I5100786 (Kostenstelle 510110) für den Projektbestandteil Strassenbau. Darin enthalten ist der vom Gemeinderat mit GRB Nr. 2019-1169 vom 28. August 2019 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 150 000.00.
 - II. Fr. 1 415 000.00 zulasten der Sonderrechnung Stadtentwässerung, Konto-Nr. I8500322 (Kostenstelle 850200) für den Projektbestandteil Siedlungsentwässerung.
 3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.
- Bern, 15. Dezember 2021

PVS-Sprecherin *Brigitte Hilty Haller*: Es geht um die Gleissanierung Effingerstrasse und um einen Umbau der Haltestelle Kocherpark. Beim vorliegenden Projekt stehen zwei Aspekte im Zentrum: Erstens die dringend nötige Gleissanierung durch Bernmobil und zweitens die Aufhebung des Unfallschwerpunkts bei der Haltestelle Kocherpark. Wer die Pläne studiert hat, konnte feststellen, dass es sich um ein höchst technisches Projekt auf relativ engem Raum handelt. Das Sanierungsvorhaben ist aufgrund des Grossprojekts Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) zeitlich in ein enges Korsett eingebunden und muss somit bis Anfang 2024 beendet sein.

Was muss gemacht werden? Der Fussgängerübergang zur Haltestelle Kocherpark führt über Tramgleise und MIV-Fahrspuren, was immer wieder zu Unfällen geführt hat, zwei davon mit Todesfolge. 2019 hat man provisorisch erste Sofortmassnahmen realisiert, was zu einem punktuellen Spurenabbau stadtauswärts geführt hat. Das Monitoring der Verkehrsplanung der Stadt Bern hat gezeigt, dass es auch ohne die Spur funktioniert, was den Umbau der Haltestelle gemäss den Vorgaben der Hindernisfreiheit ermöglicht.

Bei diesem Projekt gibt es drei Akteure: Bernmobil, die Stadt Bern und ewb. Bernmobil ist zuständig für den Gleisersatz unter Berücksichtigung der geltenden Eisenbahnrichtlinien. Die Stadt Bern wiederum ist zuständig für die Verbesserung des Fuss- und Veloverkehrs, die Um-

setzung der Vorgaben nach dem Behindertengesetz (BehiG), den Bau neuer Strassen- und Trottoirs, den Ersatz der Lichtsignalanlagen im Projektperimeter und den Ersatz der Strassenentwässerung im gesamten Projektperimeter. Die Kosten laufen über die Investitionsrechnung. Der Ersatz der Mischabwasserkanäle und die Sanierung der Hausanschlüsse bis zur Grundstücksgrenze laufen über die Sonderrechnung Stadtentwässerung. Zum Part von ewb: Bei Gas- und Wasserleitungen besteht ein grosser Handlungsbedarf im gesamten Projektperimeter, genauso wie bei den Elektroinstallationen. Was die Fernwärme betrifft, werden punktuelle Leistungsabschnitte erneuert und hinzu kommt eine neue Verbindung Effingerstrasse Nord-Süd.

Auswirkungen während der Bauphase sind unvermeidbar. Der Trambetrieb wird grösstenteils ganz eingestellt, was mehrere Trambahnen betreffen wird, die durch die Effingerstrasse fahren. Ein Umleitungsplan ist erstellt und die Auswirkungen auf das gesamte übrige Strassennetz und deren Folgen werden zurzeit noch geprüft. Für Leute, die zu Fuss unterwegs sind, sind die Zugänge jederzeit sichergestellt. Zufahrten mit dem Privatauto werden nicht immer möglich sein und es müssen teilweise Parkplätze und Zufahrten aufgehoben werden. Die Versorgung und Entsorgung sind aber zu jeder Zeit sichergestellt, das wird garantiert. Es werden Verkehrsdienste nötig sein, die die Situation managen. Diese Kosten sind im Projekt einberechnet. Die Zufahrt zur Baustelle wird über Querstrassen erfolgen und nicht durch die Effingerstrasse.

Zu den Kosten: Die Totalkosten sind auf 18 800 000 Franken geschätzt. Bernmobil übernimmt davon 6,9 Mio. Franken – das entspricht ca. 35%, die Stadt Bern übernimmt 6,8 Mio. Franken – inklusive der Vorfinanzierung des Abwassers – und ewb 5,6 Mio. Franken. Zu Lasten der Stadt gehen der Ausführungskredit Tiefbauarbeiten von 5 385 000 Franken und die Sanierung Siedlungsentwässerung von 1 415 000 Franken. Betreffend Werterhalt und Mehrwert: Im Strassenbau gilt 40% als Werterhalt und 60% als Mehrwert. Bei den Abwasseranlagen ist dies umgekehrt, hier sind 80% Werterhalt und 20% Mehrwert. Die PVS hat das Geschäft einstimmig angenommen und ich bitte Sie im Namen der Kommission, dem Geschäft ebenfalls zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Grundsätzlich begrüßen wir es sehr, dass mit dem Geschäft ein Unfallschwerpunkt beim Kocherpark entschärft und die Situation für die Velofahrenden und Zufussgehenden verbessert werden soll.

In meinem Votum geht es aber um einen Nebenschauplatz des Geschäfts, der mit dem Krieg in der Ukraine leider an Brisanz und Dringlichkeit gewonnen hat. Im Zuge der Bauarbeiten will ewb auch die Gasleitungen erneuern. Die Leitungen sind in einem schlechten Zustand und wir möchten nicht, dass diese plötzlich ein Leck aufweisen und deshalb etwas explodiert. Darum verstehen wir, dass die Leitungen saniert werden müssen. Trotzdem stellt uns diese Sanierung vor ein Dilemma. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir weg kommen vom Verbrennen von Erdgas. Zudem macht uns die Nutzung von Erdgas abhängig von Autokraten wie Wladimir Putin, die das Geld benutzen, um Krieg und Zerstörung zu finanzieren. Eine Abkehr von Erdgas ist doppelt dringlich. Es ist aber keine Lösung, Erdgas für die Heizung durch Biogas zu ersetzen, denn Biogas wird niemals in genügend grossen Mengen vorhanden sein. Biogas muss deshalb dort eingesetzt werden, wo es keine Alternativen gibt. Dazu gehört Wärmegewinnung sicherlich nicht. Besser früher als später müssen wir also aus den Gasheizungen aussteigen. Solange wir aber in dieses Gasnetz investieren, das noch nicht amortisiert ist, ist der Anreiz für einen Ausstieg leider relativ klein. Ewb hat verständlicherweise kein Interesse daran, eine Infrastruktur abzuschreiben, die noch nicht amortisiert ist. Durch die Sanierung der Leitungen wird wiederum Geld in die Infrastruktur investiert und

der Anreiz, diese in naher Zukunft ausser Betrieb zu nehmen, wird deshalb noch kleiner. Wie gesagt: Es kann nicht einfach auf die Sanierungen verzichtet werden. Es braucht aber einen Plan, wie man möglichst bald aus den Gasheizungen aussteigen kann. Die Städte Zürich und Basel beispielweise planen parallel zum Ausbau des Fernwärmenetzes den Rückbau ihres Gasnetzes. Einen solchen Plan muss Bern unbedingt auch erstellen, damit der Umbau hin zu klimaneutralen Heizungen gelingen kann. Ewb hat mehrmals betont, dass das Gasnetz der-einst als Speicher für synthetisches Gas aus dem Power-to-Gas-Verfahren genutzt werden soll. Solches Gas zu verbrennen ist energietechnisch aber sehr ineffizient und deshalb nicht sinnvoll. Darum muss auch bei diesem Szenario der Ausstieg aus den Gasheizungen forciert werden. Wir fordern ewb auf, möglichst rasch einen Plan vorzulegen, wie dieser Ausstieg gestaltet und das Gasnetz rückgebaut oder für neue Aufgaben umgebaut werden kann. Dem Geschäft stimmen wir zu.

Edith Siegenthaler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich komme auf das Bauprojekt und nicht auf die Gasleitungen zu sprechen. Für uns sind folgende Dinge wichtig. Erstens handelt es sich um einen Unfallschwerpunkt. Es ist unangenehm, sowohl wenn man dort aus dem Tram aussteigt, als auch wenn man mit dem Velo oder dem Auto dort durchfährt. Es ist uns sehr wichtig, dass diese Sanierung nun vorgenommen wird. Gleichzeitig möchten wir, dass es für die Velos aufwärtskompatibel ist. Es gibt Optimierungspotenzial, besonders wenn man von der Bundesgasse in die Effingerstrasse fährt. Zweitens ist es uns wichtig, dass man sich gut überlegt, wie man während der Bauphase weiterhin mit dem ÖV über diesen Knotenpunkt kommt, da viele Bernmobillinien betroffen sein werden und somit sehr viele Menschen, die insbesondere auf die Tramlinien angewiesen sind. Deshalb erachten wir es als zentral, dort eine gute Lösung zu finden. Es scheint, als sei man diesbezüglich noch nicht so weit, wie wir uns das wünschen würden. Wir bitten die Verwaltung, dort ein besonderes Augenmerk darauf zu richten. Insgesamt unterstützen wir als SP/JUSO-Fraktion die Vorlage und sind froh, dass diese nun umgesetzt wird.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Ich bedanke mich bei Brigitte Hilty Haller für die Vorstellung des Geschäfts. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Die Gleise an der Effingerstrasse haben das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht und mit dieser Sanierung kann der Trambetrieb für die nächsten 20 Jahre wieder gesichert werden. Zentral ist der Umbau der Haltestelle Kocher-park. Es ist ein Unfallschwerpunkt, der bereits Unfälle mit Todesfolge verursacht hat. Die Si-tuation um die Haltestelle muss dringend aufgewertet werden. Gleichzeitig wird die Haltestelle barrierefrei ausgestaltet werden können. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Investitionskredit in der Höhe von 6,8 Mio. Franken zuzustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ausführungskredit zu. (67 Ja, 4 Nein) [Namen](#) Nr. 037

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich habe noch vier Mitteilungen zu machen und über-geben zuerst das Wort an Ueli Jaisli, den Skitag betreffend.

Ueli Jaisli (SVP): Der Skitag findet am Samstag, 12. März 2022 statt. Ein wenig Abwechslung, Sonne und eine schöne Terrasse, das tut allen gut. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Wir konnten die Traktandenliste abarbeiten, haben aber 15 neue Vorstösse erhalten. Des Weiteren möchte ich Sie darüber informieren, dass wir in etwa 7000 Franken an die Glückskette überweisen werden können, dank Ihrem Verzicht auf Sitzungsgelder.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Lukas Gutzwiller (GFL): Kann der Gemeinderat das Modell «wir sind Stadtgarten» für günstigen Wohnraum in der zweiten Bauetappe Viererfeld vorsehen?
2. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Lionel Gaudy, Mitte): Um die Wohnqualität im Kirchenfeldquartier zu verbessern braucht es zur Entlastung der stark frequentierten Hauptstrasse Freudenbergplatz-Ostring-Burgernziel-Thunstrasse-Kirchenfeldstrasse-Monbijoubrücke-Eigerplatz eine neue, ökologisch sinnvolle Südumfahrung! Die nötigen Planungen sind zu starten und die betroffene Region ist in den Planungsprozess einzubinden
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Reithalle Bern: was für Konsequenzen zieht der Gemeinderat daraus, dass der Regierungsrat den Entzug der Bewilligungsbefugnis in und rund um die Reithalle Bern prüfen muss und der Regierungsrat zusätzlich abklären will, ob auch die Denkmalpflege und Baupolizei dem Kanton übertragen will?
4. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PDA (Bernadette Häfliger/Barbara Keller, SP/Tabea Rai, AL): Das unternehmerische Risiko nicht dem Personal überbinden
5. Interfraktionelle Motion Fraktion SVP, Mitte (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Lionel Gaudy, Mitte/Simone Machado, GaP/Ruth Altmann, parteilos): Stadtreparatur: Steigern der Lebensqualität im Osten der Stadt Bern durch das Überdecken der Stadtautobahn im Abschnitt zwischen Freudenbergplatz und Bolligenstrasse, vorzugsweise bis Gümligenfeld. Die Partizipation der Quartierbevölkerung muss dabei sichergestellt werden!
6. Dringliche Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP, GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, FDP/JF, Mitte, SVP (Gabriela Blatter, GLP/Franziska Geiser, GB/Katharina Altas, SP/Marcel Wüthrich, GFL/Tom Berger, FDP/Sibyl Eigenmann, Mitte/Alexander Feuz, SVP/Ruth Altmann, parteilos): Was unternimmt ewb gegen die direkte und indirekte Abhängigkeit von Russland und russischen Rohstofflieferungen?
7. Dringliche interfraktionelle Motion Fraktion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, AL/PdA (Katharina Gallizzi, GB/Katharina Altas, SP/Ruth Altmann, parteilos/Marcel Wüthrich, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/ Jemima Fischer, AL/Matteo Micieli, PDA): Kein russisches Erdgas in Berner Haushalten
8. Dringliche Motion Fraktion Mitte (Lionel Gaudy, Mitte): Erweiterte Aussenbestuhlungen in Bern – damit möglichst viele gastgewerbliche Betriebe die Pandemie überleben!
9. Kleine Anfrage Marcel Wüthrich (GFL), Therese Streit (EVP), Gabriela Blatter (GLP): Hat die städtische Pensionskasse infolge des russischen Angriffskriegs Verluste erlitten?
10. Kleine Anfrage Marcel Wüthrich (GFL), Therese Streit (EVP), Remo Sägesser (GLP): Wie – zum zweiten – passen Vermögensverwaltungsmandate der Credit Suisse zum Nachhaltigkeitsauftrag der städtischen Pensionskasse?
11. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Dolores Dana, FDP/Florence Schmid, JF): Abfindung wegen unverschuldeter Beendigung des Dienstverhältnisses
12. Interfraktionelle Motion GFL/EVP, FDP/JF (Francesca Chukwunyere, GFL/Therese Streit, EVP/Vivianne Esseiva, FDP): Gesamtschau der mannigfaltigen Integrationsangebote als staatliche Aufgabe definieren

13. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Neue «Zwischennutzer im Stöckacker mit Slogans ACAB (all cops are bastards). Greift der Gemeinderat endlich ein oder toleriert der Gemeinderat diese menschenverachtenden Äusserungen als Ausfluss der freien Meinungsäusserung?
14. Interfraktionelles Postulat Fraktionen FDP/JF, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Simone Richner, FDP/Florence Schmid, JF/Valentina Achermann/Lena Allenspach, SP/Eva Chen, AL/Jemima Fischer, AL/Mirjam Roder, GFL/Jelena Filipovic, GB/Yasmin Abdullahi, JGLP/Judith Schenk, GLP): Endlich Lösungen für die Mattentrep-pen-Problematik!
15. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Feuerwehrfahrzeuge: Was ist wichtiger die Einhaltung der städtischen Klimaziele oder die Erreichbarkeit der Objekte durch geeignete Fahrzeuge der Blaulichtorganisationen? Oder sollen die letzten Autofahrer vertreiben werden?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

17.06.2022

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

20.06.2022

X 

Signiert von: Christine Otis (Qualified Signature)